

ANTRAGSBUCH **DER ORDENTLICHEN** **BEZIRKSKONFERENZ**

vom 15. Januar 2023



Aufbruch beginnt
in Oberbayern –
Jusos in die Offensive!



Antragsverzeichnis

Arbeitsprogramm 2023: Aufbruch beginnt in Oberbayern - Jusos in die Offensive!

Aufbruch beginnt in Oberbayern: Ein rotes Bezirkstagswahlprogramm 2023

A - Arbeit und Ausbildung

- A01: Erwerbsminderungsrentner*innen aus der Armutsfalle befreien
- A02: Trainees for the future

D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

- D01: Wahlrecht für alle - Änderung von Artikel 28 Grundgesetz!
- D02: Wahlrechtskopplung an das Steuerrecht
- D03: Mehr Demokratie durch mehr Partizipation - Jugendlandtag in Bayern
- D04: Kein Insider-Handel für Minister*innen!
- D05: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Ja klar, aber mit Reformen
- D06: Heimat? - Ja, aber nur progressiv und inklusiv

F - Feminismus und Gleichstellung

- F01: Sexismus in der SPD - Queerfeminismus oder Schlägerei
- F02: feministische Parteipolitik für dich

G - Gesundheit

- G01: Gesundheit?
- G02: Drogenpolitik neu denken
- G03: Echte Hilfe für Suchtkranke - verantwortungsvolle Drogenpolitik in Bayern jetzt!
- G04: Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung

I - Internationales

- I01: Solidarität mit den Protestierenden im Iran - für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben!

M - Migration und Integration

- M01: Integration durch Investition

N - Netz- und Digitalpolitik

- N01: upgrade:digitalpolitik

P - Partei

- P01: Resolution: Wer wir sind, wie wir uns verstehen: Juso-Sein heißt überzeugt Sein, nicht jung-Sein
- P02: Antragsbücher in einfacher Sprache nicht durch Antragsteller*innen erstellen
- P03: Doppelstrategie

U - Umwelt und Energie

- U01: Umweltschutz und Artenvielfalt für Oberbayern

- U02: Uneinig aber trotzdem da! Solidarität mit den Aktivist*innen der „Letzten Generation“
- U03: Soziale Energiewende jetzt
- U04: Still und starr ruht die Schneekanone
- U05: Wasserversorgung sicherstellen

V - Verkehr und Mobilität

- V01: Erhöhung der Anwohnerparkgebühren in Bayern als kommunales Steuerungswerkzeug
- V02: Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende

W - Wirtschaft

- W01: Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

Arbeitsprogramm

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Arbeitsprogramm 2023: Aufbruch beginnt in Oberbayern – Jusos in die Offensive!

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 Besser wird's nicht von allein. Besser wird es, wenn wir es besser machen. Mit diesem
2 Anspruch treten wir als Jungsozialist*innen tagtäglich an, um die bestehenden
3 Verhältnisse zu verändern - im Kleinen wie im Großen. Als Vorstand der Jusos
4 Oberbayern tragen wir unseren Teil dazu bei, die Grundlagen für diese Arbeit zur
5 Verfügung zu stellen und an der kapitalistischen Gesellschafts- und
6 Wirtschaftsordnung zu knabbern. Dem mit der heutigen Wahl einhergehenden
7 Vertrauensvorschuss wollen wir mit unserer Arbeit gerecht werden. Daher geben wir
8 uns dieses Arbeitsprogramm, an dessen Zielen wir uns messen wollen.

Arbeitsweise des Vorstands

12 Der Vorstand der Jusos Oberbayern ist für die inhaltliche und tagespolitische Arbeit und
13 Positionierung der Jusos Oberbayern zuständig und füllt das auf der Bezirkskonferenz
14 beschlossene Arbeitsprogramm mit Leben. Er vertritt die Jusos in Oberbayern nach
15 innen und nach außen, plant Veranstaltungen, setzt Beschlüsse um, und zeichnet den
16 Weg zum demokratischen Sozialismus. So wird der Verband inhaltlich nach vorne
17 gebracht und auch auf der Landes- und Bundesebene sind stets Jusos aus Oberbayern
18 stark vertreten.

19 Die Aufgaben im Bezirksvorstand sollen in Zukunft themen- und
20 organisationsspezifisch intern vergeben werden, sodass im Anschluss Zuständigkeiten
21 noch klarer geregelt sind. So kann die ehrenamtliche Arbeit, die in diesem Vorstand
22 geleistet wird, auf alle Schultern verteilt werden, sodass Schule, Ausbildung, Studium
23 oder Arbeit nicht zu kurz kommen. Die Sitzungen finden alle zwei Wochen statt, immer
24 abwechselnd in Präsenz und online. Dies ermöglicht eine bessere Reaktionszeit auf
25 aktuelle Situationen. Zudem besteht für besondere Situationen die Möglichkeit,
26 außerordentliche Online-Vorstandssitzungen einzuberufen.

27 Im Anschluss an die Bezirkskonferenz findet zeitnah eine Klausur statt, um die Arbeit
28 im Wahljahr schnellstmöglich aufnehmen zu können.

29 Maßgebliche Grundlage der Arbeit des Vorstands sind die "Organisationsrichtlinien der
30 Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern" und die Beschlüsse der
31 Bezirkskonferenzen. Dennoch wollen wir hier einige Punkte konkretisieren:

1 Gesamtvorstand

2 Der Gesamtvorstand der Jusos Oberbayern besteht aus den auf der Bezirkskonferenz
3 gewählten Mitgliedern. Jeder Unterbezirk schlägt hier eine Person zur Vertretung im
4 Gesamtvorstand vor. Der Vorstand tagt einmal im Quartal, also etwa viermal im Jahr.
5 Dabei sollen sich einige Aspekte der Gesamtvorstandssitzungen im Vergleich zu den
6 Vorjahren ändern: In Zukunft sollen die Sitzungen neben den Berichten aus den
7 Unterbezirken, dem Landes- und Bundesvorstand und Planung der kommenden
8 Veranstaltungen einen größeren Schwerpunkt auf die Vernetzung und die inhaltliche
9 Arbeit legen. Hierbei werden Expert*innen eingeladen, um Fragen zu beantworten und
10 die Attraktivität der Sitzungen zu steigern. Ziel muss es sein, alle Unterbezirke
11 anzubinden, sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Dazu soll auch die bestehende
12 Telegram-Gruppe stärker genutzt werden, um einen schnellen Informationsaustausch
13 zu ermöglichen.

15 SPD Oberbayern

16 Als Jusos Oberbayern entsenden wir ein stimmberechtigtes Mitglied in den SPD
17 Bezirksvorstand. Diese Juso-Nominierung wird auf dem Bezirkstag der SPD
18 Oberbayern von den Delegierten gewählt. Wir verstehen uns als kritisch-solidarische
19 Stimme gegenüber der Mutterpartei und scheuen es nicht, kritische Punkte stabil zu
20 vertreten und uns für unsere Juso-Grundwerte und Beschlüsse einzusetzen. Dabei
21 ist es uns wichtig, die inhaltlichen Debatten durch starke Anträge und Redebeiträge zu
22 prägen und auch die SPD in Oberbayern feministischer, internationalistischer,
23 antifaschistischer und vor allem sozialistischer zu gestalten.

25 Juso-Landesvorstand

26 Als Jusos Oberbayern ist es unser Anspruch, auch im Landesvorstand der Jusos
27 Bayern stark vertreten zu sein und so auch die inhaltliche sowie organisatorische Arbeit
28 mit voranzutreiben. Die Mitarbeit in den Themenwerkstätten sowie die Teilnahme an
29 Seminaren und die Bewerbungen um die Delegation für den Bundeskongress stehen
30 dabei im Mittelpunkt unseres Engagements.

32 Awareness-Team und Gleichstellungsbeauftragte

33 Neben unserem Bezirksvorstand haben wir mit dem Awareness-Team ein Gremium
34 geschaffen, das für unsere Mitglieder stets ein offenes Ohr hat und Probleme
35 vertraulich behandelt. Egal ob es um grenzüberschreitendes Verhalten, sexistisches
36 oder diskriminierendes Verhalten geht, das Awareness-Team steht an der Seite der
37 Betroffenen und handelt in ihrem Interesse. Das Awareness-Team handelt nur in dem
38 Rahmen, den die Betroffenen möchten und kann in Absprache mit ihnen auch weitere
39 Schritte einleiten. Für uns ist ganz klar: Wir stehen an der Seite der Betroffenen und
40 schützen diese zu jedem Zeitpunkt. Jegliche diskriminierende, sexistische oder

1 grenzüberschreitende Handlungen verurteilen wir hart.
2 Das Awareness-Team besteht aus der Gleichstellungsbeauftragten Person sowie drei
3 zusätzlichen Personen. Diese werden auf der Bezirkskonferenz gewählt. Die
4 Bezirksvorsitzenden können nicht Teil des Awareness-Teams werden. So wird ein
5 Machtgefälle vermieden und auch bei Problemen mit den Bezirksvorsitzenden kann
6 sich jederzeit offen an das Awareness-Team gewandt werden.

7 8 **Strukturarbeit & Mitgliederbetreuung**

9 10 **Die Unterbezirke**

11 Die Unterbezirke stehen vor unterschiedlichen politischen, organisatorischen und
12 strukturellen Ausgangsbedingungen und Herausforderungen. Als Bezirksvorstand
13 wollen wir deshalb mit den Unterbezirken zusammenarbeiten, auf individuelle oder
14 regionale Herausforderungen eingehen und alle Jusos in Oberbayern gleichermaßen
15 beteiligen. Letzteren Punkt wollen wir gerade durch Seminare und unsere
16 Bildungsarbeit verwirklichen, dazu auch mehr unter Punkt 9.

17 Die Betreuungsstruktur, in der ein Mitglied des Bezirksvorstandes für einen oder
18 mehrere Unterbezirke zuständig und ansprechbar ist, werden wir erhalten. Damit
19 erhalten wir eine verantwortliche Person als konkrete Ansprechstelle, die die Anliegen
20 des Unterbezirkes an den Bezirksvorstand weiterleiten kann.

21 Zusammenarbeit verbessern, Strukturen stärken: die Strukturbeauftragten
22 Gleichzeitig wollen wir im neuen Bezirksvorstand ein neues Konzept für die Betreuung
23 umsetzen: die Strukturbeauftragten.

24 In der auslaufenden Wahlperiode haben wir dieses Konzept bereits getestet und zwei
25 Mitglieder des Bezirksvorstandes benannt, die Termine der Unterbezirke erfassen und
26 wichtige Veranstaltungsdaten kommunizieren.

27 Im neuen Vorstand sollen die Strukturbeauftragten die Betreuung der Unterbezirke vor
28 allem organisatorisch begleiten. Sie sind beispielsweise Ansprechpartner*innen für
29 Satzungsfragen und die Durchführung von Jahreshauptversammlungen und achten
30 darauf, dass die Zusammenarbeit mit allen Unterbezirken stattfindet. Auch unterstützen
31 sie Neugründungen und sind neben den jeweiligen zuständigen Mitgliedern des
32 Bezirksvorstandes Ansprechstelle für die Unterbezirke. Die Strukturbeauftragten
33 werden zu Beginn der Wahlperiode im Bezirksvorstand bestimmt und auch auf der
34 Website vorgestellt.

35

36 **‘Oberbayern entdecken’ und Regionaltreffen**

37 Nach zwei Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode zwei Vernetzungsformate
38 wiedereinführen: Die ‘Oberbayern entdecken’-Veranstaltungsreihe und die
39 Regionaltreffen.

40 Mit ‘Oberbayern entdecken’ wollen wir mehrmals im Jahr verschiedene Regionen und

1 in Kooperation mit dem jeweiligen Unterbezirk Orte mit einem politischen Hintergrund
2 besuchen oder Aktionen durchführen.
3 Auf den Regionaltreffen bieten wir mehreren, räumlich nahen Unterbezirken die
4 Möglichkeit, sich zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu planen und
5 durchzuführen. Damit fördern wir den Wissensaustausch besonders in ländlichen
6 Unterbezirken und stellen auch abseits der Gesamtvorstandssitzungen Kontakt her.
7 Auch Seminare zur strukturellen und inhaltlichen Arbeit können auf diesen
8 Regionaltreffen durchgeführt werden. Das Format soll besonders von den
9 Strukturbeauftragten begleitet werden.

10 **Merchandise**

11 Wir wollen, unter Beteiligung unserer Mitglieder, neuen Merch (z. B. Sticker, Kleidung,
12 Karten u. Ä.) der Jusos Oberbayern erstellen. Diese Beteiligung soll dabei in Form von
13 aktiver Mitgestaltung und Einbringung eigener Entwürfe durch einzelne Mitglieder
14 stattfinden.

15

16 **Bildungsarbeit**

17

18 Unser seit einigen Jahren erfolgreiches Format der Rufseminare werden wir fortführen.
19 Die Rufseminare sind unterteilt in inhaltliche und “Soft-Skill”-Seminare. Die Themen der
20 inhaltlichen Seminare sind Antifaschismus, Feminismus, Demokratischer Sozialismus
21 und die Grundwerte der Jusos. “Soft-Skill”-Seminare gibt es zu “Juso- Arbeit vor Ort”,
22 “Reden auf Parteitag”, “Wie schreibe ich einen (einfachen) Antrag” und “Organisation
23 von Demonstrationen”.

24 Seit 2020 können wir jedes Seminar auch online halten und bieten beide Varianten
25 nach Wunsch der Teilnehmer*innen an. Insbesondere wollen wir die Rufseminare bei
26 den neu gegründeten und bislang weniger aktiven Unterbezirken bewerben.

27 Das Material für die Rufseminare ist sowohl digital in unsere neuen Cloud eingestellt als
28 auch analog in entsprechenden Ordnern im Juso-Büro in München archiviert, sodass
29 die Teamer*innen schnell ein bestimmtes Seminar übernehmen können. Dabei braucht
30 es noch inhaltliche Ergänzungen und Anpassungen, wie z. B. eine queere Perspektive
31 beim Rufseminar Feminismus.

32 Weiterhin wollen wir im kommenden Jahr ein Seminarprogramm aus den Inhalten der
33 Rufseminare sowie eigener Akzente erstellen. Dabei versuchen wir, gleichzeitig die
34 Vernetzung durch Angebote für die jeweiligen Regionen Oberbayerns zu ermöglichen.
35 Gleichzeitig soll auch die Teilnahme aller Jusos aus Oberbayern an den angebotenen
36 Terminen möglich sein. Das Seminarprogramm wird ausreichend früh veröffentlicht.

37 Weiterhin stellen wir die Seminarinhalte für die Neumitgliederseminare der Jusos
38 Bayern und der Jusos München bei Bedarf zur Verfügung und unterstützen die
39 Bildungsprogramme aller Unterbezirke. Auf Wunsch entwickeln wir Rufseminare zu
40 weiteren Themen.

1 **Arbeitskreise werden zu Projektgruppen**

2 In den vergangenen Jahren haben wir verschiedene Arbeitskreise angeboten, die über
3 das gesamte Jahr hinweg gearbeitet haben, mit dem Ziel der inhaltlichen Weiterbildung
4 und der Erarbeitung von neuen inhaltlichen Positionen. In Zukunft wollen wir diese
5 inhaltliche Arbeit umstrukturieren. Aus Arbeitskreisen, die sich über ein Jahr mit einem
6 Themengebiet beschäftigen, werden Projektgruppen, die über einen kürzeren Zeitraum
7 aktuelle inhaltliche Themen bearbeiten und unsere Positionen erarbeiten. Dabei
8 können die Themen sowohl anhand tagespolitischer Themen, innerverbandlichen
9 Themen, sowie Interessen an weiteren Themen ausgewählt werden. Die
10 Projektgruppen werden immer von einer Person aus dem Bezirksvorstand geleitet. Bei
11 der Ideenfindung sollen aber vor allem der Gesamtvorstand sowie die Unterbezirke mit
12 einbezogen werden.

13 Aktuell arbeitet die Arbeitsgruppe Leben & Tod zum Thema Sterbehilfe, sowie die
14 Projektgruppe Internationales, die Projektgruppe Feminismus, sowie die Projektgruppe
15 Sport und Kultur. Zusätzlich wurde die Projektgruppe Juso Selbstverständnis ins Leben
16 gerufen. Alle Projektgruppen informieren über ihre Treffen über die Homepage der
17 Jusos Oberbayern sowie die dazugehörigen Social Media Kanäle.

19 **Diskriminierungskritik und Awareness - Make Racists 20 Afraid again!**

22 Wir wollen den Landesvorstand beim Vorhaben, das Konzept "Critical Whiteness" in
23 den Verband einzuführen, unterstützen. Dazu wollen wir konkret einen thematischen
24 Workshop für Multiplikator*innen innerhalb unseres Verbandes organisieren und die
25 Unterbezirke bei eigenen Bestrebungen mit unserem Wissen und unseren Kontakten
26 unterstützen. Ebenso wichtig ist es uns, die Idee von Kritischem Weißsein auch gerade
27 als Vorstandsmitglieder vorzuleben und uns stets kritisch zu reflektieren.

28 Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus ist überfällig und notwendig.
29 Anti-Rassismus ist zentral und in allen Bereichen, auf allen Ebenen eine Notwendigkeit.
30 Wir verstehen den Kampf gegen Rassismus als eine Aufgabe, in der die Angehörigen
31 der weißen Mehrheitsgesellschaft in einer Bringschuld stehen. Es ist nicht die
32 Verantwortung Betroffener, aktiv zu werden und als Lehrer*innen gegen
33 Diskriminierung zu agieren. Dies gilt für alle Formen von Diskriminierung. Wir wollen
34 alle, die sich gegen Diskriminierung engagieren möchten, dabei unterstützen. Die Idee
35 einer BIPOC-Vernetzung innerhalb der Jusos möchten wir nach unseren Möglichkeiten
36 voranbringen, ohne dabei paternalistisch zu agieren.

37 Des Weiteren wollen wir dem Thema Neurodiversität mehr Aufmerksamkeit
38 verschaffen. Einfach gesagt, beschreibt Neurodiversität, dass jeder Mensch bzw. jedes
39 Gehirn unterschiedlich ist. Dabei gibt es ein Spektrum von neurotypisch bis
40 neurodivergent. Neurotypisch meint dabei die Mehrheit an Menschen, die sich neuro-

1 psychologisch betrachtet ähneln und als die "Norm" betrachtet werden. Neurodivergent
2 charakterisiert nun all jene Menschen, welche aufgrund von psychischen
3 Unterschieden neurologisch betrachtet nicht in das neurotypische Register fallen. Das
4 sind z. B. Menschen mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom),
5 Autist*innen, aber auch Menschen mit Legasthenie, Dyskalkulie oder
6 Zwangsstörungen (OCD). Betroffene werden oft benachteiligt und diskriminiert. Wir
7 wollen das Thema Neurodiversität insbesondere unter den Gesichtspunkten
8 Awareness und Empowerment angehen.

9 Wir unterstützen die Entwicklung und Etablierung eines Awareness-Konzepts auf allen
10 Juso-Ebenen und wollen gerade auch gegenüber der Partei offensiv die Einrichtung
11 effektiver Konzepte gegen Diskriminierung einfordern.

13 **Gleichstellung**

15 Eine gerechte Gesellschaft heißt für uns echte Gleichberechtigung aller Gender. Eine
16 Gleichstellung, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der Gesellschaft gelebt
17 wird. Davon sind wir Stand jetzt noch weit entfernt. FLINTA*(Frauen, Lesben, Inter,
18 Non-Binary, Trans, Agender) leiden unter einer täglichen Benachteiligung aufgrund
19 ihres Geschlechts. Angefangen beim Gender-Pay-Gap und der strafrechtlichen
20 Verfolgung bei Schwangerschaftsabbrüchen hin zu alltäglichem Sexismus.
21 Gleichstellung bezieht sich nicht nur auf FINTA*, sondern wirklich auf alle, somit auch
22 auf Männer. Auch Männer können unter dem Patriarchat und den damit
23 einhergehenden Rollenbildern leiden.

24 Eine Gesellschaft der stereotypischen Rollenbilder und der weiteren Erhaltung des
25 Patriarchats lehnen wir entschieden ab. Keine Person darf aufgrund ihres Genders
26 schlechter behandelt werden oder nur auf das Gender reduziert werden. Dagegen
27 kämpfen wir an: Auf der Straße, in den Parlamenten, in unserer eigenen Partei. Wir sind
28 laut gegen jede Form der Diskriminierung und Sexismus.

29 Unser Feminismus ist intersektional. Viele Personen sind von
30 Mehrfachdiskriminierungen betroffen, sei es aufgrund der Hautfarbe und des
31 Geschlechts oder von anderen sich überlappenden und gegenseitig bedingenden
32 Diskriminierungsformen. Wir erkennen diese Problematik und bedenken sie bei der
33 Ausarbeitung diskriminierungskritischer Konzepte. Auch erkennen wir an, dass der
34 Kapitalismus Ungleichheitsvorstellungen etabliert und Diskriminierung fördert.

35 Darüber hinaus wollen wir darauf hinarbeiten, dass das feministische Grundverständnis
36 der Jusos zu einem queerfeministischen Grundverständnis wird.

37 Ein wichtiger Teil unserer feministischen Arbeit sind die regelmäßigen FLINTA*
38 Vernetzungstreffen, die sowohl online als auch in Präsenz stattfinden können. Dabei
39 möchten wir uns mit den unterschiedlichen queerfeministischen Themen
40 auseinandersetzen oder uns einfach empowern. Außerdem wollen wir Leitfäden für die

1 Genderplena weiter ausarbeiten und auch darüber Männer von unserem gemeinsamen
2 Kampf und dem Feminismus überzeugen. Den Abschluss des Jahres bildet die
3 Gleichstellungskonferenz mit Jahresabschlussfeier bei der wir in jedem Jahr
4 spannende Themen bearbeiten.

6 Antifa und Gedenken

8 Antifaschismus ist sozialistische Tradition, in derer wir uns sehen. Antifaschistische
9 Arbeit ist fester Bestandteil unseres jungsozialistischen Wirkens. Mit unseren
10 antifaschistischen Bündnispartner*innen wollen wir weiterhin oder wieder eng
11 zusammenarbeiten. Die Gedenkveranstaltungen im KZ Dachau werden wir wieder
12 unterstützen und zu den Naturfreunde Loisachtal wollen wir wieder besseren Kontakt
13 aufbauen und uns bei der Organisation der Gedenkveranstaltung zu Penzberger
14 Mordnacht beteiligen. Darüber hinaus stehen wir anderen Bündnispartner*innen offen
15 gegenüber und wollen unsere Rolle in der oberbayerischen Antifa neu definieren und
16 stärker ausfüllen.

17 Dazu gehört, sich in Ballungsgebieten mit den bestehenden Antifa-Bündnissen
18 auszutauschen und bei ihren Veranstaltungen Präsenz und Stabilität zu zeigen.
19 Ebenso sehen wir es als unsere Aufgabe, unsere ländlichen Unterbezirke darin zu
20 unterstützen, antifaschistische Veranstaltungen (wie z.B. Gegenveranstaltungen zur
21 AfD) zu organisieren, besonders, wenn aktive Bündnisse erst aufgebaut werden
22 müssen. Wir wollen, dass die Jusos als verlässlicher Partner im Kampf gegen Rechts
23 wahrgenommen werden, von denen, die aktuell gute und wichtige Arbeit leisten. Die,
24 gegen die sich die antifaschistische Arbeit richtet, sollen wissen, dass sie in uns
25 entschiedene Gegner*innen haben!

26 Wichtig ist uns, dass Antifaschismus für uns zuallererst folgende Aufgaben hat:

27 Faschist*innen sowie ihre Verbündeten und Steigbügelhalter*innen daran zu hindern,
28 zu tun, was sie eben tun, wenn man sie lässt

29 Prävention (insbesondere durch Bildung)

30 jenen, die von rechter Gewalt betroffen und bedroht sind, zu zeigen, dass wir sie nicht
31 alleine lassen.

32 Gespräche und Kompromisse mit oder "Rückhol-Versuche" von Mitgliedern und
33 insbesondere Vertreter*innen faschistischer und anderer rechtsextremer
34 Vereinigungen und Positionen sind für uns explizit nicht antifaschistische Priorität.

35 Wir verstehen Antifaschismus nicht als ein isoliertes Thema, sondern als intersektional.
36 Uns ist es wichtig, unsere Mitglieder zu empowern, das Prinzip "see something - say
37 something - do something" in die Tat umsetzen zu können.

38 Im Umgang mit der AfD und anderen Ultra-Rechten Vereinigungen setzen wir auf Null-
39 Toleranz. Gemeinsame Auftritte oder Gespräche lehnen wir kategorisch ab. Besonders
40 im Zuge der Landtagswahl wollen wir die Kandidierenden im Einsatz gegen Rechts und

1 im Umgang mit der AfD unterstützen. Grundsätzlich gilt: kein Podium mit
2 Faschist*innen.
3 Als eigenes Format gegen Rechts wollen wir unsere Veranstaltungsreihe Bergauf
4 gegen Rechts wieder etablieren und gemeinsam mit Unterbezirken Bildungsbergtouren
5 zu den Themen Faschismus, Gedenken oder Kampf gegen Rechts unternehmen.

7 Bündnisarbeit

8 Wir verstehen den Wert der Vernetzung nach außen und wollen den Kontakt zu
9 anderen Organisationen intensivieren. Zum Beispiel Gewerkschaftsjugenden, linke und
10 andere Parteijugenden und linke progressive Bündnisse wie Genug ist Genug.

11 Unsere Vernetzungsarbeit geht seit jeher über die Landesgrenzen hinaus im Geist des
12 Internationalismus.

13 Unser Kampf für eine gerechtere Gesellschaft geht nicht alleine. Deshalb ist es unser
14 Ziel auch unsere Unterbezirke mit verschiedenen Akteur*innen vor Ort zu vernetzen.
15 Dabei wollen wir insbesondere die Gewerkschaftsjugenden hervorheben, gerade auch
16 mit Blick auf die vielen Tarifverhandlungen in 2023. Auch mit anderen,
17 zivilgesellschaftlichen Bündnissen wollen wir die Zusammenarbeit suchen, zum
18 Beispiel in antifaschistischen oder jugendpolitischen Zusammenhängen.

19 Auch mit anderen Parteijugenden können wir uns vorstellen zu gewissen Themen
20 zusammenzuarbeiten, um progressive Inhalte nach vorne zu bringen.

21 Unsere aktuelle Generation zeigt, dass es gerade die jungen, linken Bündnisse auf der
22 Straße sind, die sich lautstark für eine gerechte Welt einsetzen. Egal ob Aktivist*innen
23 bei "Genug ist genug" oder beim Klimaschutz. Als Jusos stehen wir solidarisch an ihrer
24 Seite.

26 Veranstaltungen

28 Wahlkampftour - Oberbayern erkämpfen

29 Anstatt eines Verbandswochenendes wollen wir in diesem Wahlkampfsjahr mit einer
30 mehrwöchigen Wahlkampftour unsere Unterbezirke vernetzen und im
31 Landtagswahlkampf unterstützen. Dabei setzen wir uns das Ziel jeden Unterbezirk mit
32 einer Juso-Kandidatur für Landtags- oder Bezirkstagswahl mindestens einmal zu
33 besuchen und dabei auch aktive Unterbezirke ohne Kandidierende einzubinden. Dabei
34 soll oberbayernweit mobilisiert werden, ein besonderer Fokus soll aber auf die lokal
35 angrenzten Untergliederungen gelegt werden, um eine regionale Vernetzung zu
36 erreichen.

37 Ziel der Wahlkampftour soll es sein, mit der vollen Stärke der Jusos Oberbayern die
38 Kandidat*innen zu unterstützen. Veranstaltungen von Kandidierenden können dabei
39 unterstützt werden, darüber hinaus sollen aber auch eigene Veranstaltungsformate
40 erarbeitet und die gemeinsame Organisation dieser vor Ort angeboten werden.

1 Zusätzlich soll auch ein Schwerpunkt auf Vernetzungs- sowie Bildungsarbeit vor Ort
2 gelegt werden. Seminare, Diskussions- und Gesprächsrunden sollen veranstaltet
3 werden. Der Verband soll dadurch neben dem gemeinsamen Wahlkampf enger über
4 Unterbezirksgrenzen hinweg verbunden werden und gemeinsam unser Verständnis
5 vom Demokratischen Sozialismus vermittelt bekommen und an weiteren Visionen
6 gemeinsam mitarbeiten. Mit dem Format 'Oberbayern entdecken', das großteils in
7 Verbindung mit der Wahlkampftour als "Oberbayern erkämpfen" stattfinden wird,
8 wollen wir mehrmals im Jahr verschiedene Regionen und in Kooperation mit dem
9 jeweiligen Unterbezirk Orte mit einem politischen Hintergrund besuchen oder Aktionen
10 durchführen.

11

12 **Gleichstellungskonferenz und Jahresabschlussfeier**

13 Auch im nächsten Jahr möchten wir die Gleichstellungskonferenz mit anschließender
14 Jahresabschlussfeier veranstalten. Die Themenvorschläge werden durch den Bezirks-
15 und Gesamtvorstand erarbeitet und das Ziel ist, unsere Bündnispartner*innen stärker
16 einzubinden und gezielt einzuladen. Die Jahresabschlussfeier soll wieder zur
17 Vernetzung zwischen den Unterbezirken dienen und allen einen gemütlichen Ausklang
18 für das Jahr 2023 bieten.

19

20 **FLINTA*-Vernetzungstreffen**

21 Im Rahmen unserer gleichstellungspolitischen Arbeit finden unsere FLINTA*-
22 Vernetzungstreffen regelmäßig statt und beleuchten die unterschiedlichsten Themen.
23 Ziel ist es, FLINTA*s in ganz Oberbayern zu erreichen, eine Vernetzung zu schaffen
24 und inhaltlich zu arbeiten. Die Organisation der Treffen wird durch den*die
25 Gleichstellungsbeauftragte*n Die Treffen können dabei entweder online oder in
26 Präsenz stattfinden.

27

28 **Bergauf gegen Rechts**

29 Als eigenes Format gegen Rechts wollen wir unsere Veranstaltungsreihe "Bergauf
30 gegen Rechts" wieder etablieren und gemeinsam mit Unterbezirken
31 Bildungsbergtouren zu den Themen Faschismus, Gedenken und Kampf gegen Rechts
32 unternehmen.

33

34 **Neurodivergenz und Politik**

35 Wir wollen eine Veranstaltung mit politisch aktiven, neurodivergenten Personen
36 organisieren. Ziele der Veranstaltung sind dabei insbesondere Awareness und
37 Empowerment, aber auch ein Bewusstsein für Bedürfnisse Betroffener und daraus
38 Ideen für Verbesserungen in Verband, Partei, Parlamenten und Gesellschaft zu
39 entwickeln.

40

1 **Öffentlichkeitsarbeit**

2 Wir wollen in der kommenden Legislatur auch im Hinblick auf die Landtagswahl und die
3 konstruktiv kritische Positionierung zur Bundesregierung als linke Stimme in
4 Oberbayern gehört werden. Unsere Öffentlichkeitsarbeit soll dabei auf mehr Kanäle
5 verteilt werden als bisher. In der letzten Legislatur haben wir den Fokus besonders auf
6 Instagram gelegt und mit unserer Vorstellungskampagne, inhaltlichen Posts zur
7 Tagespolitik und beschlossenen Anträgen sowie die Begleitung/Nachbereitung von
8 Veranstaltungen einen guten Auftritt erreicht. Künftig wollen wir aber auch wieder
9 andere Kanäle wie Pressemitteilungen und unsere Homepage in den Blickpunkt
10 rücken, aber auch unseren Social Media Auftritt für die nächste Legislatur professionell
11 planen. Generell wollen wir die Medien miteinander verbinden und kombinieren.
12 Insgesamt wird die Hauptorganisation bei einer in der Klausur ausgewählten Person
13 liegen, die ein Social Media Team in angemessener Größe bilden soll.

14

15 **Social Media**

16 Auf Instagram wollen wir in einer kurzen Kampagne nach der Bezirkskonferenz
17 unseren neu gewählten Vorstand vorstellen und dabei auf inhaltliche Schwerpunkte der
18 Gewählten eingehen.

19 Wir werden die Kandidierenden für die Bezirkstags- und Landtagswahl in einem
20 Vorstellungsformat bewerben. Vorbild soll dabei das Format zur Bundestagswahl
21 („Sagen Sie jetzt nichts“) sein, bei dem die Kandidierenden ungezwungen ihnen
22 wichtige Positionen vermitteln konnten. Des Weiteren planen wir Takeover unseres
23 Accounts durch ausgewählte Kandidierende und immer wieder Präsenz bei inhaltlichen
24 Fragen.

25 Inhaltlich wollen wir die Anträge der Bezirkskonferenz aufbereiten und zeigen und auch
26 im Hinblick auf die Landtagswahl zu wichtigen Themen Stellung beziehen. Wir berufen
27 uns dabei auf die Themen Bildung, Wohnen und Mobilität, die die Jusos Bayern im
28 Jugendwahlprogramm #bayernsiehtrot zu den Hauptwahlkampfthemen gemacht
29 haben, werden zusätzlich aber auch auf die Schwerpunktthemen unserer
30 Kandidierenden eingehen.

31 Des Weiteren wollen wir auch künftig (auch nach der Landtagswahl) zu tagesaktuellen
32 Themen unsere Positionen auf Social Media zeigen. Dabei sollen alle Personen des
33 Bezirksvorstands ihren Beitrag leisten und inhaltlichen Input geben und online präsent
34 sein. Die themenspezifisch Zuständigen sollen sich inhaltlich in der
35 Onlinekommunikation einbringen und ihre inhaltliche Arbeit transportieren und zeigen.
36 Für Veranstaltungen wollen wir weiterhin eine professionelle Begleitung bieten und
37 Ankündigungen posten. Alle Beiträge für Instagram werden auch auf Facebook
38 gepostet. Dabei wollen wir in der nächsten Legislatur evaluieren, ob wir (besonders im
39 Hinblick auf die Wahl) Facebook auch wieder als eigenes Medium bespielen wollen.

40

1 **Pressemitteilungen**

2 In der kommenden Legislatur wollen wir auch in den Printmedien Präsenz zeigen. Dazu
3 wollen wir sowohl zu Veranstaltungen als auch zu inhaltlichen Positionierungen
4 Pressemitteilungen versenden. Dabei ist ein enger Austausch mit den Unterbezirken
5 existenziell, da wir auf lokale Presseverteiler angewiesen sind. Wir wollen daher
6 zeitnah eine Strategie entwickeln, wie Pressemitteilungen möglichst großflächig
7 Wirkung erzielen können. Jede versendete Pressemitteilung soll auch in den anderen
8 Medien gespielt werden.

9 **Newsletter**

10 Den klassischen E-Mail-Newsletter, der zwischen tausenden Parteimails weggeklickt
11 wird, werden wir nicht weiter verfolgen, sondern einstellen. Stattdessen wollen wir auf
12 dem Telegram-Kanal und Social Media einen Monatsausblick etablieren, in dem
13 Veranstaltungen angekündigt und beworben werden. Wichtige Veranstaltungen werden
14 wir auch weiterhin per Mail ankündigen.

15 **Telegram-Kanal**

16 Den Telegram-Kanal verwenden wir als Mitglieder-Informationssdienst. Veranstaltungen
17 sollen hier beworben werden und bei besonderen tagespolitisch relevanten Themen die
18 Positionierung des Bezirksvorstands transportiert werden.

19 **Website und Oberbayernwählt.de**

20 Auf unserer Website wollen wir up to date sein und sie laufend aktualisieren. Zu allen
21 tagespolitischen Posts sollen Blogbeiträge verfasst werden, ebenso nach
22 Veranstaltungen als kurzer Bericht. Auch Informationen über anstehende Termine
23 sollen auf der Website einfach einsehbar sein.

24 Für die Landtagswahl wollen wir unsere Kandidierenden auch auf der
25 Oberbayernwählt-Website präsentieren. Diese soll nach Möglichkeit eng mit der
26 Website verzahnt werden. Dabei sollen die Kandidierenden die Möglichkeit bekommen,
27 sich inhaltlich und persönlich vorzustellen.

28

29 **JSAG und Juso-Hochschulgruppen**

30

31 **Juso-Hochschulgruppen**

32 In Oberbayern gibt es in München und Eichstätt mittlerweile zwei aktive Juso-
33 Hochschulgruppen. Die Arbeit beider Hochschulgruppen wollen wir durch
34 Wissensweitergabe, die Anbindung an die Arbeit des Bezirksvorstandes und in den
35 anstehenden Hochschulwahlkämpfen unterstützen. Auch den Aufbau weiterer
36 Hochschulgruppen wollen wir ermöglichen.

37 **Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe (JSAG)**

38 Wir wollen die Strukturen der JSAG auf Bezirks- und Landesebene in der kommenden
39 Wahlperiode des Bezirksvorstandes stärken. Dazu gehört vor allem der Aufbau von
40 Strukturen mithilfe von interessierten Genoss*innen, die Teil der JSAG sind.

1 Bestrebungen in diese Richtung werden wir unterstützen.

2

3 **Landtags- und Bezirkstagswahl 2023:**

4

5 Die kommende Landtagswahl wird eine Herausforderung, die Bayern-SPD ist in keiner
6 berauschenden Position und eine Mehrheit jenseits der CSU scheint schwer möglich.
7 Dennoch gehen wir optimistisch mit vielen jungen Kandidierenden in den Wahlkampf.
8 Für uns muss es das Ziel sein, junge Kandidierende zu unterstützen – sie können der
9 frische Wind werden, den die SPD in diesem Wahlkampf so dringend braucht.

10

11 **Erwartungen an Kandidierende**

12 Wir stellen als Jusos Oberbayern klare inhaltliche Erwartungen an unsere
13 Kandidierenden. Die Ziele des demokratischen Sozialismus und das kritisch-
14 solidarische Verhältnis zur SPD setzen wir voraus. Unsere Unterstützung ist an diese
15 Grundwerte gekoppelt, nicht jede*r unter 35 ist automatisch Juso. Finanzielle und
16 organisatorische Unterstützung wollen wir auf die Kandidierenden konzentrieren, die
17 wir und die sich selbst als Jusos verstehen und sich zu unseren Grundwerten und
18 Überzeugungen bekennen.

19

20 **Wahlkampf**

21 Bei der Bundestagswahl haben unsere Juso-Kandidat*innen ihren Wahlkampf
22 hauptsächlich autark und nur mit Unterstützung der lokalen Jusos gemacht, bei der
23 Landtags- und Bezirkstagswahl wollen wir unsere Ressourcen vereinen und bündeln.
24 Nicht jede*r kämpft für sich allein, sondern wir als Jusos kämpfen gemeinsam für junge
25 Menschen in Bezirks- und Landtag.

26 Dafür sehen wir einen großen organisatorischen Bedarf und werden deshalb eine
27 speziell zuständige Person bestimmen oder in den Bezirksvorstand kooptieren.

28 Wir werden im Wahlkampf unsere Juso-Kandidat*innen tatkräftig unterstützen.

29 Mit unserer Wahlkampftour wollen wir die Power der Jusos Oberbayern und unserer
30 Unterbezirke in die Landtagsstimmkreise bringen und den lokalen Wahlkampf
31 unterstützen. Dafür wollen wir auch Konzepte für eigene Veranstaltungen entwickeln
32 und gemeinsam mit den Unterbezirken durchführen.

33 Für die beiden Wahlen werden wir Materialien bereitstellen und an die Unterbezirke
34 verteilen. Auf Social Media und unseren Websites werden wir unsere Kandidierenden
35 vorstellen, bewerben und während des Wahlkampfes begleiten.

36

37 **Inhalte**

38 Wir sind überzeugt, dass nur eine stabil linke SPD eine Chance bei der Landtagswahl
39 hat und es keinen Sinn ergibt, eine soziale CSU sein zu wollen. Wir werden uns
40 deshalb innerhalb der SPD für linke Inhalte einsetzen und klare Positionen einfordern.

Bezirkstagsprogramm

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

1 Wir sind darüber hinaus auch überzeugt, dass Regierungsbeteiligung um jeden Preis
2 nicht das Ziel dieser Landtagswahl sein darf. Eine Koalition mit der CSU lehnen wir
3 entschieden ab und auch sonstige Bündnisse müssen immer vor unseren eigenen
4 Ansprüchen als sozialdemokratische Partei und sozialistischer Verband rechtfertigbar
5 sein.

6 **Bezirkstagswahl**

7 Wir erachten den Bezirkstag als wichtiges Gremium und sehen unsere Aufgabe als
8 Bezirksverband auch darin, uns im Wahlkampf für dieses Parlament aktiv einzubringen
9 und diesen nicht hinter den Landtagswahlkampf zurückfallen zu lassen. Deswegen
10 steht für uns fest: Die gleichen Anstrengungen, die in den Landtagswahlkampf gelegt
11 werden, werden wir auch in den Bezirkstagswahlkampf stecken. Unsere
12 Kandidierenden für beide Gremien werden gleichermaßen unterstützt.

13

14 **Ausblick**

15

16 Nach der Wahl ist vor der Wahl

17 Während die Vorbereitungen für die Landtags- und Bezirkstagswahl in vollem Gange
18 sind, werden im nächsten Jahr parallel dazu die Vorbereitungen für die Europawahl
19 2024 beginnen müssen. Hierzu suchen wir den Austausch mit unseren
20 Schwesterorganisationen, damit der Wahlkampf nicht mehr nur national geführt wird.
21 Wir wollen explizit internationale Wahlkampfformate für einen europäischen Wahlkampf
22 anstoßen.

23

24

Aufbruch beginnt in Oberbayern: Ein rotes Bezirkstagswahlprogramm 2023

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksvorstand
der SPD Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD,
Bezirkstagsfraktion der SPD Obb, Juso Landeskonferenz,
SPD Landesparteitag

1 Im Jahr 2023 findet neben der Landtagswahl auch die Bezirkstagswahl statt. Es ist
2 unser Ziel, den Bezirk als wichtiges Gremium zu stärken und progressiv zu gestalten.
3 Der Bezirkstag nimmt wichtige Aufgaben, wie den Betrieb der psychiatrischen Kliniken
4 des Bezirks, Inklusion, Unterhalt von Pflegestützpunkten, die Verwaltung der
5 landkreisübergreifenden Landschaftsschutzgebiete und Förderung von Kultur und
6 Heimatpflege wahr.
7 Auch wenn diese Bereiche vielleicht nicht auf den ersten Blick so wichtig erscheinen,
8 wie Kompetenzen in Arbeitsrichtlinien, Wohnungsbau oder Mobilität, so lässt sich auch
9 durch Maßnahmen in den Zuständigkeiten des Bezirks viel verändern und ein Beitrag
10 zur Errichtung einer solidarischen Gesellschaft erreichen.

11 Gleichstellungspolitik ist für uns als feministischer Richtungsverband elementarer
12 Bestandteil unserer politischen Arbeit und muss für uns auf allen politischen Ebenen
13 betrieben werden.

14 Aufbruch beginnt in Oberbayern. Wir wollen, dass der Bezirk Oberbayern als
15 fortschrittliche Kraft voranschreitet. Leitlinien für unser Bezirkstagswahlprogramm sind
16 Solidarität, Chancengerechtigkeit und Klimaschutz. Wir wollen inmitten von Bergen und
17 Seen, der pulsierenden Metropolregion München und den wichtigen
18 Industriestandorten eine Lebensrealität erreichen, in der alle Menschen eine
19 lebenswerte Zukunft haben.

20

21 Damit das nicht zu sehr nach Klischees und Landschaftsaufnahmen klingt, anders
22 gesagt: Wir wollen Aufbruch und frische Ideen, neue Konzepte und keine Angst, auch
23 kontroverse Maßnahmen zu fordern, um das Richtige zu erreichen.

24

25 Wir brauchen progressive Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen:

26

27 **Soziales**

28 Auch wenn die Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu großen Teilen vom Bund und in Teilen

1 von den Ländern und Kommunen gestaltet wird, hat auch der Bezirk Möglichkeiten,
2 Einfluss in diesen Bereichen zu nehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
3 Finanzmittel, über deren Verteilung der Bezirk Oberbayern entscheiden kann, gute
4 Arbeit fördern und Arbeitsbedingungen verbessern.
5 Dabei ist die Lage gerade für junge Menschen in Ausbildung schwierig, gerade
6 aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten im Bezirk Oberbayern. Wir wollen, dass der
7 Bezirk junge Menschen entlastet, beispielsweise durch die Förderung von Azubi-
8 Wohnheimen. Wo immer der Bezirk außerdem die Entlohnung von Auszubildenden
9 (mit)bestimmt, soll er eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung durchsetzen.
10 Die stark steigenden Lebenshaltungskosten treffen allerdings alle Menschen.
11 Gewerkschaftliche Organisation gibt dabei den arbeitenden Menschen die Möglichkeit,
12 selbst Lohnsteigerungen durchzusetzen und stärkt die Demokratisierung von
13 unternehmerischen Entscheidungen. Wir fordern deshalb, dass der Bezirk
14 gewerkschaftliches Engagement fördert und zum Beispiel Aufträge, soweit möglich,
15 nur an Unternehmen vergibt, die tarifvertraglich gebundene Löhne zahlen.

16
17 Der Bezirk soll gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen den ländlichen Regionen
18 und der Metropolregion München unterstützen und so Chancengerechtigkeit erreichen.

20 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 21 • die Finanzierung von Azubi-Wohnheimen
- 22 • eine höhere Ausbildungsvergütung in Bezirksunternehmen
- 23 • die Vergabe von Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen
- 24 • Förderung der Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land

26 **Inklusion**

27 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft
28 gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale,
29 infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion zur
30 Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen
31 Einrichtungen und der öffentliche Raum müssen barrierefrei werden. Dabei müssen
32 neben den Einschränkungen für junge Menschen mit körperlicher Behinderung die
33 öffentlichen Räume auch hinsichtlich ihrer Barrieren für junge Menschen mit geistiger,
34 Seh- und Hörbehinderung überprüft werden.

35
36 Doch nicht nur im öffentlichen Raum, auch in der Arbeit, dem Bildungssystem, beim
37 Kulturangebot, beim Wohnen, im Gesundheitswesen, im politischen Leben und in der
38 Freizeit herrschen Barrieren vor. Inklusion ist als Querschnittsthema zu betrachten, um
39 allen jungen Menschen eine freie, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen
40 Leben zu ermöglichen, unabhängig von körperlichen, geistigen und seelischen

1 Beeinträchtigungen

2

3 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 4 • die Förderung von besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen oder
- 5 psychischen Beeinträchtigungen
- 6 • Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen besser und mehr
- 7 geschult werden
- 8 • Menschen mit Behinderung, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, müssen einen
- 9 gerechten Mindestlohn erhalten
- 10 • Barrieren im öffentlichen Raum und allen Bereichen des täglichen Lebens müssen
- 11 abgebaut werden

13 **Gesundheit**

14 Spätestens durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine wurde uns erneut
15 vor Augen geführt, dass die Gesundheit der Bevölkerung das höchste Gut ist, welches
16 wir als Gesellschaft besitzen. Egal ob physische oder psychische: Ohne eine adäquate
17 medizinische Versorgung sinkt die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit rapide. Um
18 diese in Oberbayern zu verbessern, muss der Druck auf die Bundesebene noch erhöht
19 werden, um konkrete und dringende Verbesserungen zu erzielen. Hierbei sollte das
20 Augenmerk auch auf der Nachsorge liegen.

21

22 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 23 • Entwicklungsdiagnostikplätze müssen gerade in ländlichen Regionen angeboten
- 24 und ausgebaut werden um Wartezeiten auch hier, die in der Folge zu
- 25 Wartezeitverlängerungen zur Therapie (z.B. §35a SGB8 HPT) führen, zu
- 26 verkürzen.
- 27 • Oberbayern braucht eine großangelegte Initiative für Patient*innenverfügungen,
- 28 denn das Patient*innenverfügung muss vereinheitlicht werden und eine
- 29 oberbayernweite Kampagne mit Aufklärungsveranstaltungen und
- 30 Werbemaßnahmen muss gestartet werden. Die Kooperation mit
- 31 allgemeinmedizinischen Praxen, Hausärzt*innen und medizinischen
- 32 Versorgungszentren ist anzustreben.
- 33 • Ein zentrales Patient*innenverfügungsregister soll aufgebaut werden, in dem auf
- 34 Freiwilligkeit basierend die Verfügungsinhalte abgelegt sind und im Bedarfsfall
- 35 durch die Behandelnden abgerufen werden können.
- 36 • Das Angebot von Palliativstationen und Hospizen muss dringend ausgebaut und
- 37 verbessert werden. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Patient*innen sowie
- 38 Angehöriger in den Mittelpunkt gestellt werden.
- 39 • Die Kriterien für die Betreuung durch Pflegefamilien sollen vereinheitlicht werden
- 40 • Tagessatzverhandlungen mit dem Bezirk müssen effektiver und produktiver

- 1 gestaltet werden. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes werden Prozesse und
2 Verhandlungen immer aufgebläht. Das erschwert vielen Einrichtungen die
3 tägliche Arbeit und Liquiditätssituation!
- 4 • Angebote der Behindertenarbeit soll nicht nur auf Nachfrage der Einrichtungen
5 sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen

7 **Psychische Gesundheit**

8
9 In den letzten Jahren stiegen die Zahlen von psychischen Erkrankungen rapide. Die
10 Enttabuisierung dieser Thematik muss endlich erfolgen und der Bezirk muss der
11 Entwicklung und seiner Verantwortung gerecht werden.

13 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 14 • Die Implementierung und Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema
15 psychische Gesundheit an den Schulen.
- 16 • Die ambulanten und stationären Psychotherapie-Plätze für Kinder und Jugendliche
17 müssen ausgebaut werden. Die aktuelle Versorgungslage bzw. -struktur muss
18 dringend von der KVB evaluiert und verbessert werden.
- 19 • Die niedrigschwellige Angebote zur Begleitung und Vernetzung der betroffenen
20 Kinder und Jugendlichen wie z.B. Vernetzungsgruppen
- 21 • An den kbo Kliniken sollen Transitionsstationen (Versorgung von 16- bis 25
22 Jährigen) etabliert werden um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im
23 Übergang zum Erwachsenenalter zu gewährleisten.
- 24 • Der Krisendienst Bayern muss mit allen Ebenen der Versorgungsstrukturen besser
25 zusammenarbeiten, besonders die Präklinischen Versorgungsstrukturen
26 Rettungszweckverbänden, KVB, Traumaambulanzen und Leitstellen um
27 Doppelungen in den Zuständigkeiten zu vermeiden und die Belastungen zu
28 reduzieren, sowie eine zielgerichtete Versorgung frühzeitig sicherzustellen und
29 Wartezeiten zu verkürzen.
- 30 • Um die Rettungsdienste zu entlasten und frühzeitig niedrigschwellige
31 psychiatrische Angebote zu machen, soll die mobile Einsatzstruktur im
32 Krisendienst ausgebaut werden.
- 33 • Kommunen müssen in die psychiatrische Versorgung eingebunden werden. Dabei
34 fordern wir finanzielle Unterstützung durch den Bund.
- 35 • ein niedrigschwelliges, anonymes, flächendeckendes und kostenloses Angebot für
36 Tests auf Geschlechtskrankheiten soll bereitgestellt werden. Dieses Angebot muss
37 von Aufklärungskampagnen begleitet werden und die eine Entstigmatisierung und
38 Prävention zum Ziel haben.

39
40

1 **Drogensucherkrankung**

2

3 Als Jusos fordern wir bereits länger die Legalisierung von Cannabis und eine gänzlich
4 andere Drogenpolitik, die Sucht als Krankheit statt als Straftat anerkannt. Die
5 Kriminalisierungspolitik der vergangenen Jahre hat nicht zu einem
6 verantwortungsvollen Umgang mit Drogen geführt, sondern viel Leid verursacht. Wir
7 wollen deshalb dafür sorgen, dass Konsument*innen von Drogen psychologische und
8 medizinische Hilfe statt Geld- und Haftstrafen bekommen. Aufgrund seiner
9 Verantwortung für die Suchtprävention spielt der Bezirk hier eine Rolle.

10

11 Der Bezirk soll eine zentrale Rolle in der Suchtberatung übernehmen.
12 Drogenkonsumräume sind hierbei eine wichtige Lösung: Hier erhalten abhängige
13 Menschen beispielsweise sterile Spritzen, im Fall einer Überdosis kann außerdem eine
14 Aufsicht eingreifen. Der Bezirk soll deshalb Drogenkonsumräume an den kbo-Kliniken
15 einrichten und die Errichtung von Konsumräumen sowie die Ausgabe von
16 beispielsweise sterilen Spritzen finanziell unterstützen. Substitution soll ebenfalls mehr
17 unterstützt werden. Frühzeitige Beratungsangebote sollen ausgebaut werden und auf
18 einen verantwortungsvollen Umgang und weniger auf Strafandrohung und
19 Abschreckung gesetzt werden.

20

21 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 22 • der Bezirk Oberbayern soll die Beratungs- und Behandlungsangebote für
23 suchtkranke Menschen ausbauen und abhängigen Menschen jederzeit die
24 Möglichkeit geben, einen Weg aus der Sucht zu finden
- 25 • mehr Suchtprävention, die mehr auf verantwortungsvollen Konsum als auf reine
26 Abschreckung abzielen
- 27 • den Ausbau von Beratung und Behandlung für suchtkranke Menschen
- 28 • Einsatz für Konsumräume in den kbo-Kliniken für einen gefahrenreduzierten
29 Konsum

30

31 **Bildung**

32

33 **Politische Bildung in Oberbayern**

34 Politische Jugendbildung wird in Oberbayern vor allem vom Bezirksjugendring (BJR)
35 und den Jugendbildungsstätten übernommen. Darunter fallen die Jugendbildungsstätte
36 Königsdorf im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Burg Schwaneck in Pullach (Lkr.
37 München) und das Aktionszentrum Benediktbeuern (Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen), die
38 bereits ein umfassendes Angebot anbieten. Um deren Arbeit sicherzustellen, benötigen
39 Sie eine bessere finanzielle Ausstattung. Auch muss es noch einfacher und

40

1 niedrigschwelliger werden, Mittel des BJR abzurufen.
2 Die wichtige politische Arbeit des Bezirks Oberbayern, die auch durch dieses
3 Wahlprogramm belegt wird, ist der Öffentlichkeit, insbesondere jungen Menschen,
4 weitgehend unbekannt. Das kann geändert werden durch ein Planspiel Bezirkstag,
5 welches die Arbeit dieses Gremiums, seine Themenbereiche und wie diese das
6 tägliche Leben berühren praktisch vermitteln soll. Dieses Planspiel soll im Rahmen des
7 Sozialkunde- bzw. Politik-und-Gesellschaft-Unterrichts angesiedelt sein und von der
8 Landeszentrale für politische Bildung für die bayerischen Bezirke entwickelt werden.
9

10 **Für ein rotes Oberbayern fordern wir:**

- 11 • bessere finanzielle Ausstattung der Fachstelle Diversität und politische Bildung
- 12 • bessere finanzielle Ausstattung für den BJR und die Jugendbildungsstätten
- 13 • Forderung an die Landeszentrale für politische Bildung: Erstellung eines Planspiels
14 Bezirkstag, um die politische Arbeit dieses Gremiums bekannter zu machen; Teil
15 des Sozialkunde- bzw. PuG-Unterrichts

17 **Sport**

19 Sport bringt Menschen zusammen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe,
20 Herkunft oder Sexualität. Sport ist wichtig, vor allem für Kinder und Jugendliche.
21 Vereine entscheiden, welche Sportarten sie anbieten können und sind dabei nicht nur
22 auf die Mitgliedsbeiträge, sondern oft auch auf kommunale Sportanlagen angewiesen,
23 um die Trainingseinheiten durchzuführen. Sport steht für Teilhabe und Vielfalt über
24 sprachliche Barrieren hinweg. Gerade Kinder lernen hier viele Kompetenzen wie Team-
25 Zusammenhalt, Respekt, koordinative Fähigkeiten und auch das Verlieren. Deshalb ist
26 es unser Anspruch, den Breitensport in Oberbayern weiter zu fördern.

28 Wir setzen uns für eine Kooperation zwischen Vereinen und Schulen ein, um die
29 Jugendarbeit zu stärken. Wir treiben Inklusion voran, um allen soziale Teilhabe zu
30 ermöglichen. Unser Sport ist offen für alle Menschen. Wir verurteilen jede Form der
31 Diskriminierung und sexualisierter Gewalt, die in Sportvereinen stattfindet und schaffen
32 Anlaufstellen in den Kommunen und Bezirken. Dabei stehen wir klar an der Seite der
33 Betroffenen.

34 Diskriminierungsfreier Sport bedeutet auch, dass Menschen mit körperlichen
35 Beeinträchtigungen genauso gefördert werden sollen. Wir setzen uns für
36 entsprechende Trainer*innen-Ausbildungen ein und fordern die Kommunen auf,
37 Vereine bei der Etablierung entsprechender Teams zu unterstützen.

38 Außerdem rufen wir kommunale Förderfonds ins Leben, die die Mitgliedschaft im
39 Verein übernehmen, wenn man diese selbst nicht tragen kann. Dazu muss es eine
40 niederschwellige Möglichkeit geben, sich zu melden, ohne alle Finanzen offenlegen zu

1 müssen. Sport ist für alle - der eigene Geldbeutel sollte dem keinen Riegel
2 vorschieben.
3 Auch in Einrichtungen für Menschen mit psychischen Krankheiten fordern wir die
4 Etablierung von entsprechenden Fitnessräumen und kleinen Sportplätzen im Freien,
5 sodass Patient*innen die Möglichkeit haben, sich sportlich zu betätigen.
6

7 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 8 • die Förderung des Breitensports in ganz Oberbayern durch die Unterstützung der
9 Vereine
- 10 • Anlaufstellen in Kommunen und dem Bezirken für Opfer sexualisierter Gewalt und
11 Diskriminierung
- 12 • Mehr Sportangebote für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung
- 13 • Förderfonds, die Mitgliedsbeiträge für Sportvereine tragen, wenn Menschen sich
14 diese nicht leisten können
- 15 • Sportmöglichkeiten in Einrichtung für Menschen mit psychischen Krankheiten

18 **Kultur**

20 Zuständigkeitsbereiche des Bezirks sind die Förderung der Kultur, insbesondere
21 kultureller Projekte, der Interessen junger Menschen - und "Heimat", ein Begriff, den
22 wir Jusos kritisch sehen aufgrund des Missbrauchs, der damit oft betrieben wurde und
23 wird. Der Heimat-Begriff war einerseits immer schon anschlussfähig an affirmative
24 Herrschaftspropaganda, Nationalismus und "Blut-und-Boden"-Ideologie, kann aber
25 andererseits auch eine sehr lokale und kleinräumige Verwurzelung meinen, die auch
26 mit einem Gefühl der Solidarität auf die zugehörige Bezugsgemeinschaft verbunden
27 ist. Ein solches Gefühl der Zugehörigkeit kann auch Elemente eines
28 Klassenbewusstseins beinhalten, als Gegensatz der lokal verwurzelten "kleinen Leute"
29 gegen die Klasse der Ausbeuter, wie z. B. während der Bauernkriege. Auch wird gerne
30 vergessen, dass Oberbayern nicht nur ein bäuerlich-agrarischer geprägter Raum war
31 und ist, sondern ebenfalls, auch und gerade im ländlichen Raum, von der Lebensform
32 und Kultur der Berg- und Industriearbeiter*innen beeinflusst wurde. Diese Ambivalenz
33 des Heimatbegriffs soll in der kulturellen Aktivität des Bezirks zum Tragen kommen.
34 Insbesondere sollen die jahrhundertlang marginalisierten, diskriminierten und/oder
35 vergessenen Gruppen in den Blick künftiger Ausstellungen und der bestehenden
36 Informationszentren treten, z. B. Sinti*zze und Rom*nja oder Jüd*innen.

37 Die Archive in Oberbayern sind das Gedächtnis des Bezirks. Um dieser Aufgabe
38 gerecht zu werden, brauchen Heimatarchive bessere finanzielle und infrastrukturelle
39 Rahmenbedingungen sowie Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch soll die Vernetzung
40 zwischen den Archiven verbessert werden, indem gemeinsam mit dem Freistaat ein

1 digitales Archivportal nach thüringischem Vorbild eingeführt wird, in dem auch kleinere
2 Archive Bestände verzeichnen und zugänglich machen können.
3 Die Bildungs- und Kulturangebote des Bezirks müssen für junge Menschen
4 niedrigschwelliger zugänglich gemacht werden. Viele wissen gar nicht, welche
5 Fördermöglichkeiten und Kultur- und Bildungsangebote in Oberbayern existieren. Das
6 soll durch eine breit angelegte Werbekampagne geändert werden. Es braucht auch
7 Angebote für Schulen in Form von Lernmaterial und Exkursionen. Auch die
8 Erreichbarkeit von Zentren und Ausstellungen im ländlichen Raum muss noch
9 verbessert werden. Die bereits bestehenden barrierefreien Angebote, wie die
10 Zugänglichkeit für Sehbehinderte in Glentleiten, wollen wir ausbauen. Zugänglichkeit
11 ohne Barrieren soll in allen Ausstellungen des Bezirks Oberbayern zum Standard
12 werden.
13 Die Bezirks- und Stadtjugendringe sind die wesentliche Säule, über die parteipolitisch
14 ungebundene Kinder- und Jugendarbeit in Oberbayern finanziert wird. Dazu gehört
15 sowohl die offene Kinder- und Jugendarbeit als auch die Förderung der
16 Jugendverbände. Dafür benötigen sie eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel.
17 Auch muss das Beantragen und Abrufen von Fördermitteln deutlich vereinfacht
18 werden.
19 Neben den konventionellen Formen der Jugendarbeit wollen wir auch die Subkultur
20 stärker fördern, denn sie ist der Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche am freisten
21 ausleben und ihre Kreativität erfahren können. Graffiti als Ausdrucksform darf nicht
22 kriminalisiert werden, dafür müssen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt
23 werden. Dies kann auch als Chance begriffen werden, junge Künstler*innen
24 einzuladen, den öffentlichen Raum kreativ mitzugestalten (z. B. Gestaltung von
25 Mauern, U-Bahnhöfen etc.)
26
27
28

29 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 30 • Bessere finanzielle Ausstattung von Bezirks- und Stadtjugendringe
 - 31 • Vereinfachung der Förderanträge für Jugendprojekte
 - 32 • alternative Subkultur stärken
 - 33 • Barrierefreiheit aller Museen und Ausstellungen
 - 34 • Werbekampagne: speziell an junge Leute, auch in einfacher Sprache,
35 Schüler*innenmaterial und Exkursionsangebote für Schulen
 - 36 • Busservices zu den Kulturangeboten im ländlichen Raum
 - 37 • bessere finanzielle Ausstattung der Archive, bessere Vernetzung untereinander
 - 38 • ZeMuLi (Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik) mit Fokus auf Musik
39 der Sinti*zze und Rom*nja und jiddische Musik
- 40

1 **Umwelt und Landwirtschaft**

2
3 Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlage. Die Ursachen und Konsequenzen
4 müssen wir deshalb auf allen Ebenen konsequent angehen. Auch auf Landes- und
5 Bezirksebene bekennen wir uns deshalb zur Klimaneutralität 2035. Unseren Teil dazu
6 wollen wir durch eine Beteiligung und Stärkung der dezentralen Energieversorgung
7 beitragen.
8

9 Der Bezirk Oberbayern umfasst hauptsächlich ländliche Regionen, ist aber durch
10 München städtisch geprägt. Hierdurch ergibt sich eine Konkurrenz der Flächen der
11 ländlichen Regionen als Ausgleichsflächen für die Artenvielfalt, für die Landwirtschaft
12 aber auch für die Energieversorgung. Eine sorgfältige Abwägung ist notwendig, um die
13 bestmögliche Nutzung sicherzustellen und alle Bedürfnisse zu erfüllen.
14

15 Der Bezirk Oberbayern koordiniert landkreisübergreifende Schutzgebieten wie
16 Chiemsee, Isarpark und Naturpark Altmühltal durch den Bezirk Oberbayern
17

18 **Für Aufbruch in Oberbayern fordern wir:**

- 19
- 20 • Schaffung von deutlich mehr Wildnisgebieten, die als intakte Ökosysteme ohne
21 menschlichen Einfluss bestehen, in den Landschaftsschutzgebieten Oberbayerns.
- 22 • Wir fordern, der Bezirk Oberbayern soll in den von ihm verwalteten Wäldern die
23 Hobbyjagd durch die Rechtsverordnungen über die Landschaftsschutzgebiete
24 verbieten. Die Wiederansiedlung des Wolfes muss unterstützt werden
- 25 • Weiterbildungen für Landwirt*innen, Förster*innen und Hobbygärtner*innen zur
26 Erhaltung der Biodiversität zusätzlich zu den Beratungen zu Fischerei und Imkerei
- 27 • Wir fordern bei der Imkerei-Beratung mehr Fokus auf die Stärkung von
28 Wildbienenpopulationen zu legen und nur noch solche Imker*innen zu
29 unterstützen, die dieses Ziel konsequent umsetzen
- 30 • Initiativen für Kinder und Jugendliche zum achtsamen Umgang mit Ressourcen
31 müssen ausgebaut werden
32
33
34
35
36
37
38
39
40

A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Erwerbsminderungsrentner*innen aus der Armutsfalle befreien!

Antragsteller*innen
Jusos Miesbach

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 Der Kongress möge beschließen:

2
3 Wer aus gesundheitlichen Gründen seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, landet in
4 der Armutsfalle: Menschen, die jahrelang in die gesetzliche Rentenversicherung
5 eingezahlt haben und dann unverschuldet (z. B. aufgrund einer Krankheit oder eines
6 Unfalls) langfristig arbeitsunfähig werden, beziehen bislang die Grundsicherung. Dies
7 bedeutet, dass eingezahlte Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr
8 beansprucht werden können. Menschen in der Erwerbsminderung werden nicht, wie
9 das Wort „Rente“ eigentlich vermuten lässt (zum Eintritt der Berufsunfähigkeit), in das
10 Rentensystem aufgenommen, sondern in die Grundsicherung.

11
12 In Deutschland handelt es sich im Bestand um etwa 1,8 Mio. Betroffene. Zwar beziehen
13 diese ab dem 01.01.2022 das neue Bürger*innengeld, dennoch greifen später
14 Sanktionen und sog. „Transferleistungen“, obwohl die Betroffenen aufgrund ihrer
15 gesundheitlichen Situation häufig keine Chance haben, sich erneut auf dem
16 Arbeitsmarkt zu integrieren. Ebenfalls ist ein regelmäßiger Gang zum Sozialamt bislang
17 notwendig. Auch ein finanzielles „Unter den Arm greifen“ durch die Familie oder
18 Verwandtschaft, ist aufgrund der aktuell geltenden Regelungen nicht möglich und hat
19 Kürzungen zur Folge.

20
21 Zwar beschlossen die „GroKo“ und die Ampelkoalition in den vergangenen Jahren
22 immer wieder Erhöhungen für Erwerbsminderungsrentner*innen, allerdings kommen
23 diese aufgrund der sog. „Transferleistungen“ nicht bzw. nur in einem sehr geringen
24 Anteil an.

25
26 Erwerbsminderungsrentner*innen (auch im Bestand), sind deshalb besonders
27 armutsgefährdet.

28
29 Wir fordern daher folgende Maßnahmen, um die Situation fair und gezielt zu
30 bekämpfen:

1 Kurzfristige Maßnahmen:

- 2
3 • Sofortige Verbesserungen! Die Ampelkoalition will die Zurechnungszeit bis 2024
4 in kleineren Schritten angeben. Das bedeutet für Betroffene gerade mal ein Plus
5 von 30-50 Euro im Monat. Armutsgefährdete Menschen in der Erwerbsminderung
6 benötigen aber, nicht zuletzt aufgrund der Inflation, sofortige Hilfe. Die Anhebung
7 muss daher sofort und in einem Schritt erfolgen.
8 • Zuverdienstgrenzen abschaffen! Damit Betroffene die Möglichkeit haben, in
9 finanziellen Notsituationen auf Hilfe der Familie zurückgreifen zu können, fordern
10 wir, die Zuverdienstgrenzen abzuschaffen.
11 • Abschläge abschaffen: In der Altersrente haben Menschen die freiwillige Option,
12 früher in Rente zu gehen, allerdings in Abschlägen. Diese Abschläge treffen
13 ebenfalls auf Erwerbsminderungsrentner*innen zu. Allerdings haben sie aufgrund
14 ihrer gesundheitlichen Situation keine Wahl. Die angewandten Abschläge stellen
15 eine Ungleichheit dar und gehören deshalb abgeschafft.
16 • Bei künftigen Rentenanpassungen müssen Erwerbsminderungsrentner*innen im
17 Bestand berücksichtigt werden Auch die Betroffenen im Bestand leiden unter sehr
18 niedrigen Renten und sind deshalb armutsbedroht.

20 Mittelfristige Maßnahme:

- 21 • Erwerbsminderungsrentner*innen aus der Grundsicherung holen und in eine
22 armutsfeste Grundrente integrieren! Erwerbsminderungsrentner*innen (auch aus
23 dem Bestand) werden aus der Grundsicherung genommen und in die Grundrente
24 integriert. Zuvor eingezahlte Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung (die
25 während des Berufslebens eingezahlt wurden) müssen hierfür anerkannt werden.
26 Betroffene sollen mit der Grundrente entweder 50% ihres zuvor im Berufsleben
27 erarbeiteten Netto-Gehalts, mindestens aber eine armutsfeste Grundrente
28 erhalten. Damit entfällt der Gang zum Sozialamt, die Altersarmut wird mit einem
29 weiteren Schritt fair und gezielt bekämpft

A02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Trainees for the future

Antragsteller*innen
Jusos Fürstenfeldbruck

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 In Bayern sind 231.117 Menschen in einem Ausbildungsverhältnis. Die aktuellen
2 Vorschriften zur betrieblichen Ausbildung müssen im Rahmen der Optimierung von
3 Bildungseinrichtungen und -angeboten abgeändert bzw. verbessert werden.
4 Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren konstant geändert und die zunehmende
5 Digitalisierung bringt neue Herausforderungen mit sich. Infolgedessen muss eine
6 Anpassung der Ausbildungsinhalte in allen Ausbildungsberufen auf aktuelle,
7 neueingeführte und modernisierte Methoden, Arbeitsweisen und Fachkenntnisse in
8 der berufsspezifischen Branche erfolgen.

9 Die betriebliche Ausbildung wird während der gesamten Ausbildungsdauer im dualen
10 System absolviert. Auch in der Berufsschule fordern wir die Abschaffung von Noten und
11 die Einführung von konstruktiven und persönlichen Coachings. Wichtig ist, dass alle
12 Schüler*innen sich zu jeder Zeit ein fachliches Feedback einholen können, um ihren
13 Lernprozess evaluieren zu können. Die Abschlussprüfungen in ihrer jetzigen Form
14 lehnen wir ab. Wir fordern eine abschließende Leistungsbewertung, welche einen
15 geringeren Stellenwert haben soll. So soll eine abschließende Leistungserhebung nicht
16 dem Großteil der Bewertung einer ganzen Ausbildung ausmachen, deshalb sollen
17 bereits erbrachte Leistungen stärker gewichtet werden. Das Aufgabenformat soll
18 offener und interessenorientierter gestaltet werden.
19

20 Die Globalisierung betrifft heute fast alle Branchen auf dem Arbeitsmarkt und
21 interkulturelle Kompetenzen sind erforderlich, um den steigenden Anforderungen der
22 Arbeitswelt gerecht zu werden. Die angehenden Fachkräfte müssen die Möglichkeit
23 haben ihre Fähigkeiten auszuweiten und deswegen ist ein Anrecht der Auszubildenden
24 auf eine Teilnahme an interkulturellen Projekten verpflichtend.

25 Des Weiteren soll für die Teilnahme von Auszubildenden an interkulturellen Projekten
26 wie z.B. Erasmus-Plus-Programm keine Einwilligung von Ausbildungsbetrieben
27 erforderlich sein. Die Ausbildungsbetriebe werden verpflichtet ihre Auszubildenden für
28 interkulturelle Projekte ohne Nachteile freizustellen. Darüber hinaus fordern wir eine
29 bessere Vereinbarkeit und ausführliche Bereitstellung von Information für interkulturelle
30 Projekte.

1 Die Chancengleichheit muss auch in der betrieblichen Ausbildung ein Ziel sein.
2 Aktuell ist das Angebot an interkulturellen Projekten nicht in allen
3 Ausbildungsrichtungen genug ausgebaut. Es ist eine neue Konzeption der globalen
4 Projekte in der betrieblichen Ausbildung notwendig, um für alle Auszubildenden die
5 Möglichkeit zu schaffen, transkulturelle und sprachliche Kompetenzen zu erwerben.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

DO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Wahlrecht für alle - Änderung von Artikel 28 Grundgesetz!

Antragsteller*innen
Jusos München Land

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Jusos
Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD
Bundestagsfraktion

1 Die Demokratie ist das höchste Gut unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sie ist
2 auf das Engagement und die Teilhabe der Bürger*innen angewiesen, damit nach dem
3 Regelwerk des Grundgesetzes unser Staat funktionstüchtig ist und die Demokratie
4 wehrhaft bleibt. Die Teilhabe der Bürger*innen drückt sich am stärksten bei
5 demokratischen Wahlen aus. Tatsächlich haben in Deutschland lebende
6 Ausländer*innen – egal ob sie selbst hierher immigriert sind oder deren Nachfahren
7 sind – nicht dieselben Möglichkeiten an Wahlen teilnehmen, da sie nicht im Besitz der
8 deutschen Staatsbürgerschaft sind und sie somit keine Wahlberechtigung haben.
9 Besonders auf der Ebene der Kommunen ist die Demokratie am direktesten spürbar.
10 Nirgendwo sonst wird so deutlich alltägliche Politik für die Bürger*innen gemacht – egal
11 ob die Institution Bezirksausschuss, Stadt- und Gemeinderat oder Kreistag heißt.
12 Durch die auf lokaler Ebene gemachte Politik sind unmittelbar alle Bewohner*innen
13 einer Kommune betroffen. Daher sollten allen Bewohner*innen einer Kommune ein
14 Wahlrecht zustehen.

15
16 Für Mitbürger*innen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit stellt die Teilnahme
17 bei demokratischen Wahlen einen wesentlichen Kernpunkt gelungener Integration in
18 Deutschland dar. Hierdurch steigt auch das Zugehörigkeitsgefühl, da bei Wahlen auch
19 ihnen die Möglichkeit zusteht, ihren Willen und ihre Stimme Ausdruck zu verleihen.
20 Durch diese Partizipationsmöglichkeit für alle Bewohner*innen einer Kommune wird
21 auch der Gleichheitsanspruch der Demokratie gerecht, da so Jede*r als ein
22 gleichberechtigtes Teil der Gesellschaft wahr genommen wird. Nach aktueller
23 Rechtslage besteht ein kommunales Wahlrecht nur für Deutsche. Für Bewohner*innen,
24 welche eine EU-Staatsbürgerschaft besitzen, besteht nach 3 Monaten Aufenthalt in
25 Deutschland aktives bzw. nach 6 Monaten ein passives Wahlrecht. Diese Regelung ist
26 in Artikel 28 Absatz 1 Grundgesetz festgeschrieben.

27
28

1 Hierfür fordern wir, dass Artikel 28 Absatz 1 Grundgesetz so geändert wird, dass
2 zukünftig Nicht-EU-Ausländer*innen, die seit mind. 3 Jahren einen regulären
3 Aufenthalt in Deutschland haben sowie - gleich wie bei Unions-Bürger*innen - seit
4 mind. 3 Monaten in einer Kommune ihren Wohnsitz und Lebensmittelpunkt haben,
5 ebenfalls ein aktives und nach 6 Monaten ein passives Wahlrecht für diese Kommune
6 bei Kommunalwahlen zusteht.
7 Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bereits am 16. März 2010 mit der Drucksache
8 17/1047 mit dieser Thematik befasst. Zu beachten ist, dass die SPD-
9 Bundestagsfraktion zur damaligen Zeit in der Rolle der Oppositionsführerin stand.
10 Heute stellt die SPD jedoch die Bundesregierung und ist mit der SPD-Fraktion – 17%
11 der Fraktionsmitglieder haben eine Migrationsgeschichte – die größte Partei im
12 Deutschen Bundestag. Es ist daher an der Zeit, dass die SPD-Abgeordneten dieses
13 wichtige Thema im Bundestag debattieren. Wir fordern daher von der SPD-
14 Bundestagsfraktion, dass sie sich wieder dem Thema – ähnlich wie 2010 – widmen
15 und einen Gesetzentwurf zur Abstimmung in Bundestag und Bundesrat vorbringen.
16 Außerdem unterstützen wir das von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur Zeit in
17 Bearbeitung befindliche neue Einbürgerungsrecht und fordern gleichzeitig, dass die
18 Einbürgerungen bundesweit vereinheitlicht und beschleunigt werden sollen. So soll
19 gewährleistet werden, dass auch Nicht-EU-Ausländer*innen, die in Deutschland leben
20 und die entsprechenden Kriterien erfüllen, schnellstmöglich und unkompliziert
21 Staatsbürger*innen Deutschlands werden und damit ihnen auch ein Wahlrecht auf
22 Ebene der Länder, des Bundes und der Europäischen Union zusteht und sie somit
23 auch ihre Möglichkeiten demokratischer Teilhabe ausschöpfen können.

Zusammenfassend fordern wir:

- 24 • Änderung des Artikels 28 Absatz 1 GG, damit bei Kommunalwahlen auch Nicht-
25 EU-Ausländer*innen wählen und gewählt werden dürfen. Dies soll durch Gesetz
26 für Nicht-EU-Ausländer*innen gelten, die seit mind. 3 Jahren ihren regulären
27 Aufenthalt in Deutschland haben und in einer Kommune seit mind. 3 Monaten für
28 das aktive bzw. mind. 6 Monaten für das passive Wahlrecht leben.
- 29 • Aufgreifen der Thematik durch die SPD-Bundestagsfraktion durch einen
30 Gesetzesentwurf (ähnlich wie 2010 mit der BT-Drs. 17/1047).
- 31 • Bundesweite Vereinheitlichung und Beschleunigung des
32 Einbürgerungsverfahrens, damit die Deutsche Staatsbürgerschaft schneller
33 erworben werden kann und damit ein effektives Wahlrecht auch auf Ebene der
34 Länder, des Bundes und der Europäischen Union besteht.

35
36
37
38
39
40

Wahlrechtskopplung an das Steuerrecht

Antragsteller*innen
Jusos Fürstenfeldbruck

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 Laut dem "Tagesspiegel" leben zum Stand 2021 rund 9,5 Millionen nicht-deutsche
2 Staatsangehörige über 20 Jahren in Deutschland, die derzeit nicht wahlberechtigt sind.
3 Viele dieser Menschen arbeiten in Deutschland und viel wichtiger zahlen hier auch
4 Steuern auf ihr Einkommen. Aus diesem Grund fordern wir eine Koppelung des
5 Wahlrechtes an die Einkommensteuerpflicht. Diese stellt die Hauptabgabe des
6 Durchschnittsbürgers dar und findet in der Finanzierung diverser Projekte seine
7 Verwendung. Weshalb auch Nicht-Staatsangehörigen das Recht verliehen werden
8 sollte, über die Art und Weise wie mit ihren Steuern umgegangen wird
9 mitzuentcheiden in Form von der Verleihung des aktiven Wahlrechtes.

10
11 Aus unserer Sicht stellt darüber hinaus eine reine Koppelung des aktiven Wahlrechtes
12 an die Staatsbürgerschaft eine längst veraltete Handhabung dar, die an der Realität
13 einer globalisierten und vernetzten Arbeitswelt mit neuen Möglichkeiten vorbei geht.
14 Gerade wir als Jung-Sozialisten, die sich als Internationalisten verstehen, sollten uns
15 für offeneren und staatsbürgerschaftsunabhängigerer Modelle einsetzen, gerade für
16 jene die nicht eine neue Heimat suchen, sondern durch Zwänge, globale
17 Entwicklungen und Lohndumping ihrer Arbeit im Ausland und in diesem Falle bei uns
18 in Deutschland nachgehen müssen und denen es zusteht mitzuentcheiden, wofür und
19 von wem ihr Geld verwendet wird.

20
21 Dies erfordert keine konkrete Finanzierung und kann demnach nur eine Bereicherung
22 für die deutsche Demokratie darstellen. Erforderlich hierfür ist jedoch eine Verknüpfung
23 des Wahl- mit dem Einkommenssteuerregisters, um die sich die hierfür zuständigen
24 Stellen bei einer potenziellen Umsetzung schnellstmöglich, am idealsten auf eine
25 digitalisierte Art und Weise kümmern müssten.

26
27
28
29
30

Mehr Demokratie durch mehr Partizipation - Jugendlandtag in Bayern

Antragsteller*innen
Jusos Fürstenfeldbruck

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 Demokratie lebt und wächst von Beteiligung aller Teile unserer Gesellschaft am
2 politischen Geschehen, unabhängig vom Beruf, Alter, Herkunft oder schulischer
3 Ausbildung. Leider werden häufig die Stimmen von Kindern, Jugendlichen und
4 sogar jungen Erwachsenen ignoriert. Es fällt in Bayern an funktionierenden
5 Jugendparlamenten, welche die Jugend in Städten, Gemeinden und
6 Landkreisen vertreten. Wenn es auch solche gibt, können sich kaum zur
7 jugendgerechten Politik in Bayern beitragen.

8
9 Wir fordern die Etablierung eines Jugendlandtags als Simulation und
10 Veranstaltung. Der Jugendlandtag soll in der Sommerpause der
11 Landesregierung stattfinden und Jugendliche und junge Erwachsene im Alter
12 von 14 bis 27 können daran teilnehmen. Die Jugendlichen können sich auf diese
13 Veranstaltung bewerben. Den Auswahlprozess übernimmt die Jugendstrategie
14 der bayrischen Landesregierung. Dabei soll geachtet werden, dass Jugendliche
15 aus allen sozialen Schichten und unterschiedlichen Alters daran teilnehmen.
16 Die Veranstaltung „Jugendlandtag“ soll eine Woche dauern und eine typische
17 Sitzungswoche illustrieren. Die Jugendlichen habe die Möglichkeit zu sehen wie
18 der Politikbetrieb funktioniert und der Schwerpunkt der Veranstaltung sind
19 Workshops, welche die Ausschüsse widerspiegeln. Ziel am Ende der
20 Veranstaltung sind politische Forderungen der Jugendlichen und jungen
21 Erwachsenen aus den Workshops an die Landesregierung. Die
22 ausgearbeiteten Forderungen werden an die zuständigen Ministerien
23 weitergeleitet unter der Pflicht mit den entsprechenden Minister*innen die
24 Forderung zu bearbeiten.

25
26
27
28
29
30

DO4

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Kein Insider-Handel für Minister*innen!

Antragsteller*innen
Jusos Freising

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

- 1
2 Wir fordern, dass
3 • Bundes- und Landesminister*innen in der Zeit, in der sie ihr Mandat ausüben,
4 keine Transaktionen an Wertpapiermärkten durchführen dürfen.
5 • Bundes- und Landesminister*innen bei Mandatsantritt sämtliche
6 Wertpapierbesitze und Unternehmensbeteiligungen offenlegen müssen
7
8 **Begründung:**
9 Es ist die Aufgabe von Minister*innen, im Sinne der Gesellschaft zu handeln und
10 nicht, durch ein politisches Mandat in die eigene Tasche wirtschaften zu können. In
11 entsprechenden Positionen verfügt man allerdings über Zugriff auf Insider-Wissen,
12 durch welches man einen unfairen Vorteil an den Wertpapiermärkten hat, was zu
13 einem problematischen Interessenskonflikt führt. Gesetzesinitiativen selbst können
14 sich direkt auf Aktienkurse auswirken, daher besteht die Gefahr, dass sich die
15 Investitionen einzelner auf diesem Weg auf die Gesetzgebung auswirkt. Eine
16 Transaktionssperre für die Dauer der Mandatsausübung und eine Transparenzpflicht
17 ist somit ein wirksames Mittel, um Lobbyismus einzuschränken und um
18 sicherzustellen, dass die Interessen der Bevölkerung Priorität haben vor den
19 wirtschaftlichen Interessen privater Unternehmen. Gleichzeitig kann durch die
20 Transparenzpflicht verhindert werden, dass Beteiligungen, die bereits vor
21 Mandatsantritt bestehen, sich auf die Politik der Minister*innen auswirken kann.

22
23
24
25
26
27
28
29
30

DO5

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Ja klar, aber mit Reformen

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Juso
Landeskongress, Juso Bundeskongress,
SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag,
SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

- 1 Wir bekennen uns klar und deutlich zur Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des öffentlich-
2 rechtlichen Rundfunks. Wir verteidigen den ÖRR als wichtige Säule unserer medialen
3 Landschaft gegen Angriffe. Gleichzeitig muss sich auch beim ÖRR etwas bewegen und
4 es braucht Veränderung. Aktuell erschüttern diverse Skandale - insbesondere auf der
5 Führungsebene einzelner Landesrundfunkanstalten der ARD – die Öffentlichkeit.
6 Berechtigterweise. Aus dem Fehlverhalten Einzelner an der Spitze aber nun Angriffe
7 auf den ÖRR an sich zu starten ist brandgefährlich: Wer die aktuellen Skandale
8 insbesondere beim rbb dazu ausnutzt, um am öffentlich-rechtlichen Rundfunk als
9 Grundpfeiler unserer demokratischen Medienlandschaft zu sägen, handelt fahrlässig,
10 verfassungsfeindlich und kurzsichtig.
11
12 Der ÖRR (öffentlich-rechtlicher Rundfunk) erfüllt wichtige Aufgaben für unsere
13 Demokratie: Indem er unabhängig von Quoten und Reichweite finanziert wird, kann er
14 auch Inhalte recherchieren und produzieren, die bei privatwirtschaftlichen Medien – die
15 als Unternehmen letztlich alle gewinnorientiert arbeiten müssen – nicht möglich sind.
16 Gerade derzeit, wo Nachrichten in einem andauernden und teilweise überwältigendem
17 Strom auf unseren digitalen Endgeräten eintreffen, übernimmt der ÖRR die Aufgabe,
18 ausgewogen zu informieren und Einordnung und Hintergrund zu liefern. Der öffentlich-
19 rechtliche Rundfunk steht stabil gegen Falschinformation und sichert so eine
20 hochqualitative Versorgung mit Informationen.
21
22 Die Finanzierung durch die Gesellschaft, durch eine transparente Abgabe
23 (Rundfunkbeitrag) – keine Steuer – unterscheidet den ÖRR fundamental von anderen
24 Medienhäusern. Während andere Medienunternehmen ihre Themenwahl und -
25 aufbereitung für das ökonomische Überleben an Zielgruppen und Vermarktbarkeit
26 ausrichten müssen, ist der ÖRR grundsätzlich solide finanziert und kann dadurch auch
27 Minderheitenthemen behandeln, die sonst untergehen würden. So ist es beispielsweise
28

1 möglich, den Fokus auch auf kleine Zielgruppen zu legen oder marginalisierte Gruppen
2 zu berücksichtigen.
3 Gleichzeitig gibt es eine Grundversorgung mit Information, Kulturangeboten und
4 öffentlich-rechtlichen Unterhaltungsformaten, die allen Menschen zugänglich gemacht
5 werden, ohne dass ihnen zusätzliche Kosten entstehen.

6 Die Finanzierungsstruktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist verfassungsrechtlich
7 geschützt und staatsfern organisiert. Die KEF (Kommission zur Ermittlung des
8 Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten der Länder) übernimmt die Aufgabe,
9 unabhängig den Finanzbedarf festzulegen. Dies verhindert, dass der ÖRR zum
10 Spielball politischer Interessen wird, die unter Androhung von Finanzkürzungen
11 Einfluss auf das inhaltliche Angebot nehmen will.

12

13 **Skandale im ÖRR – Aufarbeiten und Konsequenzen ziehen**

14 Die aktuellen Skandale im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erschüttern das Vertrauen
15 in die Institution. Selbstverständlich verurteilen wir es – wie der überwiegende Teil der
16 Mitarbeiter*innen des ÖRR selbst – wenn Einzelne sich auf Kosten der Allgemeinheit
17 bereichern und das System ausnutzen.

18

19 Im Fall Schlesinger hat ihre Abberufung und ihre fristlose Entlassung jedoch gezeigt,
20 dass der Rundfunk und seine Aufsichtsorgane wehrhaft sind. Dieses Signal ist richtig
21 und wichtig. Um derartige Skandale auch zukünftig zu vermeiden, braucht es eine
22 bessere Ausstattung der Kontrollgremien (Rundfunkrat, Verwaltungsrat). Die
23 ehrenamtlichen Mandatsträger*innen brauchen mehr Unterstützung bei der Kontrolle
24 der hauptamtlichen Strukturen. Das Gehalt der Intendant*innen und des Managements
25 generell sollte maximal das 20-fache des Lohns derjenigen Person im Haus betragen,
26 die den geringsten Lohn bekommt. Für Dienstwagen, Spesen, etc. braucht es klarere
27 Vorgaben und Regelungen sowie auch hausinterne Kontrollstrukturen, die Missbrauch
28 verhindern. Auch die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung und Kontrollfunktionen ist
29 eine Möglichkeit um solche und ähnliche Vorfälle zu vermeiden.

30

31 Gleichzeitig dürfen die Vorfälle nicht als Einzelfall abgetan werden, vielmehr müssen
32 Strukturen beleuchtet und hinterfragt werden. Die starke hierarchische Organisation
33 der Rundfunkanstalten und die große Macht der Intendanz müssen auf ihre Wirkung
34 auf die jeweils handelnden Personen evaluiert werden.

35

36 **Eigene Plattformen aufbauen**

37 Für den ÖRR ist es eine schwierige Abwägung, wo die eigenen Inhalte verteilt werden
38 sollen. Einerseits ist es nachvollziehbar gerade mit der fortschreitenden
39 User*innenzahl sozialer Netzwerke, die Inhalte dort anzubieten, wo die Hörer*innen
40 und Zuschauer*innen bereits sind. Andererseits bedeutet das, dass man sich den

1 kapitalistischen Verwertungslogiken und der Profitmaximierung privat organisierter
2 Plattformen mit enormer Marktmacht unterwirft. Die öffentlich finanzierten und
3 hochqualitativen Angebote werden so kostenfrei den Betreibern der Plattformen zur
4 Verfügung gestellt, diese verdienen daran durch Werbeerlöse Geld in ihre eigene
5 Tasche.

6 Das Ziel muss es daher sein, mittelfristig eigene Plattformen aufzubauen. Mit der
7 Integration aller Inhalte der verschiedenen Landesrundfunkanstalten in die ARD-
8 Mediathek ist damit ein erster Schritt getan. Auch die Verlinkung zwischen ARD- und
9 ZDF- Mediathek ist ein wichtiger Schritt. Mit Produkten wie der ARD Audiothek wird
10 berechtigterweise versucht, ein eigenes Angebot für Podcasts zu etablieren.

11 Nur, wenn die Plattformen, über die die Inhalte ausgestrahlt werden in der Hand des
12 öffentlich-rechtlichen Rundfunks liegen, können diese demokratisch organisiert
13 werden. Nur dann können beispielsweise Empfehlungsalgorithmen entwickelt werden,
14 die Filter-Bubbles und Echo-Kammern explizit entgegenwirken.

15

16 Plattformen und Produkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen dabei so
17 gestaltet werden, dass die verwendeten und entwickelten Technologien auch für
18 andere zugänglich sind. Über offene Schnittstellen sollten auch andere Anbieter die
19 Möglichkeit haben, Ergänzungsangebote zu öffentlich-rechtlichem Material
20 darzustellen und zu verlinken – zu den Konditionen und Regeln, die der ÖRR vorgibt.
21 Auch eine Verknüpfung zum Beispiel mit Wikipedia oder anderen offenen und
22 demokratisch organisierten Institutionen des Internets ist zu berücksichtigen.

23 Um im Wettbewerb um Technologieentwicklung mit den privaten Konkurrenten – nicht
24 nur Nachrichtenmedien sondern auch Netflix, Amazon und ähnliche, die sich enorm
25 große Technikteams leisten – mithalten zu können, sollten die
26 Landesrundfunkanstalten sich verstärkt auf europäischer Ebene organisieren und
27 gemeinsame Projekte zum Beispiel im Rahmen der EBU (European Broadcasting
28 Union) organisieren.

29

30 **Vielfältige Angebote erhalten – junge Angebote stärken**

31 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zeichnet sich durch ein vielfältiges Angebot–
32 Grundversorgung an Nachrichten, Informationen, Unterhaltung, Kulturangebote,
33 Sportübertragungen von nationalem Interesse, u.v.m. – aus. Durch gestiegene Kosten
34 –einerseits der Inflation aber auch gestiegener Personalkosten, Verbreitungskosten
35 und Lizenzkosten – und einen enormen Spardruck in den einzelnen Sendern ist dieses
36 vielfältige Angebot in Gefahr. Neben der bedarfsgerechten – d.h. die Finanzierung
37 orientiert sich am Auftrag – Ausfinanzierung, um die vielfältigen Angebote zu erhalten,
38 ist es aber auch wichtig, verschiedene Angebote immer wieder einer Prüfung zu
39 unterziehen und insbesondere auch neue junge Formate zu schaffen.

40

1 Für die Evaluation der Angebote müssen unterschiedliche Kriterien herangezogen
2 werden: Wir fordern eine Priorisierung von journalistischen und gut recherchierten
3 Inhalten über Reichweite starken Inhalten. Diese journalistischen Inhalte sind
4 insbesondere Angebote die nicht in diesem Umfang von privaten (Fernseh-)Medien
5 angeboten werden.

6 Die Entscheidung für oder gegen einzelne Inhalte ist immer kontrovers und wird nicht
7 konsensual zu lösen sein. So gibt es zum Beispiel umfangreiche Debatten zur
8 Übertragung von Sportevents mit hohen Lizenzkosten für die Sender. Einerseits sind
9 diese Sportveranstaltungen von großem öffentlichem Interesse und sollten somit Teil
10 der Grundversorgung sein, andererseits lässt sich gerade Sportübertragung aufgrund
11 der hohen Nachfrage auch solide privatwirtschaftlich organisieren (dies bedeutet nicht
12 unbedingt, dass die Konsument*innen die Inhalte nur gegen Gebühr empfangen
13 können, auch Werbefinanzierung ist denkbar) und die hohen Lizenzkosten könnten
14 beim ÖRR eingespart und anderweitig verwendet werden. Gleichzeitig leisten die
15 Sportübertragungen insbesondere regionalisierte Produktionen wie z.B. 3. Liga –
16 einen wichtigen Beitrag zum Gesamtangebot. Sie stärken die Wahrnehmbarkeit des
17 ÖRR und werden anspruchsvoll journalistisch begleitet. Konflikte dieser Art machen
18 deutlich, dass Programmentscheidungen nie isoliert nur auf ein Angebot hin getroffen
19 werden können: Vielmehr ist es notwendig, ein insgesamt ausgewogenes Programm
20 zu schaffen, das verschiedene Interessen und Konsumverhalten abdeckt und
21 konsumiert.

22
23 Grundsätzlich gilt die Rundfunkfreiheit, die in sich verfassungsrechtlichen Rang hat.
24 Die Entscheidung, welche Angebote und Formate der ÖRR ausstrahlt, werden daher
25 von der Geschäftsleitung des Rundfunks – in einigen Fällen mit dem Rundfunkrat –
26 getroffen. Für so weitreichende Entscheidungen, wie die Programmaufteilung sollte die
27 Beratung durch Gremien wie den Rundfunkrat oder neu zu schaffenden
28 parlamentarischen Gremien eine Rolle spielen (siehe Demokratisierung) ausgebaut
29 werden, um auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Entscheidungen zu erhöhen.

30 Mit funk wurde ein richtiger Schritt in die Richtung gegangen, junge Angebote zu
31 stärken. Jugendliche von heute sind die ÖRR-Klientel von morgen. Unabhängig davon,
32 dass es notwendig ist, mit qualitativ hochwertigen Angeboten zu überzeugen und
33 Hörer*innen und Zuschauer*innen an den ÖRR zu binden, sind gerade junge
34 Menschen im demokratischen Sinne zu bilden, weshalb die Vermittlung der
35 Funktionsweisen und Aktivitäten in unserer Demokratie und Gesellschaft ein wichtiger
36 Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist.

37 Auch bei funk ist zu kritisieren, dass die Angebote insbesondere auf die bestehenden
38 privaten Medienplattformen ausgespielt werden und keine Bestrebungen
39 unternommen werden, eigene ÖR-Plattformen spezifisch für die Zielgruppe
40 aufzubauen.

1
2 Neben der Stärkung des Angebots für junge Menschen fordern wir eine Ausweitung
3 der Befreiung von Rundfunkbeitrag auf alle Studierenden, Auszubildenden und
4 Schüler*innen, die nicht bei Ihren Eltern wohnen und unter 27 Jahre alt sind.

5
6 **Eigene Inhalte unter offenen Lizenzen anbieten**
7 Alle Produktionen und Produkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden bereits
8 von der Öffentlichkeit bezahlt. Sie sollten der Öffentlichkeit somit auch unbefristet und
9 unter offenen Lizenzen zur Weiterverwendung zur Verfügung stehen. Dabei sind
10 Lizenzen zu verwenden, die eine nicht-kommerzielle Verwendung zum Beispiel für
11 Bildungszwecke erlauben. So werden schon jetzt probeweise Inhalte von Terra X in der
12 Wikipedia verlinkt, um spezifische Artikel zu ergänzen. Derartige
13 Wiederverwendungen von öffentlich finanzierten Inhalten müssen nicht nur ausgebaut,
14 sondern Standard werden.

15
16 Dem entgegen steht die Vergabe von Aufträgen an externe Produktionsfirmen, die ihre
17 Leistungen mit zeitlich begrenzten Lizenzen verkaufen. Unbegrenzte Lizenzen bringen
18 dabei erhebliche Mehrkosten mit. Bei der Produktion von Inhalten ist daher
19 abzuwägen, inwiefern Produktionsfirmen in den ÖRR integriert sind, um dem Problem
20 entgegenzuwirken. Dabei ist eine gewisse Eigenständigkeit der Produktionsfirmen zum
21 Erhalt der Kreativität und künstlerischen Freiheit notwendig.
22 Das Anbieten eigener Inhalte mit offenen Lizenzen muss aber grundsätzlich für alle
23 Eigenproduktionen gelten.

24
25 Um eine zeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit von Inhalten zu ermöglichen, muss
26 zusätzlich der "Löschzwang" vollständig aus dem Medienstaatsvertrag gestrichen
27 werden. Gerade junge Menschen haben in der heutigen Zeit oft keinen herkömmlichen
28 Fernsehanschluss mehr, sondern schauen Fernsehen ausschließlich über Streaming-
29 Dienste. Einschränkungen, öffentlich-rechtliche Inhalte ebenfalls über diesen Weg
30 zugänglich zu machen, sind daher nicht mehr zeitgemäß und schließen Teile der
31 jungen Generation von den Angeboten des ÖRR aus.

32
33 **Demokratisierung des ÖRR**
34 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet großes Potential im Sinne der
35 Demokratisierung aller Lebensbereiche. Während die Sender schon heute versuchen,
36 gerade neue Angebote gemeinsam mit der Zielgruppe zu entwickeln, ist es notwendig,
37 diese Beteiligung deutlich auszuweiten.

38 Das gilt einerseits für die bereits existierenden Strukturen wie Fernseh- bzw. Rundfunk-
39 und Verwaltungsräte. Insbesondere die Besetzung der Rundfunkräte muss neu
40 definiert werden. So fehlt z.B. im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks die

1 Repräsentation der LGBTIQ-Community, nur mit einem Mandat sind Menschen mit
2 Migrationshintergrund repräsentiert junge Menschen werden lediglich durch den
3 bayerischen Jugendring mit einer Stimme vertreten. Hier ist eine Reform der
4 Besetzungsverfahren und der Zusammensetzung notwendig, um die gesellschaftliche
5 Realität abzubilden.

6
7 Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, neue Formate zur Demokratisierung zu
8 entwickeln wie beispielsweise ein zufällig gelostes parlamentarisches Parlament von
9 Zuschauer*innen, um verbindliche Beteiligung bei Entscheidungen über Ausrichtung,
10 Programm, etc. herzustellen.

11

12 **Internationale Zusammenarbeit des ÖRR**

13 Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sind innerhalb Europas stark verbreitet und
14 gleichzeitig unterschiedlich ausgeprägt. Im Sinne einer europäischen Zivilgesellschaft
15 ist es wünschenswert, verstärkt Angebote auch international – mit Übersetzung –
16 anzubieten, um die internationale Pluralität zu erhöhen und insbesondere bei
17 internationalen Angelegenheiten verschiedene Perspektiven besser zu verstehen.
18 ARTE als deutsch-französische Kooperation ist dabei ein gutes Beispiel für gelingende
19 transnationale Zusammenarbeit.

20

21 Dies ist umso mehr notwendig, als es kaum mehr politische Themen gibt, die innerhalb
22 der Grenzen von Nationalstaaten bearbeitet werden können. Die Klimakrise,
23 Pandemien, Energiekrisen und Erschütterungen der globalen Weltordnung und
24 territorialer Integrität: Europäische Herausforderungen brauchen europäische
25 Antworten. Dazu kann eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der
26 Rundfunkanstalten der verschiedenen Länder einen Beitrag leisten. Das kann auch zu
27 einer Stärkung anderer unter Druck geratener Einrichtungen (z.B. BBC) führen, wenn
28 zusätzlicher Wert durch Kollaboration geschaffen werden kann.

29

30 **Arbeitsbedingungen im ÖRR**

31 Die Arbeitsbedingungen bei den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten variieren sehr
32 stark. Insbesondere ältere Beschäftigte mit langer Dienstzugehörigkeit profitieren von
33 teils komfortablen Arbeitsverträgen, in denen beispielsweise hohe
34 Betriebsrentenansprüche als Ergebnis von Tarifverhandlungen enthalten sind.
35 Aufgrund der steigenden Kosten im ÖRR generell hat dies eine Auswirkung auf jüngere
36 Angestellte, die mit wesentlich schlechteren Verträgen neu eingestellt werden. Auch
37 gibt es Unterschiede zwischen festen und freien Mitarbeiter*innen. Aufgrund von
38 Spardrucks werden mehr und mehr Aufgaben extern vergeben, dies darf aus unserer
39 Sicht nur unter Einhaltung tarifvertraglicher Bindung geschehen.

40

1 Wir wollen, dass alle Mitarbeiter*innen in allen Bereichen (Programm, Verwaltung,
2 Produktion, Technik, etc.) sowohl bei den Landesrundfunkanstalten als auch für
3 zentrale Tätigkeiten bei der ARD oder beim ZDF sowie beim Deutschlandfunk gute
4 Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung erhalten. Unterschiede zwischen
5 verschiedenen Mitarbeiter*innen (alt und jung // fest und frei) müssen reduziert und
6 langfristig überwunden werden.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

DOG

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Heimat? Ja, aber nur progressiv und inklusiv

Unsere Idee für Kultur-, Jugendförderungs- und Heimatpolitik im Bezirk Oberbayern

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD, Bezirkstagsfraktion der SPD Obb, Juso Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

1 Ein wichtiger Zuständigkeitsbereich des Bezirks sind die Förderung der Kultur,
2 insbesondere kulturelle Projekte und Interessen junger Menschen - und "Heimat", ein
3 Begriff, den wir Jusos kritisch sehen aufgrund des Missbrauchs, der damit oft betrieben
4 wurde und wird. Der Heimat-Begriff war einerseits immer schon anschlussfähig an
5 affirmative Herrschaftspropaganda, Nationalismus und "Blut-und-Boden"-Ideologie,
6 kann aber andererseits auch eine sehr lokale und kleinräumige Verwurzelung meinen,
7 die auch mit einem Gefühl der Solidarität auf die zugehörige Bezugsgemeinschaft
8 verbunden ist. Ein solches Gefühl der Zugehörigkeit kann auch Elemente eines
9 Klassenbewusstseins beinhalten, als Gegensatz der lokal verwurzelten "kleinen Leute"
10 gegen die Klasse der Ausbeuter, wie z. B. während der Bauernkriege.

11 Um Oberbayern, seine Kultur und seine Geschichte, für alle erlebbar zu machen,
12 besonders für junge Menschen, fordern wir:

13

14 Selbstbestimmte Kinder- und Jugendarbeit stärken

15

16 Der Bezirksjugendring Oberbayern und die Kreis- und Stadtjugendringe sind die
17 wesentliche Säule, über die parteipolitisch ungebundene Kinder- und Jugendarbeit in
18 Oberbayern finanziert wird. Dazu gehört sowohl die offene Kinder- und Jugendarbeit
19 als auch die Förderung der Jugendverbände. Der zentrale Gedanke ist dabei immer,
20 dass Kinder und Jugendliche so weit wie möglich selbst über Form und Inhalt der
21 Kinder- und Jugendarbeit bestimmen und dem Alter angemessen selbst
22 Verantwortung übernehmen.

23 Ob Kultur, Sport, Religion, internationale Jugendbegegnung, politische Bildung oder
24 Interessenvertretung - die Arbeit der Verbände in den Jugendringen ist vielfältig und so
25 vielfältig sind auch die Möglichkeiten, Fördermittel zu beantragen. Dennoch zeigt sich
26 in der Ausstattung der Jugendringe in Oberbayern ein deutlicher Unterschied zwischen

1 der Stadt München und dem Rest des Bezirks - das geht nur zum Teil darauf zurück,
2 dass der Kreisjugendring München-Stadt deutlich umfangreichere Aufgaben im
3 Bereich der Kinderbetreuung übernommen hat, denn auch die Fördermöglichkeiten für
4 Jugendverbände sind deutlich besser. Wir fordern daher eine deutliche Erhöhung der
5 Mittel für den Bezirksjugendring Oberbayern. Diese sollen in den Ausbau der guten
6 inklusiven Arbeit, von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in eine
7 Erhöhung der Jugendverbandsförderung fließen, der Schwerpunkt sollte dabei auf
8 dem ländlichen Raum liegen.

9 Neben den konventionellen Formen der Jugendarbeit wollen wir auch die Subkultur
10 stärker fördern, denn sie ist der Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche am freisten
11 ausleben und ihre Kreativität erfahren können.

12
13 Dazu braucht es mehr Flächen für Graffiti an denen sich Sprayer*innen ausleben
14 können. Aktuell wird in diesem Bereich mit Strafen und Drohungen gearbeitet, dabei
15 können Graffiti einen Beitrag zur Gestaltung der Städte leisten. Wir fordern mehr
16 Graffiti-Flächen und sprechen uns klar gegen das Verbot von Graffiti aus. Kommunen,
17 Jugendzentren und Jugendgruppen sollten zusammenarbeiten und so entsprechende
18 Flächen schaffen.

19 Der Kunstbegriff ist deutlich breiter als die Kunst, die in einem Museum ausgestellt
20 wird. Kunst umfasst alles, was von Künstler*innen geschaffen wird. Kunstfreiheit ist ein
21 grundlegendes Recht.

22
23 Subkulturen sind oft nicht auf den ersten Blick in Städten zu sehen, aber ein umso
24 wichtigerer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Junge Menschen finden hier oft
25 ein Beteiligungsformat vor, das sehr niedrigschwellig zugänglich ist und von flachen
26 Hierarchien geprägt ist. So entstehen Musikgruppen, Kunstgruppen oder auch
27 politischer Aktivismus auf der Straße.

28 Subkultur beschränkt sich nicht auf einzelne Großstädte, sondern ist Teil einer jeden
29 Gemeinde und Kommune auch im ländlichen Raum. Um diese kreativen Projekte zu
30 unterstützen, fordern wir mehr finanzielle Mittel, die durch den Bezirk bereitgestellt und
31 unbürokratisch vergeben werden.

32
33 Mehr Geld löst jedoch nur einen Teil des Problems - denn oft genug werden
34 vorhandene Fördermittel nicht abgerufen, obwohl der Bedarf bei den Verbänden
35 besteht - ein Grund dafür ist der hohe Arbeitsaufwand, der damit verbunden ist, sich
36 über Fördermöglichkeiten zu informieren und diese korrekt zu beantragen. Gerade
37 kleinere Verbände, die nur wenig oder gar keine hauptamtliche Unterstützung haben,
38 stoßen hier schnell an ihre Grenzen. Allerdings muss auch weiterhin sichergestellt
39 bleiben, dass mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umgegangen wird und ihre
40

1 Verwendung nachvollziehbar bleibt. Aus diesem Grund sind dem Abbau von
2 Bürokratie Grenzen gesetzt - jedoch müssen die Information über Fördermöglichkeiten
3 und die Unterstützung der Jugendverbände bei der Beantragung von Fördergeldern
4 deutlich verbessert und hierfür mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
5 Unser Ziel ist es, dass es in Oberbayern in möglichst allen Kommunen Jugendzentren
6 mit Räumen, Arbeitsmaterial für Kreative und Beratung für Fördermittel gibt.
7 Es gibt auch viele Gruppen und Initiativen, die keine klassische Organisationsstruktur
8 als Jugendverband aufweisen und daher nicht in den Jugendringen vertreten sind/sein
9 können - auch für solche Arbeit müssen durch den Bezirk Fördermöglichkeiten
10 geschaffen werden]

11

12 **Tradition geht auch progressiv und inklusiv**

13

14 Die Pflege von Kultur und Geschichte wird in Oberbayern bereits auf vielfältige Weise
15 betrieben und einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Die beiden
16 Freilichtmuseen Glentleiten und Donaumoos bieten ein breites Programm, in
17 Glentleiten auch für Sehbehinderte. Zu nennen ist auch die Galerie Oberbayern in der
18 Münchner Prinzregentenstraße, welche seit 2012 unter dem Motto "Kunst inklusive"
19 Werke von Künstler*innen mit und ohne Behinderung unter besonderer
20 Berücksichtigung der Barrierefreiheit ausstellen. Diesen Ansatz der Barrierefreiheit
21 wollen wir weiter ausbauen. Angebote für Sehbehinderte und Zugänglichkeit ohne
22 Barrieren sollen in allen Ausstellungen des Bezirks Oberbayern zum Standard werden.
23 Das vielfältige kulturelle Angebot des Bezirks Oberbayern ist weitgehend unbekannt.
24 Dies soll durch eine groß angelegte Werbekampagne geändert werden. Diese soll sich
25 insbesondere an junge Menschen richten und auf barrierefreie Angebote hinweisen.
26 Dazu benötigt es auch Material in einfacher bzw. leichter Sprache. Auch sollen
27 Lehrer*innen- und Schüler*innenmaterialien für den Unterricht und Exkursionen
28 entwickelt werden.

29 Da sich viele Angebote im ländlichen Raum befinden, um der breiten Kulturlandschaft
30 Oberbayern Rechnung zu tragen, ist die Erreichbarkeit für Menschen ohne Auto ein
31 Problem. Auch daher ist eine umfangreiche Tarifreform und ein massiver Ausbau des
32 ÖPNV im ländlichen Raum dringend notwendig. Spezielle Angebote für die ländlichen
33 Kulturangebote wie gezielte Kulturtickets oder verbilligte Busservices für Schulklassen
34 sind zu prüfen. Zugleich soll der dezentrale Ansatz beibehalten und durch weitere
35 Neugründungen ausgeweitet werden.

36 Das Forum Heimat und Kultur in Benediktbeuern wird ab 2023 generalsaniert. Dies
37 bietet eine Chance, auch die inhaltliche Ausrichtung neu zu justieren. Von einer bloßen
38 Präsentation von Originalen, begleitet von ellenlangen Texttafeln, soll der
39 methodische Zugriff der aktuellen Museumsdidaktik zugewandt werden, möglichst
40

1 interaktiv und niedrigschwellig sein und so auch mehr die Zielgruppe der Kinder und
2 Jugendlichen in den Fokus nehmen.
3 Insgesamt muss der Begriff "Heimat" in den Kulturangeboten des Bezirks einer
4 kritischen Prüfung unterzogen werden. Die Ambivalenz des Heimatbegriffs soll in der
5 kulturellen Aktivität des Bezirks zum Tragen kommen. In den historischen Museen und
6 Ausstellungen des Bezirks sollen alternative und neuere Ansätze der
7 Geschichtsforschung - wie es bereits teilweise zum Tragen kommt - abdecken, z. B.
8 Alltagsgeschichte, Frauengeschichte, Migrationsgeschichte etc.. Insbesondere soll die
9 Geschichte deutscher Geflüchteter und Vertriebener während des und nach dem
10 Zweiten Weltkrieg einer neuen Betrachtung unterzogen werden. Allzu oft ist dieser Teil
11 der Geschichte geprägt von Revisionismus und Nationalismus. Die Geschichte von
12 Flucht und Vertreibung soll stattdessen grenzüberschreitend, in Zusammenarbeit mit
13 ausländischen Historiker*innen und Einrichtungen, im Sinne der Versöhnung und
14 Friedenspädagogik aufgearbeitet werden. Auch soll das tatsächliche Schicksal der
15 Geflüchteten und Vertriebenen in Nachkriegsdeutschland dargestellt werden: die
16 vielerorts vorhandene Ablehnung der alteingesessenen Bevölkerung, die soziale
17 Ausgrenzung und die schwierige Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft. So soll
18 einer undifferenzierten Mythenbildung vorgebeugt werden.

19 Im Zuge dessen sollen auch die problematischen Denkmäler und Straßennamen
20 Oberbayerns aufgearbeitet werden. Dabei setzen wir auf den Ansatz des Erklärens
21 statt verschwinden lassen, d. h. z. B. rassistische Straßennamen werden verändert,
22 aber mittels einer Hinweistafel auf die ursprüngliche Bezeichnung, deren Herkunft und
23 die Problematik dessen hinweisen. Auch problematische Denkmäler sollen vor Ort
24 nicht dadurch verändert werden, dass sie ersatzlos verschwinden, stattdessen muss
25 die Geschichte des Ortes oder des Denkmals differenziert aufgearbeitet werden.
26 Kommunen sollen dahingehend aufgefordert werden und Aufarbeitungsprojekte durch
27 Bezirk und Land gefördert werden. Eine Kooperation mit örtlichen Schulen oder
28 Vereinen soll angestrebt werden.

29 Die Geschichte Oberbayerns ist geprägt von Vielfalt und kultureller Verständigung.
30 Das muss sich auch in der Geschichtsvermittlung niederschlagen. Heimatarhive und
31 andere nicht staatliche oder kommunale Archive haben den Bildungsauftrag auch
32 diese Seite der Geschichte zu zeigen. Denn Geschichtsvermittlung soll ein
33 differenziertes und ungeschöntes Bild der Vergangenheit zeigen. Hierfür brauchen
34 Heimatarhive bessere finanzielle, infrastrukturelle und Weiterbildungsmöglichkeiten.
35 Auch soll die Vernetzung zwischen den Archiven verbessert werden, indem
36 gemeinsam mit dem Freistaat ein digitales Archivportal nach thüringischem Vorbild
37 eingeführt wird, in dem auch kleinere Archive Bestände verzeichnen und zugänglich
38 machen können.

39

40

1 Bei der Förderung von historischen Ausstellungen und Projekten sollen die bevorzugt
2 werden, welche die Geschichte marginalisierter und diskriminierter Gruppen
3 behandeln: Frauengeschichte, BIPoC und Muslime in Oberbayern,
4 Migrationsgeschichte. Besonders förderungswürdig sind auch Ausstellungen mit
5 postkolonialer Perspektive.

6 Eine Neuausrichtung fordern wir auch für das Zentrum für Trachtengewand. Statt
7 einseitiger Verklärung der Tracht als Ausdruck von Volkstümlichkeit soll auch hier eine
8 kritische Aufarbeitung und Dekonstruktion stattfinden: Inwieweit sind als Tracht
9 bezeichnete Kleidungsstücke tatsächlich als Gewand arbeitender Schichten
10 nachweisbar, inwieweit von der Monarchie verordnet? Hierbei muss auch die
11 Instrumentalisierung der Tracht aufgearbeitet werden, die erst durch die bayerischen
12 Könige, dann durch die Nazis vorgenommen wurde. Ein weiterer Aspekt, der hierbei
13 beachtet werden muss, ist die Erfindung der Trachtentradition durch die Nazis, die sich
14 hierbei bei den Gebrüdern Wallach, die aus Bielefeld nach München kamen,
15 bedienten. Deren Stoffmuster und Dirndl waren sehr beliebt und sie gelten als
16 Begründer der Trachtenmode als gehobener Konfektionsware. 1911 statten sie das
17 Oktoberfest mit Trachten aus. Da die Familie Wallach eine jüdische Familie war, fiel ihr
18 Betrieb 1938 der Arierisierung zum Opfer. Auch heute noch bedienen sich völkische
19 Gruppen der bayerischen Tracht, auch solche, die keinen Bezug zu Bayern haben.
20 Beispielsweise lief der neurechte, aus Mönchengladbach stammende CDU-Politiker
21 Hans-Georg Maßen im Janker durch den thüringischen Bundestagswahlkampf. Auch
22 diese unrühmliche Rolle der bayerischen Tracht muss kritisch reflektiert werden.
23

24 Zu oft wird auch vergessen, dass der ländliche Raum Oberbayerns nicht nur agrarisch-
25 bäuerlich geprägt war, sondern seit Jahrhunderten auch durch die
26 Arbeiter*innenschaft. Orte wie Penzberg stehen für Bergbau und Industrie und damit
27 auch für die spezielle Erfahrung und Lebensweise dieser Gruppe. Insbesondere waren
28 diese proletarischen Regionen auch durch die sozialistische Arbeiter*innenbewegung
29 geprägt. Diesen Umständen soll bei der Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte
30 Oberbayerns durch den Bezirk mehr Rechnung getragen werden.

31 Das ZeMuLi (Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik) leistet bereits eine
32 gute Arbeit bei der Archivierung und Bereitstellung von Noten und Ausstellungen über
33 Musikkultur. Die seit 1999 bestehende Neuausrichtung auf Populärmusik soll
34 ausgeweitet werden, um die Arbeit des Zentrums einem jüngeren Publikum zugänglich
35 zu machen. Dabei soll auch noch mehr die Förderung von Musik- und Band-Projekten
36 junger Menschen in Oberbayern in den Fokus rücken.
37

38 Entsprechend der Neuausrichtung des Heimatbegriffs soll die Pflege volkstümlicher
39 Musik auch Gruppen in den Blick (und das Gehör) rücken, die ebenfalls seit
40 Jahrhunderten in Oberbayern verwurzelt sind, jedoch meist ausgeblendet und

1 vergessen werden. Das ZeMuLi soll insbesondere sich der Musik der Sinti*zze und
2 Rom*nja und jiddischer Musik annehmen und Ausstellungen zu diesen Gruppen
3 vorbereiten.
4

5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

F01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Sexismus in der SPD - Queerfeminismus oder Schlägerei

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, SPD Bezirks-Parteitag, SPD Bezirksvorstand, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesvorstand der Bayern SPD, Landesparteitag der Bayern SPD, Jusos Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

1 Das Sommerfest der SPD Bundestagsfraktion im vergangenen Sommer ist durch die
2 Angriffe mittels KO-Tropfen in trauriger Erinnerung geblieben. Nun hat die
3 Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen eingestellt, da kein Täter ermittelt werden konnte.
4 Für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden von FLINTAS*(Frauen, Lesben, Inter,
5 Non Binary, Trans, Agender) in der SPD ein fatales Zeichen.

6
7 Im Grundgesetz steht in Artikel 3 Absatz 3:

8 "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner
9 Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder
10 politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen
11 seiner Behinderung benachteiligt werden."

12
13 Trotzdem erfährt die Hälfte der Gesellschaft täglich eine Benachteiligung aufgrund des
14 eigenen Geschlechts. Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft und echte
15 Gleichstellung aller Geschlechter in unserer Gesellschaft. Dabei sollten wir den Blick
16 in unserer eigenen Partei nicht verschließen.

17
18 Stammtischrunden in Ortsvereinen, Vorstandssitzungen, Konferenzen auf den
19 unterschiedlichsten Ebenen sind aktuell für FLINTA* Personen kein sicherer Ort.
20 Angefangen bei unangenehmen Sprüchen, grenzüberschreitendem Verhalten bis hin
21 zu sexueller Belästigung. All das ist Alltag in unserer Partei und die meisten FLINTA*s
22 haben es bereits erlebt.

23 Sexismus ist die Diskriminierung, Unterdrückung und Abwertung einer Person
24 aufgrund ihres Geschlechts. Sexismus ist geprägt von den traditionellen Rollenbildern
25 und der Vorstellung, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts überlegen sind.
26 Sexismus beginnt nicht erst mit sexueller Belästigung oder offen sexistischen
27

1 Sprüchen. Sexismus beginnt bereits viel früher. Bemerkungen, Berührungen oder das
2 Verhalten von vielen unserer Genossen ist unangenehm und überschreitet Grenzen.

3
4 Ein weiteres Problem stellt das Misgendern von TINA* (Trans, Inter, Nicht Binär)
5 Genoss*innen da. Diese verletzende Praxis kann unbeabsichtigt aber auch
6 absichtsvoll passieren, im letzteren Fall mit dem Bewusstsein und dem Kalkül
7 verletzen zu wollen. Das Misgendern ist nur eine der Formen, mit der Transfeindlichkeit
8 zum Ausdruck gebracht wird. Unangebrachte Fragen, Ausgrenzung und verletzende
9 Kommentare sind weitere Formen, die auch bei uns vorkommen. Als Feminist*innen
10 können und wollen wir solche Verhaltensweisen nicht akzeptieren! Wir stehen
11 solidarisch an der Seite unserer TINA*- Genoss*innen und verurteilen jede Form der
12 Ausgrenzung und Verletzung, die diese innerhalb unserer Partei erfahren.

13
14 Dass sich trotzdem so viele FLINTA*s in unserer Partei engagieren ist kein Verdienst
15 der Partei, sondern einzig dem Durchhaltevermögen der einzelnen Personen
16 zuzuschreiben, die sich trotz des Sexismus in unseren eigenen Reihen nicht
17 abschrecken lassen.

18
19 Um ein Raum zu werden in dem sich FLINTA*s sicher fühlen und gerne sind, müssen
20 wir weiterhin an unserem Feminismus arbeiten und diesen auch innerparteilich
21 hochhalten. Für uns ist klar: Unser Feminismus schließt niemanden aus, wir stehen an
22 der Seite von allen, die Sexismus, Transfeindlichkeit oder Einschränkungen ihres
23 Selbstbestimmungsrechtes erfahren, sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer
24 Strukturen. Unser Feminismus ist ein queerer Feminismus, der vor allem
25 Gesellschaftliches in den Blick nimmt und von überholten Vorstellungen, die
26 wissenschaftlich widerlegt sind, Abstand nimmt.

27
28 Opfer zu schützen heißt, ihnen zu glauben, sie kurz- und langfristig zu unterstützen
29 und Täter*innen zu konfrontieren. Wenn Vorfälle unter den Teppich gekehrt werden,
30 führt das dazu, dass Opfer sich alleine fühlen und Täter*innen an anderer Stelle
31 weitermachen können. Nur wenn Sexismus offen zur Sprache gebracht wird, schützen
32 wir potentielle Opfer. Dabei sind wir alle gefordert, denn wir alle können Zeug*innen
33 von sexistischem Verhalten werden und am besten schützen wir Opfer durch
34 sofortiges Einschreiten in der Situation. Denn:

Wer schweigt, stimmt zu!

35
36 "Silence is Violence", "Wer schweigt, stimmt zu", "Wegschauen ist wie Zuschlagen" -
37 es gibt viele markige Parolen, die alle dasselbe beschreiben - und sie sind zutreffend.
38 Für Betroffene ist es egal, warum Umstehende nicht einschreiten und ihnen nicht
39 helfen. Denn es macht für die unmittelbaren Auswirkungen der Übergriffe keinen
40

1 Unterschied, ob jemand nichts tut, weil er*sie Angst hat, es nicht als Übergriff
2 wahrnimmt oder es wirklich in Ordnung findet, was gerade passiert. Darum fordern wir
3 alle Genoss*innen auf, aufmerksam zu sein: Lasst Übergriffe jeder Art nicht einfach
4 stehen! Widersprecht, greift ein. Lasst Betroffene nicht allein und lasst Täter*innen
5 nicht das Gefühl, ihr Verhalten sei in Ordnung! Wir fordern deshalb konsequente offene
6 Aufarbeitung diskriminierender Vorfälle innerhalb der Partei und ein entsprechendes
7 Bildungsprogramm auf allen Ebenen, um Menschen für sexistisches und
8 queerfeindliches Verhalten zu sensibilisieren und Einschreiten zu trainieren.

9
10 Sexismus geht größtenteils von Männern aus, doch alle Menschen können Misogynie
11 und Sexismus internalisiert haben und diskriminierendes Verhalten an den Tag legen.
12 Sexismus ist in jedem Fall inakzeptabel und muss sanktioniert werden ungeachtet des
13 Geschlechts der Täter*innen bzw. des Opfers. Um dies besonders sichtbar zu
14 machen, sprechen wir explizit von Täter*innen.

16 **Täter*innen schützen, heißt Probleme kriegen!**

17 "Wer schweigt, stimmt zu!" gilt gerade auch für Vorstände, die Täter*innen decken,
18 warum auch immer. Es gibt keine Rechtfertigung, Übergriffigkeit zu decken. Eine
19 Partei, die sich immer wieder darauf beruft, feministisch zu sein und in der Tradition
20 von (queer)feministischen Freiheitskämpfer*innen zu stehen, hat die Pflicht, diese
21 Standards auch in den eigenen Reihen anzuwenden, Verdachtsfällen aktiv
22 nachzugehen und Täter*innen konsequent zu sanktionieren.

23
24 Es ist die Aufgabe von uns allen, diskriminierendes und übergriffiges Verhalten zu
25 verurteilen und zu sanktionieren. Wir fordern den Bezirksvorstand der SPD
26 Oberbayern, den Landesvorstand der Bayern SPD und den Vorstand der Bundespartei
27 auf, endlich zu handeln und FLINTA*s in der Partei zur Seite zu stehen. Wir erwarten,
28 dass Konzepte zum Schutz von FLINTA*s und zur Sanktionierung von sexistischem
29 und übergriffigem Verhalten erarbeitet und vorgestellt werden. Diese müssen so
30 konkret wie möglich regeln, wie mit solchen Fällen umgegangen werden soll.
31 Insbesondere erwarten wir, dass sich alle Vorstände verpflichten, sich an diese
32 Konzepte zu halten. An erster Stelle muss hierbei zwingend die Sicherheit von
33 FLINTA*s stehen. Täter*innen muss klar sein, dass die SPD keine Partei ist, in der sie
34 sicher sind oder geschützt werden.

36 **Unsere Forderungen, kurz zusammengefasst:**

- 37 • Ein durch die Vorstände der SPD Bayern und Oberbayern erarbeitetes Konzept
- 38 zum Schutz von FLINTA*s inklusive Sanktionen für Täter*innen
- 39 • Sensibilisierung der Mitglieder für Sexismus und Queerfeindlichkeit und
- 40 Empowerment zum Einschreiten - Solidarität mit allen Betroffenen!

- 1 • Das Ende des Täter*innen-Schutzes!
- 2 • (Queer-)Feminismus in der SPD etablieren!

FO2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Feministische Parteipolitik für dich

Antragsteller*innen

Jusos München-Stadt

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, SPD Bezirks-
Parteitag, Landeskonferenz der Jusos Bayern,
Landesvorstand der Bayern SPD,
Landesparteitag der Bayern SPD,

1 Unser Verband bzw. unsere Partei sollte ein Ort sein, bei dem sich kein Mensch
2 vor Diskriminierung oder (sexuellen) Übergriffen fürchten muss. Doch auch in
3 unserer Partei spiegelt sich die gesellschaftliche Realität wieder und es wird Zeit
4 sich dieser zu stellen. Auch bei uns gibt es Machtstrukturen, die dazu führen, dass
5 Einzelne mit Fehlverhalten ungestraft davonkommen können, während Opfer oft
6 aus Angst vor negativer Presse für die SPD oder persönliche Konsequenzen
7 innerhalb des Verbandes schweigen. Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.
8 Nicht die Person, die Fehlverhalten anspricht und damit eventuell negative Presse
9 ermöglicht, ist dafür verantwortlich, sondern die Person, die sich Fehlverhalten
10 hat.

11 Es muss unsere Aufgabe sein an der Seite der Opfer zu stehen, diese zu schützen
12 und zu unterstützen während Täter*innen, unabhängig von ihrem Stand
13 innerhalb der Partei, Konsequenzen erfahren.

14 Wir sind uns im Klaren darüber, dass jeder Mensch verschieden ist. Jeder Mensch
15 wurde unterschiedlich sozialisiert und hat unterschiedliche persönliche Grenzen.
16 Dadurch kann es zu unbewussten und ungewollten Grenzüberschreitungen
17 kommen. Trotzdem sind das Grenzüberschreitungen denen nachgegangen
18 werden muss und das heißt nicht, dass wir Menschen direkt verbannen möchten,
19 sondern vielmehr, dass wir, in solchen Fällen, mit Bildungsarbeit und dem
20 gemeinsamen Gespräch für eine Atmosphäre sorgen wollen, in der wir uns
21 wohlfühlen können. Bei bewussten, wiederholten und systematischen
22 Grenzüberschreitungen erwarten wir harte und unmittelbare Konsequenzen.

23 Deshalb fordern wir:

- 24
- 25 • Das Einrichten einer anonymen, bürokratiearmen und zentralen
26 Beschwerdestelle innerhalb der SPD
 - 27 • Eine konsequente Aufarbeitung der Beschwerden

- 1 • Aufmerksamkeit für das Thema, in dem vor Veranstaltungen ausdrücklich auf
2 dieses Problem hingewiesen wird und über die interne wie auch über externe
3 Beschwerdemöglichkeiten informiert wird
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

GO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Gesundheit?

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD, Bezirkstagsfraktion der SPD Obb, Juso Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

1 Spätestens durch die Corona Pandemie und den Krieg in der Ukraine wurde uns
 2 erneut vor Augen geführt, dass die Gesundheit der Bevölkerung das höchste Gut,
 3 welches wir als Gesellschaft besitzen. Egal ob physische oder psychische: Ohne eine
 4 adäquate medizinische Versorgung sinkt die Lebensqualität und Leistungsfähigkeit
 5 rapide. Um diese in Oberbayern zu verbessern, muss der Druck auf die Bundeseben
 6 noch erhöht werden um konkrete und dringende Verbesserungen zu erzielen, dennoch
 7 haben gibt es auch vielfältige Verbesserungsmöglichkeiten der regionalen
 8 medizinischen Versorgung:

- 9 • Oberbayern braucht eine großangelegte Initiative für Patient*innenverfügungen.
 10 Die Verfügungen sind meist mit Betreuungsverfügungen verbunden, somit wird
 11 darin verankert, welche Vertrauensperson im Ernstfall Angelegenheiten des
 12 täglichen Lebens regeln darf und soll. Die wenigsten Menschen haben sich bereits
 13 mit diesem wichtigen Thema auseinandergesetzt. Eine Patient*innenverfügung
 14 sorgt dafür, dass der Mensch bis zum Schluss selbstbestimmt bleibt. Doch vielen
 15 Menschen fehlt die Einheitlichkeit der Formulare und die adäquate Aufklärung und
 16 Beratung. Dies muss dringend geändert werden. Das Verfügungsformular muss
 17 vereinheitlicht werden und eine oberbayernweite Kampagne mit
 18 Aufklärungsveranstaltungen und Werbemaßnahmen muss gestartet werden. Die
 19 Kooperation mit allgemeinmedizinischen Praxen, Hausärzt*innen und
 20 medizinischen Versorgungszentren ist anzustreben. Neben der Vereinheitlichung
 21 soll ein zentrales Register aufgebaut werden, in dem auf Freiwilligkeit basierend
 22 die Verfügungsinhalte abgelegt sind und im Bedarfsfall durch die Behandelnden
 23 abgerufen werden können.
- 24 • Das Thema Sterben und der Tod muss enttabuisiert werden. Dies sind
 25 bedeutsame Teile des Lebens und Menschen sollten genauso unterstützt werden,
 26 ihr Sterben selbstbestimmt zu gestalten, wie es bei ihrer Lebensgestaltung der Fall
 27 ist. Das Angebot von Palliativstationen und Hospize müssen dringend ausgebaut

1 und verbessert werden. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Patient*innen sowie
 2 Angehöriger in den Mittelpunkt gestellt werden. Deutschland hat im Moment das
 3 nationalgeschichtlich liberalste Sterbe-gesetz und wir müssen dieser
 4 Verantwortung nicht nur in Gesetzestexten, sondern auch im Versorgungsausbau
 5 gerecht werden. Hospize sind wichtige Bestandteile der selbstbestimmten
 6 Sterbebegleitung und deren Ausbau und Qualitätssteigerung liegt somit im
 7 Interesse der Gesamtbevölkerung. Denn Selbstbestimmung kann nicht bei der Art
 8 und des Zeitpunkts des Todes aufhören.

- 9 • Der Bereich der professionellen Versorgung von in Obhut genommenen Kindern
 10 und Jugendlichen muss ausgebaut werden, die Kriterien vor allem im Bereich für
 11 eine Betreuung durch Pflegefamilien müssen vereinheitlicht werden. Insgesamt
 12 müssen dringend die Jugendämter und die gesamte Kinder- und Jugendhilfe-
 13 Struktur im Bezirk gestärkt werden - professionell, finanziell und personell.
- 14 • Konkrete Maßnahmen speziell zur Verbesserung und Stabilisierung der
 15 psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen:
 16
 17 • Festigung von präventivem Arbeiten zum Thema psychische Gesundheit an
 18 den Schulen. Denn wir profitieren gesamtgesellschaftlich, wenn vor allem
 19 Kinder und Jugendliche frühzeitig für ihr seelisches/psychisches Wohlbefinden
 20 sensibilisiert werden und wichtige Werkzeuge zur Erhaltung dieser erlernen. Im
 21 Kontext Schule sollten entsprechende Foren bzw. Unterstützungsnetzwerke
 22 aufgebaut und das Thema psychische Gesundheit prophylaktisch normalisiert
 23 und damit auch enttabuisiert werden. In diesem Kontext kann auch die
 24 Prävention von Mobbing einen Platz im Schulalltag erlangen.
- 25 • Die ambulanten und stationären Psychotherapie Plätze für Kinder und
 26 Jugendliche müssen ausgebaut werden. Vor allem in frühen Jahren ist es
 27 wichtig, schnell Hilfe zu bekommen, da die Betroffenen in dieser Zeit in einer
 28 besonders engen Wechselbeziehung mit ihren Familienangehörigen stehen
 29 und Störungen der Entwicklung in sensiblen Phasen oft jahrelangen
 30 Förderbedarf nach sich ziehen.
- 31 • Die aktuelle Versorgungslage bzw. -struktur muss dringend von der KVB
 32 evaluiert und verbessert werden. Auch niedrigschwellige Angebote zur
 33 Begleitung und Nachsorge sollten hier mehr Bedeutung erhalten.
- 34 • Entwicklungsdiagnostikplätze müssen gerade in ländlichen Regionen
 35 angeboten und ausgebaut werden um Wartezeiten auch hier, die in der Folge
 36 zu Wartezeitverlängerungen zur Therapie (z.B. §35a SGB8 HPT) führen, zu
 37 verkürzen. An den kbo-Kliniken sollen Transitionsstationen (Versorgung von
 38
 39
 40

GO2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Drogenpolitik neu denken

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD, Bezirkstagsfraktion der SPD Obb, Juso Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

- 1 16- bis 25 Jährigen) etabliert werden um die Versorgung von Kindern und
2 Jugendlichen im Übergang zum Erwachsenenalter zu gewährleisten.
- 3 • Der Krisendienst Bayern muss stärker mit allen Ebenen der Versorgungsstrukturen
4 besser zusammenarbeiten, besonders die Präklinischenversorgungsstrukturen
5 Rettungszweckverbänden, KVB, Traumaambulanzen, Leitstellen um Doppelungen
6 in den Zuständigkeiten zu vermeiden und die Belastungen zu reduzieren sowie
7 eine zielgerichtete Versorgung frühzeitig sicherzustellen und Wartezeiten zu
8 verkürzen. Um die Rettungsdienste zu entlasten und frühzeitig niedrigschwellige
9 psychiatrische Angebote zu machen, sollen mobile Einsatzstruktur im Krisendienst
10 ausgebaut werden.
 - 11 • Kommunen müssen in die psychiatrische Versorgung eingebunden werden. Diese
12 sollen in ambulanten Angeboten wie Ambulanzen und mit dem Ausbau von
13 psychiatrischen Behandlungskapazitäten in kommunalen KHs an der Versorgung
14 beteiligt werden. Hierbei muss finanziell vom Bund unterstützt werden. Die
15 Versorgung darf nicht von regional wirtschaftlichen Schwankungen abhängig sein.
 - 16 • Zur Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten (STDs) brauchen wir ein
17 niedrigschwelliges, anonymes, flächendeckendes und kostenloses Angebot für
18 Tests auf Geschlechtskrankheiten. Dieses Angebot sollte begleitet werden von
19 sexpositiven Aufklärungskampagnen, die eine Entstigmatisierung und Prävention
20 zum Ziel haben. Daher sollte auch auf den kostenlosen, niedrigschwelligen,
21 anonymen und möglichst flächendeckenden Zugang hingewiesen werden. Die
22 Aufklärungskampagnen sollen sowohl in Schulen, Jugendzentren und anderen
23 Bildungs- sowie Jugendeinrichtungen von qualifiziertem Personal durchgeführt
24 werden, als auch durch mediale Aufklärungskampagnen in Print und Digital
25 durchgeführt werden. Die Präventionsmaßnahmen sind auch in
26 Ausnahmeständen ähnlich der COVID-19 Pandemie aufrechtzuerhalten. In der
27 Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Testungs- und Präventionsangebote
28 aufgrund der Pandemie nicht stattgefunden haben. Dies darf sich nicht
29 wiederholen.
 - 30 • Tagessatzverhandlungen mit dem Bezirk müssen effektiver und produktiver
31 gestaltet werden. Aufgrund des Bundesteilhabegesetzes werden Prozesse und
32 Verhandlungen immer aufgeblähter. Das erschwert vielen Einrichtungen die
33 tägliche Arbeit und Liquiditätssituation!
 - 34 • Angebote der Behindertenarbeit soll nicht nur auf Nachfrage der Einrichtungen,
35 sondern auch in Zusammenarbeit mit dem Bezirk erfolgen.
- 36
37
38
39
40

- 1 In den letzten 10 Jahren starben jährlich zwischen Tausend und Zweitausend
2 Menschen an den direkten Folgen ihres Drogenkonsums und die Tendenz steigt
3 gerade unter jungen Menschen stark. Diesen Trend können wir mit den bisherigen
4 Maßnahmen, die Repressionen und Bestrafung vorsehen, nicht stoppen. Gerade
5 Bayerns Justizapparat fährt einen "law and order"-Kurs gegen Drogenabhängige.
6 Dabei werden weder Erfolge im Kampf gegen die Abhängigkeit erzielt, noch Werte wie
7 Humanität oder Solidarität gewahrt. Bayern steht im Bundesdeutschen Vergleich
8 extrem schlecht da. Wir wollen eine Neuausrichtung der Drogenpolitik erreichen, in
9 Oberbayern, Bayern und dem Bund.

Prävention und Aufklärung durch den Bezirk ausbauen

- 10
11
12
13 Die jahrelange Taktik durch Drohszenarien und Druck Prävention zu betreiben, ist
14 spätestens nach den neuesten Statistiken zu jungen Konsument*innen gescheitert und
15 muss somit umgedacht werden.
16 Wir fordern den Fokus der Drogenprävention auf die Schulsozialarbeit zu legen, die
17 Aufgabenübertragung auf die kommunale Sozialarbeit lehnen wir ab. Die Schulen sind
18 feste Bestandteile im Alltag der Jugendlichen und somit ist die Möglichkeit verbindliche
19 Präventionsangebote hier zu verankern einleuchtender und effektiver, als z. B. in
20 Jugendzentren, wo sich die Jugendlichen freiwillig aufhalten.
21 So muss auch eine sinnvolle pädagogische Lösung gefunden werden, wenn die
22 Zubetreuenden schon eine (eher harmlose) Abhängigkeit wie Tabak, Alkohol oder
23 Cannabis entwickelt haben. Die Prävention darf hierbei nicht aus Verteufelung
24 bestehen, sondern soll sich auf den vernünftigen Konsum ausrichten.
25 Zudem können Kooperationen mit Suchtberatungsstellen gebildet werden und
26 gemeinsame Projekte z.B. auch an Schulen durchgeführt werden. Hierbei könnten

1 frühere Abhängige über ihre Erfahrungen berichten und durch ein ehrliches Gespräch
2 auf Augenhöhe einen wichtigen Präventionsbeitrag leisten. Die Kooperationen mit
3 Suchtberatungsstellen sollten durch den Bezirk Oberbayern finanziell gefördert
4 werden. Um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden, müssen Beratungsstellen
5 bayernweit ausgebaut und finanziert werden. Besonders im ländlichen Raum herrscht
6 hier großer Nachholbedarf.

7 Die Hilfsangebote müssen niedrigschwellig sein und nach Wunsch auch anonym
8 erfolgen, um so die Angst vor zukünftiger Benachteiligung, Stigmatisierung oder gar
9 Belangung abzubauen.

11 **Drogenpolitik komplett neu denken**

12 Wir fordern, dass Süchtige nicht mehr wie Straftäter*innen behandelt werden, sondern
13 ihre Sucht als Krankheit verstanden wird und sie unterstützt statt bestraft werden.

14 Zur konsequenten Umsetzung muss deshalb der Konsum jeglicher Drogen durch eine
15 Novelle des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), ähnlich dem portugiesischen Modell,
16 entkriminalisiert werden. Statt eines Straftatbestands (nach StGB) wollen wir die
17 Überführung in eine Ordnungswidrigkeit (nach OwiG) erreichen. Der Drogenhandel
18 soll weiter strafrechtlich verfolgt und strikt unterbunden werden.

19 Wer während des Drogenkonsums und/oder mit einer Eigenbedarfsmenge
20 aufgegriffen wird, soll nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, sondern im Sinne einer
21 Ordnungswidrigkeit zu einer einmaligen Pflichtberatung verordnet werden.

22 Die Beratungsstellen sollen durch die Kliniken des Bezirks (kbo) aufgebaut werden, die
23 bereits jetzt Suchtkranke behandeln. Es soll eine Struktur aus- und aufgebaut werden,
24 die an die lokalen Gegebenheiten angepasst ist.

25 Die Beratung soll Möglichkeiten für Folgeberatung und Entzug eröffnen und darf keine
26 Strafmaßnahmen wie Bußgelder oder Führerscheinentzug vornehmen.
27 Beratungsstellen sollen darüber hinaus so aufgebaut werden, dass
28 Dauerkonsument*innen nicht Pflichtberatungstermine absitzen, sondern ihnen auch
29 durch die Pflichtberatung Langzeitangebote geschaffen und Kontrolleffekte erzielt
30 werden, die auf die gesundheitliche Überwachung und daraus potentiell folgende
31 Unterstützung abzielen.

32 Aufgegriffenen Personen sollen ihre Drogen abgenommen werden, anstatt sie damit
33 aber nur zu weiterem Kauf und damit die meist bereits wirtschaftlich angeschlagene
34 Personen in weitere finanzielle Notlagen zu treiben, sollen Angebote zur Substitution
35 in den Beratungsstellen aufgebaut werden. Ebenso sollen Möglichkeiten zum
36 besseren Konsum bereitgestellt und z. B. sterile Spritzen kostenlos verteilt werden. Die
37

38
39
40

1 beste Lösung wäre die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, was der Freistaat
2 Bayern aktuell allerdings verhindert (siehe unten).
3 Schon vor der Änderung der bundespolitischen Ausrichtung der Drogenpolitik muss
4 der Freistaat Bayern vorgehen und verantwortungsvollere Drogenpolitik umsetzen.
5 Aktuell treibt Bayern Suchtkranke von besser abzuschätzenden Drogen wie Kokain
6 und Heroin zu z. B. Fentanyl, das kaum zu dosieren und nicht zu kontrollieren ist. Die
7 repressive Haltung treibt die Konsument*innen darüber hinaus zum Konsumieren ins
8 Private oder an verborgenste Orte, wo bei verabreichter Überdosis keine Hilfe geleistet
9 werden kann.

10 Bayern muss die "law and order"-Haltung, die Menschenleben kostet und keine Erfolge
11 erzielt, aufgeben und sich stattdessen auf den Weg einer verantwortungsvollen
12 Drogenpolitik begeben, auch bevor bundespolitische Forderungen umgesetzt werden.
13 Dazu gehört als erster Schritt, die harte und meist rassistisch-klassistisch motivierte
14 Verfolgung durch die bayerische Polizei zu beenden, keine Haftstrafen oder Bußgelder
15 für geringe Eigenkonsum-Mengen zu verhängen und Süchtigen bessere
16 Unterstützung beim Entzug zu gewähren. Wir fordern daher: Haftstrafen und
17 Bußgelder müssen fallen gelassen werden, wenn die Konsument*innen stattdessen
18 zustimmen, ein Beratungsangebot wahrzunehmen. Das Beratungsangebot soll
19 schnellstmöglich über die kbo-Kliniken aufgebaut werden und Langzeitbetreuung und
20 Substitutionsmöglichkeiten aus- und aufgebaut werden. Die konsequente
21 Weiterführung dieser Forderungen ist die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.
22 Des Weiteren muss die Praxis des kalten Entzugs in bayrischen Gefängnissen sofort
23 beendet und durch eine humane, medizinisch-professionelle Praxis ersetzt werden.

25 **Drogenkonsumräume auch in Bayern**

26 Die Einrichtung von Konsumräumen, wie es sie in einigen Bundesländern bereits gibt,
27 ist eine logische Konsequenz aus diesen Überlegungen. Deshalb setzen wir uns dafür
28 ein, dass auf Landesebene diese Räume, in denen der Konsum von Suchtmitteln unter
29 ärztlicher Aufsicht begleitet und ermöglicht wird, durch eine Verordnung möglich
30 gemacht werden.

31 Konsumräume können nachweislich dazu beitragen, die Zahl der Tode durch
32 Überdosis zu reduzieren, da fachkundiges Personal den Konsum überwacht und
33 Beratung anbieten kann. Darüber hinaus können diese ebenso dazu beitragen, die
34 Reinheit der konsumierten Drogen zu verbessern, indem eine Analyse des
35 mitgebrachten Stoffs vollzogen wird. Ebenso wird ein Beitrag zur Verhinderung von
36 Krankheitsübertragungen durch hygienischere Umstände geleistet.

37 Konsumräume sind ein niedrigschwelliges Angebot für Suchtkranke, die ihnen einen
38 sicheren Konsum ermöglichen und sie darüber hinaus nicht nur in Kontakt mit
39 Ärzt*innen, sondern auch mit Beratungsstellen bringen kann. Daher müssen
40

1 Konsumräume nicht nur an zentralen, leicht erreichbaren Orten errichtet werden,
2 sondern auch eine Nähe zu Beratungsstellen aufweisen.
3 Substitutionsbehandlungen, also die Behandlung opiatabhängiger Patienten mit
4 Ersatzstoffen, sind in Bayern grundsätzlich möglich. Ziel dieser Therapie ist eine
5 gesundheitliche, psychische und soziale Stabilisierung Suchtkranker. Das Angebot
6 lässt in Bayern jedoch mehr als zu wünschen übrig, in vielen Regionen gibt es nach
7 wie vor kein Angebot zur Substitutionstherapie.
8 Aus diesem Grund fordern wir einen forcierten Ausbau dieses Therapieangebots und
9 auch einen vermehrten Einsatz dieser Methode, sofern sie medizinisch geboten
10 erscheint. Ärzt*innen, die Substitutionstherapie anbieten, benötigen darüber hinaus
11 die rechtliche Sicherheit und eine Unterstützung bei der notwendigen Zusammenarbeit
12 mit Therapeut*innen, Sozialpädagog*innen und Psycholog*innen.
13 Vor allem in Justizvollzugsanstalten verwehrt Bayern suchtkranken Häftlingen die
14 Substitutionsbehandlung, was nicht nur zu durch einen kalten Entzug verursachten
15 gesundheitlichen Problemen, sondern nach der Haftentlassung häufig zum Tod durch
16 Überdosis führt.
17 Nach einer landesweiten Umsetzung dieser Punkte setzen wir uns besonders dafür
18 ein, dass die Kliniken des Bezirks (kbo) Substitutionsbehandlungen vermehrt
19 forcieren. Darüber hinaus sollen künftig in den kbo-Kliniken Konsumräume errichtet
20 werden, um sowohl die medizinische Versorgung als auch die Nähe zu
21 Beratungsstellen zu garantieren.

23 **Entkriminalisierung von weichen Drogen**

24
25 Wir wollen bei der Entkriminalisierungsdebatte zwischen Cannabis und harten Drogen
26 unterscheiden, da Kokain, Heroin oder synthetische Drogen bereits nach kurzer Zeit
27 ein hohes Sucht- und Gefährdungspotential aufweisen. Cannabis soll nicht nur
28 entkriminalisiert werden, sondern wie die bereits jetzt legalen Drogen Alkohol und
29 Tabak legal erworben, angebaut und konsumiert werden dürfen, also vollumfassend
30 legalisiert werden.
31 Kriminelle Handelsnetzwerke können so zerschlagen werden, die Qualität kann durch
32 staatliche Stellen geprüft werden. Verkauf kann außerdem über staatlich überwachte
33 Stellen erfolgen, so dass der Jugendschutz gewährleistet werden kann. Social Clubs
34 sowie den Anbau und Verkauf durch öffentliche Stellen unterstützen wir dabei.
35 Sollte eine Legalisierung nicht möglich sein, fordern wir eine umfassende
36 Entkriminalisierung, sodass der Besitz kleiner Mengen und Eigenkonsum nicht mehr
37 verfolgt werden.
38 Dazu muss der Begriff "geringe Menge", der nach BtMG nicht verfolgt werden soll, klar
39 definiert und auf 10 Gramm festgelegt werden. Zudem fordern wir, dass das
40

1 bayerische Justizministerium durch eine Weisung Strafverfahren gegen
2 Konsument*innen oder Besitzer*innen geringer Mengen Cannabis untersagt.

3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Echte Hilfe für Suchtkranke- verantwortungsvolle Drogenpolitik in Bayern

Antragsteller*innen
Jusos Ingolstadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz der Jusos Bayern,

1 In Deutschland gibt es 27 Konsumräume in 17 Städten. Keiner dieser Konsumräume
2 steht in Bayern. Konsumräume ermöglichen es Menschen, ihre mitgebrachten Drogen
3 unter medizinischer Aufsicht zu konsumieren. Sie helfen nachweislich dabei, die Zahl
4 der Drogentoten zu reduzieren und können ein erster Zugang zur Inanspruchnahme
5 von Hilfeleistungen sein. Darüber hinaus gibt es in Bayern Substitutionsbehandlungen,
6 die allerdings zu wenig forciert werden.

7 Daher fordern wir:

- 8 • Durch eine bayerische Landesverordnung soll die Möglichkeit geschaffen werden,
9 in Städten Konsumräume zu errichten. Die Verhinderungspolitik der
10 Landesregierung, die den Versuch eines Konsumraums in München gestoppt hat,
11 muss ein Ende haben!
- 12 • In diesen Konsumräumen muss medizinisches und entsprechend geschultes
13 Fachpersonal sein. Darüber hinaus sollten in der Nähe der Räume
14 niederschwellige Suchtberatungsstellen und weitere Anlaufstellen für Betroffenen
15 zugänglich sein.
- 16 • Die Lage von Konsumräumen muss an einem zentralen, leicht auch mit
17 öffentlichen Verkehrsmitteln zugänglichen Ort sein, um das niederschwellige
18 Angebot zu gewährleisten.
- 19 • Die Substitutionsangebote in Bayern müssen ausgebaut und Ärzt*innen die
20 notwendige Rechtssicherheit gewährleistet werden. Beim Ausbau der Angebote
21 muss vor allem auch auf eine wohnortnahe Versorgung sowie entsprechende
22 Beratungsstellen geachtet werden.
- 23 • Besonderes Augenmerk muss dabei auf die Substitutionsbehandlung in
24 Haftanstalten gelegt werden. Wir fordern die bayerischen Justizvollzugsanstalten
25 auf, die entsprechenden Richtlinien der Bundesärztekammer zu befolgen und
26 hohe Hürden bei der Anwendung von medizinischen Substitutionsbehandlungen
27 in Haftanstalten abzubauen!

28

1 Begründung:

2

3 In Bayern sterben jährlich etwa 250 Menschen an Drogenkonsum, die Dunkelziffer
4 können wir kaum einschätzen. Die Droge, die für die meisten Tode verantwortlich ist,
5 ist Heroin, gefolgt von Fentanyl, Kokain und Crystal Meth. Grund für den Tod von
6 Suchtkranken ist zumeist eine Überdosis. Bayern liegt mit diesen Zahlen zwar seit
7 einigen Jahren in etwa im deutschen Durchschnitt, von 2015 bis 2017 jedoch waren
8 ca. ein Viertel der Drogentoten aus Bayern, obwohl die bayerische Bevölkerung nur
9 einen Gesamtanteil von 15,5 % an der gesamtdeutschen Bevölkerung hatte. Auch
10 wenn diese Zahlen inzwischen stagnieren, hat Bayern massiven Nachholbedarf, wenn
11 es um den Schutz und die Hilfe für Suchtkranke geht. Das Betäubungsmittelgesetz gibt
12 den Bundesländern einigen Spielraum beim Umgang mit Drogen, beispielsweise die
13 Definition einer sogenannten „geringen Menge“ und damit auch bei
14 Verfahrenseinstellungen. Im innerdeutschen Vergleich steht Bayern damit an der
15 Spitze der restriktiven Bundesländer.

16 Aus der Zahl an Drogentoten zieht die CSU-Regierung die falschen Schlüsse und
17 warnt lieber vor einer Legalisierung von Cannabis als eine wirklich hilfreiche
18 Drogenpolitik zu betreiben. Die ehemalige Gesundheitsministerin Huml sagte im Jahr
19 2014 angesichts der Zahl der Drogentoten in Bayern: „Die Bayerische Staatsregierung
20 setzt bei ihrer Drogen- und Suchtpolitik auf die drei bewährten Säulen Prävention,
21 Repression sowie Hilfe, Beratung und Therapie.“ Entgegen ihrer Aussage wird bei
22 Durchsicht der bayerischen Drogenpolitik deutlich, dass die Repression im Zentrum
23 der Politik steht, doch Repression führt dazu, dass Suchtkranke weniger Hilfeangebote
24 in Anspruch nehmen und somit an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – aus
25 Angst vor Strafe. Es ist Zeit, dass wir Sucht gesellschaftlich als Krankheit wahrnehmen
26 und erkennen, dass Kranke Hilfe brauchen und ihnen diese auch anbieten.

27 An Beispielen anderer Länder wird sichtbar, dass es zahlreiche Hilfemaßnahmen gibt,
28 die dabei helfen, suchtkranke Menschen durch Entstigmatisierung früher in
29 Hilfesysteme zu bringen und so auch Tode durch Überdosen zu vermeiden. Experten,
30 wie auch von der Suchtberatungsstelle condrobs, kritisieren schon lange, dass es in
31 Bayern keine Konsumräume gibt. So kann in Konsumräumen Konsumenten nicht nur
32 im Falle einer Überdosis geholfen werden, sie können auch Beratung und Hilfe
33 beispielsweise beim hygienischen Gebrauch des Bestecks erhalten, wodurch weitere
34 Krankheiten vermieden werden können. Zuletzt können Konsumräume auch
35 psychologische Unterstützung für die Konsument*innen anbieten. Damit können
36 Konsumräume dabei unterstützen, Suchtkranke zu weiterführenden Hilfen zu
37 motivieren. Personen, die ein leicht zugängliches Unterstützungsnetzwerk finden,
38 ohne Angst vor einer Strafe haben zu müssen, sind auch eher dazu geneigt, Hilfe in
39 Anspruch zu nehmen.

40

GO4

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

1 Der Drogentod ist häufig auch stark abhängig von der Reinheit der Droge. Aus diesem
2 Grund können Substitutionsbehandlungen einen sicheren Drogenkonsum
3 ermöglichen. Auch in diesem Bereich hat Bayern Nachholbedarf. Vergleicht man
4 Städte, die sowohl Konsumräume als auch Substitutionstherapien anbieten, mit
5 solchen, die keines von beidem aufweisen können, so ist bei letzteren die Zahl der
6 Drogentoten höher. Gerade Häftlinge, die frisch aus der Haft entlassen werden,
7 müssen bei langer Abstinenz damit rechnen, dass der Körper einen erneuten
8 Drogenkonsum nicht erträgt. So waren im Jahr 2019 8 von 23 Todesfälle in Nürnberg
9 allein dieser Gruppe zuzuordnen. Dass Häftlingen in Bayern in den allermeisten Fällen
10 keine Ersatztherapie gewährt wird, ist ein Verstoß gegen die Fürsorgepflicht des
11 Freistaats. Zudem werden dadurch die Resozialisierungschancen verringert sowie
12 aufgrund des Entzugs psychische Folgen in Kauf genommen.

13

14 **Verantwortungsvolle Drogenpolitik muss Menschen unterstützen, helfen und**
15 **stabilisieren, anstatt diese aus der Gesellschaft und in die Illegalität zu drängen!**

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung

Antragsteller*innen

Jusos Freising

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz der Jusos Bayern,

1 Wir fordern die Einführung staatlicher Förderprogramme, um Anlaufstellen in Städten
2 und Gemeinden zu schaffen, deren Ziel es ist, Menschen ohne Krankenversicherung
3 und Menschen, deren Versicherungsstatus unklar ist, über ihre Ansprüche für
4 medizinische Grundversorgung aufzuklären und potentiell Wege in die gesetzliche
5 Krankenversicherung zu finden.
6 Zudem fordern wir die Aufhebung des AufenthG §87 Abs. 2 Nr. 1, welcher
7 Sozialbehörden verpflichtet, Menschen ohne Aufenthaltstitel bei der
8 Ausländerbehörde zu melden, sollten diese einen Krankenschein beantragen, um die
9 Ihnen zustehende medizinische Grundversorgung wahrnehmen zu können. Diese
10 Praxis führt dazu, dass Menschen ihre Abschiebung riskieren, um medizinisch
11 versorgt werden zu können.

12

Begründung

14

15 Deutschland hat sich durch die Unterzeichnung des UN-Sozialpakts dazu verpflichtet,
16 das Recht aller Menschen auf Gesundheit anzuerkennen und die Bereitstellung
17 medizinischer Versorgung für alle sicherzustellen. Obwohl man in Deutschland auch
18 ohne Krankenversicherung ein Anrecht auf eine Behandlung bei akuten Erkrankungen,
19 Schmerzzuständen und bei Schwangerschaft hat, ist es für viele aus unterschiedlichen
20 Gründen schwer, dieses Recht wahrzunehmen. In einigen Großstädten gibt es bereits
21 durch die "Medinetze" ehrenamtlich organisierte anonyme Anlaufstellen für Meschen
22 mit unklarem Versicherungsstatus, allerdings mangelt es an einem flächendeckenden
23 Angebot zur Unterstützung in solchen Fällen.

24 Insbesondere Menschen ohne Aufenthaltstitel sind oft davon betroffen, auf keinerlei
25 medizinische Versorgung Zugriff zu haben, ohne dass sie Gefahr laufen, gemeldet und
26 abgeschoben zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass der verlängerte
27 Geheimnisschutz innerhalb von Krankenhäusern durchgesetzt wird, so dass selbst
28 das Verwaltungspersonal von Einrichtungen keine Meschen an die Ausländerbehörde

IO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Solidarität mit den Protestierenden im Iran - für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben!

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, SPD Bezirks-
Parteitag, Landeskonferenz der Jusos Bayern,
Landesvorstand der Bayern SPD, Landesparteitag
der Bayern SPD, Juso Bundeskongress

1 melden darf. Aus demselben Grund fordern wir einerseits die Aufhebung der
2 Meldepflicht der Sozialbehörden gegenüber den Ausländerbehörden, so dass
3 Krankenscheine ohne Abschieberisiko beantragt werden können, andererseits sollen
4 die neu geschaffenen Anlaufstellen lediglich staatlich gefördert aber nicht staatlich
5 betrieben werden, um mehr Distanz zu gewährleisten, so dass eine
6 Informationsweitergabe ausgeschlossen werden kann.
7 Es kann in einem industrialisierten Land wie Deutschland nicht sein, dass Menschen
8 der Zugang zu medizinischen Einrichtungen erschwert wird und diese im schlimmsten
9 Fall vor die Wahl zwischen Gesundheit und persönlicher Sicherheit gestellt werden.
10 Gesundheit ist ein Menschenrecht muss als solches allen zur Verfügung stehen,
11 unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanzieller Lage!

1 Der Anfang dieser Tragödie war ganz alltäglich. So alltäglich und so wahrscheinlich,
2 dass dies jeder iranischen oder afghanischen Frau auch widerfahren könnte: Jina
3 Mahsa Amini, eine junge Frau mit kurdischen Wurzeln wurde von der Sittenpolizei
4 verhaftet, weil sie ihr Kopftuch nicht den Vorschriften entsprechend trug. Sie wurde
5 geschlagen, fiel ins Koma und starb drei Tage später an den Verletzungen. Diese
6 Alltäglichkeit und wahrscheinliche Selbstbetroffenheit hat für die umfassenden und
7 lang andauernden Proteste in mehr als 25 iranischen Städten und im Ausland gesorgt.
8 So laut und so lang, so deutlich und so blutig, so einig und so fordernd, dass die
9 Weltgemeinschaft nicht darüber hinwegsehen kann.
10 Der Iran ist auf Platz 150 im Geschlechterungleichheitsindex, der nur 156 Staaten
11 umfasst. Die iranische Gesellschaft hat nach 43 Jahren theokratischer Repression
12 gegen jegliche Minderheiten den Punkt erreicht, dass ohne die Freiheit der Frauen kein
13 Mensch frei ist. Dieses Verständnis von Freiheit, dass nicht mal im Westen bei allen
14 angekommen ist, wird heute im Iran nach knapp einem halben Jahrhundert Leiden
15 unter einem Frauen und INTA*-feindlichen Regime bis ins Knochenmark gespürt. Und
16 dafür stellen sich Männer, Frauen und INTA* Personen im Kern und Führung dieser
17 Revolution Kugeln und Knüppeln entgegen. Sie schneiden sich die Haare ab und
18 verbrennen das Kopftuch, das Instrument der Fremdbestimmung. Dieser Akt der
19 Selbstbestimmung und Solidarität darf nicht von Rechten zur Fremdbestimmung der
20 muslimischen Frauen instrumentalisiert werden.
21 "Die Freiheit ist universell, sie ist weder östlich noch westlich" haben tausende Frauen
22 1979 auf der Straße nach der Verordnung der Zwangsverschleierung in der Post-
23 Revolutionsphase im Iran gerufen. Sie wurden von den Männern im Iran und von der
24 internationalen Gesellschaft fallen gelassen. Heute rufen sie „Frauen, Leben, Freiheit“
25 und werden von Männern im Land unterstützt und gefolgt. Jetzt ist Deutschland als
26 Befürworter der feministischen Außenpolitik und die internationale Gemeinschaft
27 daran, ihnen den Rücken zu stärken. Die große Arbeit wird im Iran getan. Wir sollten

1 sie mit aktiver Politik unterstützen und dem menschenrechtsverachtenden islamischen
2 Regime jeglicher Legitimation entziehen, während sie im eigenen Land keine
3 Legitimation mehr haben. Die Forderungen sind im In- und Ausland klar und deutlich.
4 Alles, was wir tun sollten, ist genau zuhören und richtig handeln.

5 **Deutschland muss klar Stellung beziehen**

6
7 Die Islamische Republik unterdrückt ihre Bevölkerung, vor allem Frauen und INTA*
8 Personen, unter dem Vorwand der Religiosität und trotzdem ist die Bundesregierung
9 auf Kuschelkurs. Deutschland ist der größte Handelspartner des Irans in der EU und
10 die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen sind laut dem Auswärtigen Amt
11 "traditionell eng".

12 Die aktuelle Bundesregierung hat sich "feministische Außenpolitik" auf die Fahne
13 geschrieben. Jetzt wäre der Moment gekommen, das umzusetzen.

15 **Gegen Islamfeindlichkeit - für echte körperliche Selbstbestimmung**

16 Wir kritisieren auch all jene, die die Debatte instrumentalisieren, um sich islamfeindlich
17 zu äußern. Die Kritik an der Islamischen Republik Iran entschuldigt in keiner Weise
18 verbale oder körperliche Übergriffe auf Menschen muslimischen Glaubens.

19
20 Echte körperliche Selbstbestimmung umfasst so viel, aber auch so wenig
21 Freizügigkeit, wie jede einzelne Person möchte. Dazu gehört auch, freiwillig ein Hijab
22 tragen zu können, ohne Angst vor Beleidigungen oder Gewalt haben zu müssen.
23 Vermeintliche Feminist*innen, die das Tragen eines Hijab verbieten wollen, sprechen
24 Frauen und INTA* Personen dabei schlicht die Fähigkeit und das Recht, entscheiden
25 zu können, ab.

26 **Deshalb fordern wir**

- 28 • Einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran
- 29 • Eine Erleichterung der Einreisebestimmungen und einen erleichterten Zugang zu
30 Aufenthaltstiteln für iranische Staatsbürger*innen
- 31
- 32 • Erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner*innen durch Sicherheitsbehörden,
33 Anlauf- und Meldestellen für Betroffene
- 34 • Eine Ausweitung der Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran, die möglichst
35 nicht die Zivilbevölkerung trifft
- 36
- 37 • Sanktionen gegen die Machtelite des Iran: Beschlagnahmung von Vermögen und
38 Sachwerten in Deutschland
- 39 • Verbot aller vom iranischen Regime finanzierten Organisationen in Deutschland.
40 Deutschland darf keine Plattform für den iranischen Klerikalfaschismus sein!

- 1 • Eine Ausweitung der Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran, die möglichst
2 nicht die Zivilbevölkerung trifft
- 3 • Dokumentation der Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch UN-
4 Organisationen

6 **Quellen**

- 7 <https://iran.ahk.de/mediathek/news/deutschland-wichtigster-handelspartner-irans>
- 8 [https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/bilaterale-](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/bilaterale-beziehungen/202402)
- 9 [beziehungen/202402](https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/bilaterale-beziehungen/202402)
- 10 <https://taz.de/Deutsches-Verhaeltnis-zum-Iran/!5880395/>

MO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Integration durch Investition

Antragsteller*innen
Jusos Fürstenfeldbruck

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,

1 Laut dem Statistischem Bundesamt sind letztes 1,3 Millionen Menschen aus dem
2 Ausland nach Deutschland gezogen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund
3 besuchen in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft kostenpflichtige Deutsch- und
4 Integrationskurse. Solche Integrationsmaßnahmen sind ausschlaggebend für ein
5 kooperatives Zusammenleben und eine bessere Identifikation mit den deutschen
6 Werten.
7 Ein Nachweis über ein entsprechendes Sprachniveau der deutschen Sprache sowie
8 Grundwissen über die deutsche Gesellschaftsordnung sind verpflichtend, wenn
9 Menschen beispielsweise eine Niederlassungserlaubnis (Aufenthaltsrecht ohne
10 Befristung) anstreben. Für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sind
11 Nachweise über erforderliche Sprachkenntnisse sowie das Zertifikat „Leben in
12 Deutschland“ ausschlaggebend. Auch Arbeitgeber*innen legen viel Wert auf diesen
13 Aspekt, wenn es um die Weiterbeschäftigung oder Einstellung von
14 Arbeitnehmer*innen geht.
15 Menschen, die sich entscheiden erwähnte Seminare zu besuchen, müssen die Kosten
16 für die Teilnahme an der Prüfung sowie für den Seminarbesuch selbst tragen. Wer in
17 den ersten zwei Jahren nach seiner Ankunft die Prüfungen beim ersten Versuch
18 besteht, erhält die Hälfte der Schulungskosten erstattet.
19 Dies ist nicht genügend Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund und
20 stellt eine große Hürde im Integrationsprozess dar. Wir fordern die komplette
21 Kostenübernahme bei Sprach- und Integrationsseminaren für Migranten*innen. Die
22 Finanzierung sollen Bund, Länder und Kommunen tragen.
23
24
25
26
27

NO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Upgrade:digitalpolitik

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz der Jusos Bayern,

1 Dieses Manifest ist das Ergebnis von upgrade:digitalpolitik, dem kritischen Festival
2 zu Digitalisierung und Innovation. Dieses Festival wurde von 16. bis 18. September
3 2022 von den Jusos München veranstaltet.
4 Dabei kamen 150 junge Menschen für eine Wochenende zusammen, um
5 verschiedene Aspekte von digitaler Transformation kritisch zu beleuchten. Dies
6 passierte in 17 Workshops, bei der Paneldiskussion zu Startup und Gründertum mit
7 Verena Hubertz (Stellvertretende Vorsitzende SPD Bundestagsfraktion), André Petry
8 (Gründer von tacto) und Falko Blumenthal (IG Metall Projektsekretär) und bei der
9 Keynote von Wolfgang M. Schmitt unter dem Titel „Influencer“.
10
11 **These 1: Die Frage ist nicht, wie digital wir sind, sondern wie wir digital sind!**
12 Viele Menschen in Deutschland fordern, dass die Digitalisierung schneller vorangehen
13 muss und dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern hinterherhinkt.
14 Gleichzeitig verändert die digitale Transformation unsere Gesellschaft in vielen Fällen
15 sehr grundlegend, ohne dass diese Veränderungen kritisch reflektiert werden.
16 Deshalb ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft ins Gespräch kommen und darum
17 ringen, wie diese Transformation gestaltet werden soll. Wer profitiert von der
18 Transformation, wer verliert? Wie verändert die digitale Transformation unser
19 Zusammenleben, wie verändern sich Machtverhältnisse? Digital sein ist kein
20 Selbstzweck, es geht nicht um die Frage, wie digital wir sind oder ob andere digitaler
21 sind als wir. Die Frage ist, wie wir digital sind.
22 Unser Ziel ist es, dass eine öffentliche Diskussion über die Gefahren der aktuellen
23 Digitalisierung geführt werden. Unser Ziel ist es nicht nur, dass Individuen „aufgeklärt“
24 werden über die Möglichkeiten und die Macht großer Tech Konzerne. Sondern eine
25 kritische gesellschaftliche Debatte darüber stattfindet, dass diese Macht große
26 Gefahren mit sich bringt. Dabei sollen möglichst viele Menschen unterschiedlicher
27 Gesellschaftsschichten beteiligt werden.
28
29

1 Parteien, Gewerkschaften, aber auch dem Bildungssystem kommt dabei eine
2 besondere Verantwortung zu.

3

4 **These 2: Die Digitale Transformation verstärkt die Eigentumskonzentration**

5 Die Digitalisierung hat enorme Reichtümer in kurzer Zeit angehäuft. Diese sind extrem
6 ungleich verteilt. Gleichzeitig zahlen Tech-Unternehmen kaum Steuern und profitieren
7 von öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Forschung.

8 Langfristig werden die in der digitalen Welt angehäuften Vermögen auch dazu genutzt,
9 um in andere Industrien zu investieren. Sei es das Kaufen von Zeitungen oder
10 Investitionen in Immobilien. Wir sehen die wachsende Ungleichheit als großes
11 Problem in unserer Gesellschaft an. Zum einen, da sich dadurch für viele Menschen
12 eine schlechte Lebensqualität ergibt, zum Beispiel weil sie sich Wohnraum nicht mehr
13 leisten können. Zum anderen entsteht auf lange Sicht eine quasi feudale Gesellschaft,
14 in der wenige Menschen viele Chancen und Freiheiten besitzen, viele Menschen
15 große Probleme haben, über die Runden zu kommen.

16

17 **These 3: Die digitale Transformation führt zu Machtkonzentration**

18 Entscheidend ist bei der Digitalisierung, wem die Daten, Algorithmen, die Firmen, die
19 Infrastruktur gehören. Dabei sind viele Innovationen, die Maßgeblich für die
20 Digitalisierung sind, an öffentlichen Einrichtungen erfunden worden, wie zum Beispiel
21 das Internet selbst. Erst die kommerzielle Ausbeutung hat dazu geführt, dass einige
22 wenige die Entscheidungskompetenz über weite Teile der "digitalen Welt" haben.
23 Dabei werden zentrale Themen für eine offene Gesellschaft von privaten
24 Entscheidungsträgern getroffen, Fragen der Meinungsfreiheit oder des Zugangs zu
25 Informationen.

26 Unsere Forderung der Demokratisierung geht aber darüber hinaus. Wir fordern, dass
27 große digitale Plattformen als öffentliche Daseinsvorsorge betrachtet werden und
28 daher vergesellschaftet werden müssen.

29

30 **These 4: Die digitale Transformation muss klar reguliert werden.**

31 Unser Ziel muss ein Primat der Politik sein. Das bedeutet demokratisch legitimierte
32 Instanzen legen die Regeln online, genau so wie sie es offline tun, fest. Wir fordern
33 insbesondere, dass die Europäische Union den Mut aufbringt, die Macht der großen
34 Tech Konzerne zu regulieren und im besten Fall die Tech Konzerne zu zerschlagen.

35 Wir befinden uns bereits in einer Situation, in der große Teile des gesellschaftlichen
36 Lebens von wenigen Firmen abhängen. Eine Situation, in der wenige Firmen "too big
37 to fail" sind. Dies gilt es durch entsprechende regulatorische Eingriffe rückgängig zu
38 machen.

39

40

1 **These 5: Daten sind eine wichtige Grundlage für die digitale Transformation**

2 Viele Geschäftsmodelle im Internet beruhen auf der kommerziellen Verwendung von
3 Daten. Dabei werden Daten im großen Stile gesammelt um daraus möglichst präzise
4 Rückschlüsse auf Eigenschaften oder das Verhalten von Menschen zu ziehen. Diese
5 Rückschlüsse werden dazu genutzt, um Menschen zu beeinflussen. Sei es dazu, mehr
6 Zeit auf einer Plattform zu verbringen oder mehr Dinge zu kaufen.

7 Wir fordern das Recht darauf, über alle Rückschlüsse, die aus privaten Daten gezogen
8 werden, informiert zu werden. Aber auch die Möglichkeit für Menschen zu untersagen,
9 dass Rückschlüsse aus ihren Daten gezogen werden.

10 Wir fordern eine Vereinfachung, Transparenz und Anwender*innenfreundlichkeit im
11 Datenschutz die es allen Menschen ermöglicht souverän über ihre Daten zu verfügen.
12 Darüber hinaus möchten wir die Diskussion weiterführen, ob und wie wir als
13 Gesellschaft "Big Data", also das Sammeln und Auswerten großer Mengen an Daten,
14 für eine Demokratisierung der Wirtschaft nutzen können bzw. wollen.

15

16 **These 6: Algorithmen sind oft unfair und diskriminierend**

17 Wir brauchen diskriminierungsfreie Algorithmen. Da die Algorithmen von Menschen
18 programmiert sind, oder "künstliche Intelligenz" anhand von Menschen erstellten
19 Datenbankebene "lernen", sind sie besonders anfällig für die in aktuellen
20 Gesellschaften vorliegenden Diskriminierungen. Gleichzeitig haben sie den Anschein
21 der Unparteiligkeit, da es vermeintliche "Technik" ist, die in der Anwendung bestimmte
22 Resultate erzielt. Insbesondere bei der breiten Anwendung in Medizin oder Justiz
23 fordern wir eine große Gesetzgebung die diskriminierungsfreie Algorithmen
24 sicherstellt.

25

26 **These 7: Die digitale Transformation muss für mehr Gleichstellung sorgen.**

27 Die digitale Transformation muss barrierefrei sein und möglichst allen Menschen den
28 gleichen Zugang bieten. Dabei sollten insbesondere verschiedene Einschränkungen
29 berücksichtigt werden. Wir fordern, dass mehr Förderung auch für private Geräte und
30 spezielle Bedarfe für einen flächendeckenden Zugang zu Bereichen des digitalen
31 Lebens stattfindet.

32 Noch immer ist die Technikentwicklung ein sehr stark männlich dominiertes Feld. Das
33 führt zwangsläufig dazu, dass die entwickelten Produkte männlichen Bias haben. Der
34 feministische Kampf für eine gleichberechtigte digitale Welt hat noch weite Strecken
35 vor sich. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die diesen Kampf erleichtern und
36 langfristig überflüssig machen.

37

38

39

40

1 **These 8: Für die digitale Transformation muss öffentliche Infrastruktur gefördert**
2 **werden.**

3 Wir fordern Investitionen des Staates, so dass wir bei der Infrastruktur nicht abhängig
4 von privaten Firmen sind. Wenn immer größere Teile unseres Lebens im Digitalen
5 passieren, ist es wichtig, dass alle Zugang zu diesen Lebensbereichen haben können.
6 Dafür braucht es gut ausgebaute digitale Infrastruktur überall in Deutschland.
7 Infrastruktur – und die Art und Weise, wie sie gestaltet ist, ist für eine
8 verantwortungsvolle Transformation grundlegend. Insbesondere im Cloud-Computing
9 sollte der Staat eine nicht kommerzielle Alternative anbieten. Es braucht eine
10 Alternative die es ermöglicht auch öffentlichen Einrichtungen der Bildung, der
11 Verwaltung, aber auch des Gesundheitswesens Datenschutzrechtlich einwandfreie
12 Lösungen mit einer Nutzer*innenfreundlichkeit zu verbinden.

13 **These 9: Die digitale Transformation braucht gute Arbeitsplätze**

14
15 Um die digitale Transformation erfolgreich und verantwortungsvoll zu gestalten,
16 braucht es viele in verschiedenen Disziplinen gut ausgebildete Fachkräfte. Gerade
17 unsere Generation hat hohe Ansprüche an die Arbeitswelt. Stark hierarchische
18 Konzerne sind oft unattraktiver als kleine schnelle Unternehmen und Start-Ups. Wir
19 wollen gerade junge Menschen und insbesondere Frauen und INTA* Personen dazu
20 motivieren, auch mit eigenen Ideen ein Unternehmen zu gründen. Gerade auch in der
21 Gründung oder in Start-Ups wollen wir gute Arbeitsbedingungen, die eine gute Work-
22 Life-Balance der Beschäftigten ermöglichen. Von der Politik fordern wir, dass hier ein
23 stärkerer Fokus gesetzt werden muss.

24 Gleichzeitig dürfen Mitbestimmung und Demokratisierung nicht gegen vermeintliche
25 Autonomie und Dynamik ausgespielt werde. Sie sind für uns unverhandelbar. Die
26 digitale Transformation hat auch am Arbeitsmarkt extreme Ungleichheiten erzeugt.
27 Zum einen werden für stark nachgefragte Expert*innen sehr hohe Löhne gezahlt, zum
28 anderen basieren viele Geschäftsmodelle der Gigeconomy auf der systematischen
29 Aushöhlung von Arbeitsrechten. Ein weiterer Aspekt ist, dass die großen
30 Digitalkonzerne sehr viel weniger Menschen beschäftigen als traditionelle
31 Industriekonzerne. Wir fordern, dass digitale Konzerne und ihre Mitarbeiter*innen
32 sich in adäquater Weise an den Kosten der Gesellschaft beteiligen.

33
34 **These 10: Die digitale Transformation muss Demokratie sichern.**

35 Wir brauchen eine wirksame Gesetzgebung, und vor allem eine wirksame und
36 schnelle Verurteilung von Hassreden im Internet. Wir sehen Hass im Internet als ein
37 dringendes Problem an, weil es nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiftet, sondern
38 auch systematisch dafür sorgt, dass sich Menschen aus bestimmten Bereichen des
39 Internets zurück ziehen. Aber auch unabhängig von Hass im Netz bringt das Internet
40

1 und die veränderte Kommunikation in Kombination mit kapitalistischen
2 Geschäftsmodellen große Gefährdungen der demokratischen Gesellschaft mit sich.
3 Für Bereiche, die aus demokratischer Sicht sensibel sind – beispielsweise
4 Nachrichtenplattformen und soziale Netzwerke – muss die Politik klare
5 Verhaltensregeln etablieren und weitere öffentlich rechtliche Alternativen schaffen, um
6 verantwortungsvolle Gestaltung zu ermöglichen.

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

PO1: Resolution

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Wer wir sind, wie wir uns verstehen Juso-Sein heißt überzeugt-Sein, nicht nur jung-Sein.

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress

1 Wir Jungsozialist*innen sehen uns als linken Richtungsverband innerhalb der SPD,
2 der in der Partei, den Parlamenten, auf der Straße und in Bündnissen für
3 Chancengerechtigkeit, eine solidarische Gesellschaft, Teilhabe für alle - kurzum den
4 demokratischen Sozialismus - eintritt.

5 Unter 35 Jahre alt und Juso zu sein, können zwei vollkommen verschiedene Dinge
6 sein: Es reicht nicht aus, jung zu sein - unsere Grundwerte müssen geteilt und auch
7 gelebt werden.

8 **Juso sein heißt: Stabil antifaschistisch sein - sonst krachts**

9
10 Wir sind ein antifaschistischer Richtungsverband und stellen uns ganz klar gegen jede
11 Form der Diskriminierung. Faschismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus,
12 Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.
13 Wir kämpfen jeden Tag gemeinsam mit allen Antifaschist*innen weltweit für eine
14 solidarische, gerechte und offene Gesellschaft. Es gilt zu jeder Zeit: kein Fußbreit dem
15 Faschismus!

16 Viele Mitglieder der AfD sind Rechtsextremist*innen oder gerne mit solchen in einer
17 Partei, viele werden bereits von Gerichten als rechtsextrem und faschistisch eingestuft.
18

19 Wir lehnen jede Form der Zusammenarbeit entschieden ab und geben ihnen keine
20 Bühne. Podiumsdiskussionen oder Veranstaltungen, zu denen auch die AfD
21 eingeladen ist, lehnen wir ab. Wir erwarten, dass sich eingeladene Personen an die
22 anderen demokratischen Parteien oder Gesprächspartner*innen wenden und
23 versuchen eine Gegenveranstaltung oder einen Boykott zu organisieren, denn mit
24 Nazis spricht man nicht.

25 Gegenüber Betroffenen und Bedrohten von rechter Gewalt sind wir solidarisch, wir
26 engagieren uns in Bündnissen und kämpfen für eine offene Gesellschaft.
27
28

1 **Juso sein heißt: Demokratischen Sozialismus erkämpfen**

2 Wir sehen die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Zustände eines sich selbst
3 überholenden kapitalistischen Systems, in dem der Mensch nur mehr der Wirtschaft
4 und nicht die Wirtschaft dem Menschen dient als so nicht länger tragbar an. Reiche
5 werden immer reicher, Arme werden immer mehr. Die gesellschaftliche Ungleichheit
6 nimmt immer weiter zu und während die einen in Luxus leben, Steuern sparen wo sie
7 können und vererben, wie es ihnen gefällt, leben andere unterhalb der Armutsgrenze,
8 können nicht an der Gesellschaft teilnehmen und ihre Kinder wachsen in Armut auf.
9 Weite Teile der Gesellschaft bestreiten ihr Leben und Überleben durch ihre Arbeit,
10 Rücklagen haben sie kaum. In den wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus stehen
11 sie regelmäßig am Abgrund.

12 Wir leben in einer Klassengesellschaft. In der Medizin, wo Reiche besser behandelt
13 werden und Kliniken Profite erwirtschaften müssen, in der Klimapolitik, wo die einen
14 noch von den fossilen Energieträgern profitieren und die anderen schon unter dem
15 Klimawandel leiden, in der Bildung, die den einen beste Chancen und anderen gar
16 nichts bietet und in der Begründung aller Klassen - der Arbeit, in der sich die einen
17 kaputt arbeiten und trotz zwei Jobs und Nachtschicht die Miete nicht zahlen können
18 und andere mit weniger Arbeit sorgenfrei leben und Reichtum aufbauen können.

19 Wir sehen dieses kapitalistische System als grob ungerecht und diese
20 Klassengesellschaft als revolutionsbedürftig an. Wir setzen uns als Ziel, den
21 demokratischen Sozialismus zu erreichen.

22 Es braucht eine massive Umverteilung, um eine Gesellschaft zu erreichen, die
23 Chancengerechtigkeit, Teilhabe an der Gesellschaft und Sicherheit für alle
24 Bürger*innen ermöglicht. Es bedarf einer Revolution im Gesundheitswesen, um beste
25 medizinische Versorgung für alle Menschen zu erreichen. Es bedarf massiver
26 Investitionen in die Klimapolitik, um den Klimawandel aufzuhalten und Deutschland
27 sozial gerecht klimaneutral zu gestalten. Es bedarf einer Bildungsreform, die diesen
28 Namen verdient, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu ermöglichen und Bildung
29 unabhängig von den Ressourcen der Eltern zu gestalten und wir brauchen den
30 Sozialismus um dieses kapitalistische System zu überwinden, sodass Arbeit fair
31 bezahlt wird, den Lebensunterhalt sichert und keine solch großen Unterschiede
32 auslöst.

33 Es bedarf einer demokratisch organisierten Wirtschaft. Arbeiter*innen und Angestellte
34 sollen über das Handeln von Unternehmen entscheiden, Gewerkschaften und ihre
35 Rechte wollen wir stärken und ausbauen. Unternehmen der kritischen Infrastruktur
36 müssen vergesellschaftet werden, die öffentliche Versorgung muss in die öffentliche
37 Hand und darf nicht privatisiert werden.
38
39
40

1 Es bedarf der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Egal ob am Arbeitsplatz, in der
2 Schule oder der Universität: Überall, wo Menschen zusammenkommen, sollen
3 Entscheidungen demokratisch getroffen werden.
4 Jede politische Maßnahme muss unter der Einbeziehung der sozialen Frage diskutiert
5 werden und darf der Erreichung des demokratischen Sozialismus nicht zuwiderlaufen.
6 Wir wollen in der alltäglichen politischen Arbeit Menschen dazu ermächtigen, eine
7 Alternative zum Kapitalismus zu erkennen und zu erkämpfen. Als Jungsozialist*innen
8 entwerfen wir diese Alternative.
9 Wir stehen nicht nur für Antikapitalismus, sondern für eine tiefgreifende Analyse der
10 gesellschaftlichen Verhältnisse. Aus ihr leiten wir unsere Forderungen sowie Konzepte
11 und Strategien für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ab.

12

13 **Juso sein heißt: Queer-Feminismus oder Schlägerei**

14 Eine gerechte Gesellschaft heißt für uns echte Gleichberechtigung aller Geschlechter.
15 Eine Gleichstellung, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern in der Gesellschaft
16 gelebt wird. Davon sind wir Stand jetzt noch weit entfernt. FLINTA*(Frauen, Lesben,
17 Inter, nicht binär, Trans, Agender) leiden unter einer täglichen Benachteiligung
18 aufgrund ihres Geschlechts. Angefangen beim Gender Pay Gap und der
19 strafrechtlichen Verfolgung bei Schwangerschaftsabbrüchen hin zu alltäglichem
20 Sexismus. Eine Gesellschaft der stereotypischen Rollenbilder und der weiteren
21 Etablierung des Patriarchats lehnen wir entschieden ab. Keine Person darf aufgrund
22 ihres Geschlechts schlechter behandelt werden oder nur auf das Geschlecht reduziert
23 werden. Transfeindlichen sog. "Feminismus" lehnen wir entschieden ab.

24 Sprache prägt unser Denken und Handeln. Deshalb etablieren wir eine inklusive
25 Sprache und gendern konsequent, denn nur mitgemeint ist nicht mitgedacht.
26 Misgendern bringt mitunter Transfeindlichkeit zum Ausdruck.

27 Unser Feminismus ist intersektional. Viele Personen sind von
28 Mehrfachdiskriminierungen betroffen, sei es aufgrund der Hautfarbe und des
29 Geschlechts oder von anderen sich überlappenden und gegenseitig bedingenden
30 Diskriminierungsformen. Wir erkennen diese Problematik und bedenken sie bei der
31 Ausarbeitung diskriminierungskritischer Konzepte. Auch erkennen wir an, dass der
32 Kapitalismus Ungleichheitsvorstellungen etabliert und Diskriminierung fördert.

33

34 **Juso sein heißt: Internationale Solidarität**

35 Wir Jusos lehnen jegliche Unterteilung von Menschen durch nationale oder
36 supranationale Grenzen ab. Geflüchteten muss geholfen werden, die Festung Europa
37 ihre Tore öffnen und Humanität statt Ausgrenzung Einzug halten.

38 Wir stehen an der Seite von Protestierenden gegen jedes autokratische Regime und
39 an der Seite jeglicher Demokratisierungsbewegung. Eigenheiten der Kulturen
40 erkennen wir an und engagieren uns gegen postkoloniales Denken. Politik gegen

1 FLINTA*, LGBTQIA+*, Demokratie, freie Entfaltung der Persönlichkeit oder ethnische
2 Gruppen akzeptieren wir unter keinem Deckmantel - Menschenrechte sind universell
3 und nicht einer Kultur unterzuordnen.
4 Als antimilitaristischer Verband setzen wir uns für Abrüstung und internationale
5 Friedenssicherung über nationale oder supranationale Grenzen hinweg ein. Gegen
6 jegliche staatliche Aggression stellen wir uns vehement.
7 Wir beziehen Stellung gegen jeden Antisemitismus, immer und überall. Wir setzen uns
8 für das Existenzrecht Israels ein und unterstützen die Zweistaatenlösung und den
9 Dialog.

10

11 **Juso sein heißt: Auf der Straße an der Seite der Bündnispartner*innen stehen**

12 Als Jungsozialist*innen verstehen wir uns als Teil der linken gesellschaftlichen
13 Bewegungen und unterstützen diese in ihrem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft.
14 Wir stehen Seite an Seite mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf für bessere Arbeit,
15 an der Seite der Klimabewegung und von sozialen Bewegungen wie "Genug ist
16 Genug". Wir möchten nicht am Rand, sondern mittendrin in den antikapitalistischen
17 Protestbewegungen sein und diese aktiv unterstützen.

18

19 **Juso sein heißt die SPD auf Links wenden**

20 Wir setzen uns innerhalb der SPD für einen stabil sozialistischen Kurs ein. Wir
21 kämpfen für unsere Inhalte und unsere Positionen und arbeiten daran mit, die SPD
22 inhaltlich zu gestalten und nach links auszurichten. Wir formulieren mit der und für die
23 SPD die Vision und den Weg hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Wir machen
24 Wahlkampf um linke Mehrheiten zu erreichen und bemühen uns um Mandate, um
25 unsere Überzeugungen in die Parlamente und Gesetzesblätter zu bringen. Wir üben
26 gleichzeitig von innen und außen Kritik und üben inhaltlichen Druck auf die
27 Funktionär*innen unserer Partei aus. Wir sind nicht die Parteijugend und "Jubeltruppe"
28 der SPD, sondern inhaltlich eigenständig, überzeugt und unbequem. Wir sind Teil der
29 gesellschaftlich linken Bewegung und treten auch als solche offensiv auf und
30 verstehen uns nicht als unkritische "Kanzlerjugend".

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

PO2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Antragsbücher in einfacher Sprache nicht durch die Antragsteller*innen erstellen

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,

1 Wir begrüßen und unterstützen das Ziel, durch Antragsbücher in einfacher Sprache die
2 Barrieren für die Debatte auf einer Bezirkskonferenz abzubauen. Gleichzeitig
3 empfinden wir es als große Belastung für diejenigen, die Anträge einbringen, dass
4 diese auch für die Übersetzung in einfache Sprache verantwortlich gemacht werden.
5 Daher sollen die Anträge künftig auf Bezirksebene in einfache Sprache übersetzt
6 werden und nicht individuell durch die Antragsteller*innen.

7

8 **Begründung**

9 Die Übersetzung von Anträgen in einfache Sprache ist keine triviale (einfache)
10 Tätigkeit. Es erfordert Übung, Zeit und Erfahrung. Wir sehen, dass die obligatorische
11 Forderung von Übersetzungen in leichter Sprache teilweise zur Überforderung
12 einzelner Mitglieder führt.

13

14 Wir wollen wertschätzen, dass diejenigen, die Anträge schreiben und vorstellen sowie
15 Änderungsanträge koordinieren, sich ohnehin schon stark einbringen und zum
16 Gelingen der Bezirkskonferenz beitragen. Diese Personen sollten nicht durch die
17 Verantwortung für die Anträge in einfacher Sprache zusätzlich belastet werden.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

PO3

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Doppelstrategie

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,

1 Zum Selbstverständnis der Jungsozialist*innen gehört es seit der Linkswende, die
2 eigene politische Arbeit als Doppelstrategie zu begreifen. Die Doppelstrategie ist somit
3 ein Umgang mit dem Umstand, als Teil einer systemtragenden Partei für eine
4 grundlegend systemverändernde Politik zu kämpfen. Das bedeutet, einerseits als
5 Jungsozialist*innen innerhalb der SPD den politischen Kurs zu beeinflussen und
6 andererseits als linke Jugendbewegung zu agieren, die einerseits Menschen politisiert
7 und Klassenbewusstsein unter den vielen Lohnabhängigen herstellt und andererseits
8 als Transmissionsriemen von Kämpfen um soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit
9 und Friedensbewegung Positionen in die Partei hinein zu tragen.

10

11 Die SPD hat sich spätestens mit dem Godesberger Programm von der
12 Interessensvertretung der Arbeitenden zugunsten des Status „Volkspartei“
13 verabschiedet. Trotzdem steht der demokratische Sozialismus auch im Hamburger
14 Programm der SPD von 2007. Und dennoch: die SPD stellt mit Olaf Scholz den
15 Bundeskanzler und vollzieht mit den Entlastungspaketen während einer globalen
16 Energiekrise den Schutz der Kapitalinteressen von großen Konzernen während die
17 Entlastung der Arbeitenden und derer die nicht arbeiten können als unzureichend
18 betrachtet werden kann. Der Staat agiert, auch unter sozialdemokratischer
19 Führungsbeteiligung, im Rahmen des Kapitalismus.

20

21 Trotz alledem und umsomehr ist es Aufgabe von uns Jungsozialist*innen unsere Kräfte
22 dafür einzusetzen, Menschen in ihrer antikapitalistischen Haltung zu bestärken und zu
23 öffentlichen Meinungsäußerungen, zu Arbeitskämpfen zu mobilisieren, um den
24 öffentlichen Diskurs damit zu prägen und zu verschieben. Eine bessere Welt, eine
25 sozialistische Gesellschaft, ein gutes Leben für uns alle ohne Ausbeutung von Mensch
26 und Natur ist möglich.

27

28

1 Gerade in einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten explodieren, Energiekosten und
2 Nebenkostenabschläge Menschen vor Kälte erzittern lassen und Tarifabschlüsse mit
3 einem starken Fokus auf Einmalzahlungen die Reallohnverluste der nächsten Jahre
4 zementieren, ist eine Standortbestimmung notwendig.

5

6 **Verhältnis zu Partei und Abgeordneten:**

7 Die politische Arbeit der letzten Jahre war geprägt von der Arbeit „in die Partei hinein“
8 und vom Motto „Jusos in die Parlamente“. Spätestens seit der ersten „No GroKo“
9 Kampagne, dem Drängen auf inhaltliche und personelle Erneuerung haben viele
10 Jungsozialist*innen Verantwortung in der Partei übernommen. Seit den letzten Wahlen
11 sind zahlreiche unserer Genoss*innen mit Mandaten in Verantwortung. Diese
12 Entwicklung bewerten wir als sehr positiv.

13

14 Sie bringt jedoch neue Herausforderungen mit sich: das Verständnis für eine
15 unliebsame Regierungsentscheidung fällt sicherlich größer, wenn die Argumente von
16 einer*inem Genoss*in vorgebracht werden, mit denen man selbst in Vorständen und
17 bei politischen Aktionen aktiv war. Uns ist völlig klar, dass auch junge Abgeordnete mit
18 einer politischen Sozialisation aus Reihen der Jungsozialist*innen als Abgeordnete in
19 Ihrer Position nicht ausschließlich nach jungsozialistischer Beschlusslage abstimmen
20 können. Umso wichtiger ist es, eine neue Balance zu finden zwischen der Fortsetzung
21 der solidarischen Zusammenarbeit und einer kritischen Distanz des
22 Regierungshandelns. Junge Menschen mit Juso-Sozialisationen können in
23 Parlamenten durchaus einen Unterschied machen und progressive Projekte
24 voranbringen. Wir erwarten von jungsozialistischen Abgeordneten, dass sie als Teil
25 der Parteilinken den Diskurs innerhalb der Fraktionen weiter verschieben.

26

27 **Soziale Bewegungen:**

28 Wir sind als Jungsozialist*innen Teil von diversen Bündnissen: für feministische
29 Anliegen, Mobilität, Wohnen und Verteilungskämpfe. Die Teilnahme an Bündnissen ist
30 kein Selbstzweck. Wir setzen in unserer Bündnisarbeit den Kampf um materielle
31 Interessen in den Fokus. Unser Ziel ist das Erzeugen von außerparlamentarischem
32 Druck, der nicht nur die SPD, sondern auch alle anderen Parteien vor sich her treiben
33 soll.

34

35 Unser Ziel und unsere Aufgabe als Jusos ist es nicht, ein größeres Stück vom linken
36 Kuchen abzubekommen: Wir sind nicht die Werbeagentur für die SPD in linken
37 Bewegungen und auf der Straße und das oberste Ziel dieses Engagements ist es nicht,
38 dass nächste Wahlergebnis positiv zu beeinflussen. Wir wollen dazu beitragen, dass
39 der linke Kuchen größer wird. Wir wollen in der Gesellschaft – insbesondere bei jungen
40 Menschen – Klassenbewusstsein schaffen. Die Leute müssen nicht sofort mit roten

1 Fahnen durch die Straßen ziehen, aber erste Schritte sind auch Ausdrücke von
2 Solidarität mit Streikenden oder ein Bewusstsein für gemeinsame Kämpfe um
3 Klimagerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Der Kapitalismus kann nur mit einer
4 starken Arbeiter*innenbewegung überwunden werden.

5

6 Deshalb ist das Ziel unseres Einsatzes nicht Applaus und Zustimmung von anderen
7 linken Gruppen, sondern zum Beispiel Menschen in Armut zu erreichen, zu politisieren
8 und zu mobilisieren und Auszubildende und Studierende vom gemeinsamen Kampf
9 um bezahlbaren Wohnraum und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu
10 überzeugen.

11

12 Die Doppelstrategie ist daher essentieller Bestandteil unseres Kampfs für den
13 demokratischen Sozialismus. Mit parlamentarischen Mandaten und Mehrheiten alleine
14 werden tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen nicht nachhaltig möglich sein. Aus
15 dieser Tatsache heraus leitet sich unser außerparlamentarischer Einsatz ab, abseits
16 von konkreter Parteiarbeit Menschen zu politisieren und sie für die Sache des
17 demokratischen Sozialismus zu begeistern. Nur mit einer breiten gesellschaftlichen
18 Mehrheit können die Kapitalinteressen erfolgreich eingehegt und überwunden werden.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

U01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Umweltschutz und Artenvielfalt für Oberbayern

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Bezirksparteitag der SPD, Bezirkstagsfraktion der SPD Obb, Juso Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

1 Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlage. Die Ursachen und Konsequenzen
2 müssen wir deshalb auf allen Ebenen konsequent angehen. Auch auf Landes- und
3 Bezirksebene bekennen wir uns deshalb zur Klimaneutralität 2035. Unseren Teil dazu
4 wollen wir durch eine Beteiligung und Stärkung der dezentralen Energieversorgung
5 beitragen.

6
7 Der Bezirk Oberbayern umfasst hauptsächlich ländliche Regionen, ist aber durch
8 München städtisch geprägt. Hierdurch ergibt sich eine Konkurrenz der Flächen der
9 ländlichen Regionen als Ausgleichsflächen für die Artenvielfalt, für die Landwirtschaft
10 aber auch für die Energieversorgung. Eine sorgfältige Abwägung ist notwendig, um die
11 bestmögliche Nutzung sicherzustellen und alle Bedürfnisse zu erfüllen. Die Grundlage
12 dafür ist ein gründliches Monitoring.

13 14 **Landkreisübergreifendes Monitoring der Artenvielfalt und Koordinierung durch 15 den Bezirk**

16 Dem Bezirk kommt besondere Verantwortung bei der Koordinierung von
17 landkreisübergreifenden Schutzgebieten wie Chiemsee, Isarpark und Naturpark
18 Altmühltal. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges Monitoring - gerade
19 auch der Pflanzenwelt - stattfinden, um ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese Zahlen
20 sollen innerhalb der Kartierung der Gebiete vermerkt und transparent einsehbar sein.
21 Ein solches Monitoring legt auch die Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt der
22 Biodiversität und Sanktionen bei Nicht-Einhaltung und kann bei der Entscheidung über
23 Flächennutzung für Photovoltaik oder Windkraft helfen, damit besonders wertvolle
24 Flächen für den Artenschutz erhalten bleiben. Grundsätzlich fordern wir beim
25 Artenschutz ein Weggehen von der Betrachtung einzelner Populationen, hin zu einer
26 Betrachtung der Gesamtpopulation. Dabei soll viel mehr die Wirkung eines Standortes
27

1 für die gesamte Population betrachtet und gewertet werden - inklusive zum Beispiel
2 von Nistmöglichkeiten - als das Vorkommen einzelner Individuen an diesem Standort.

3 **Mehr Wald wagen**

4 Wir wollen Land- und Forstwirtschaft ökologisch transformieren. Landwirt*innen,
5 Forstwart*innen, aber auch Hobbygärtner*innen, die Interesse an Maßnahmen zur
6 Erhaltung der Biodiversität haben, brauchen leicht zugängliche Möglichkeiten zur Aus-
7 und Weiterbildung. Wir fordern, dass der Bezirk solche zusätzlich zur Imkerei- und
8 Fischereiberatung anbietet. Anhand der Kartierungsdaten, soll diese Beratung auch
9 standortbezogen erfolgen, um Korridore für gefährdete Arten zu verbessern.

10

11 Neben der Ökologisierung der bestehenden Forstwirtschaft wollen wir anstatt immer
12 mehr bewirtschafteter Nutzwald auch wieder mehr auf echte Wildnisgebiete setzen.
13 Nachdem der Mensch die Natur und den echten wilden Wald immer weiter
14 zurückgedrängt hat, wollen wir im Sinne echter Biodiversität und Lebensraumerhalt
15 bzw. -Wiederbeschaffung erreichen.

16

17 Der Bezirk Oberbayern erlässt Rechtsverordnungen, über die
18 Landschaftsschutzgebiete, die sich über mehrere Landkreise oder kreisfreie Städte
19 beziehen. Er kann Beschränkungen zur Bewirtschaftung oder Bebauung erlassen und
20 die Schutzgebietsverordnungen verändern.

21

22 Wir fordern, dass der Bezirk Oberbayern die Schutzverordnungen dahingehend
23 ändert, dass Ausweitung von Bebauung oder Bewirtschaftung unterbunden wird und
24 stattdessen durchsetzen, dass künftig mindestens 5% der Fläche aller
25 Landschaftsschutzgebiete in Wildnisgebiete umgewandelt werden müssen.

26

27 Echte Wildnisgebiete müssen ausreichend groß sein (über 1.000 Hektar), dürfen nicht
28 bewirtschaftet werden und sollen ein möglichst intaktes Ökosystem schaffen, das sich
29 selbst reguliert und ohne Eingriffe des Menschen bestehen kann. Jagd, Fischerei oder
30 Holzfällarbeiten sind untersagt, egal ob zu kommerziellen Zwecken oder zur
31 Regulierung des Ökosystems. Der bisherige menschliche Einfluss muss
32 rückabgewickelt werden und sukzessive menschliche Einflussnahme beendet werden.
33 Flächen dürfen nicht weiter privatisiert werden, besonders nicht solche, die als
34 Potenzialflächen für Wildnisgebiete in Frage kommen. Private Flächen, die sich für
35 Wildnisgebiete eignen, sollen perspektivisch in staatliche Hand übergehen, um diese
36 zu verbinden und erweitern zu können. Dadurch könnten wichtige Hürden genommen
37 werden, um beispielsweise auf die Mindestgröße von 1.000 Hektar, die in der NBS
38 definiert ist, zu kommen. Auch bei der Neubeplanung von Gebieten oder der konkreten
39 Planung von Infrastrukturmaßnahmen müssen Wildnisgebiete besonders
40

1 berücksichtigt werden. Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebiete und der Ausbau
2 der Windenergie sollen einander nicht im Weg stehen.

3 Zu den Wildnisgebieten sollen umfassende Bildungsangebote vor Ort angeboten
4 werden und Menschen ermöglicht werden, ohne Einfluss zu nehmen, echte Wildnis in
5 der heimischen Gegend kennenzulernen.

6

7 **Oberbayern summt**

8 Biene ist nicht gleich Biene. In Bayern leben neben der bekannten Honigbiene auch
9 noch etwa 520 verschiedene Wildbienenarten. Diese sind besonders gefährdet und
10 müssen dementsprechend besonders geschützt werden, denn sie decken ein weitaus
11 größeres Bestäubungsspektrum als die Honigbiene ab und spielen eine wichtige Rolle
12 für die Stabilität des Ökosystems. Wir fordern bei der Imkereiberatung mehr Fokus auf
13 die Stärkung von Wildbienenpopulationen zu legen, zum Beispiel durch die
14 Vernetzung von Korridoren oder Bereitstellung von Nistplätzen. Wer Förderungen für
15 Imkerei erhalten möchte, muss nachweisen, einen festgelegten Anteil in solche
16 Projekte zu investieren. Wir sprechen uns gegen Bienen als reines Lifestyleprojekt im
17 eigenen Garten aus, denn Imkerei muss gelernt sein. Das soll sich auch in der
18 Förderung widerspiegeln. Vielmehr sollen interessierte Hobbyimker*innen durch den
19 Bezirk beraten werden, wie sie geeignete Nistplätze in ihrem Garten anbieten und den
20 Garten bienenfreundlich umgestalten.

21

22 **Grüne Dächer statt grauer Mauern**

23 Der Klimawandel steht vor der Tür und trotzdem sieht man in immer mehr Gärten in
24 Deutschland Steingärten anstelle grüner bepflanzter Gärten. Diese sind nicht weniger
25 pflegeaufwendig und stellen einen enormen Nachteil für den Klimaschutz dar. Deshalb
26 fordern wir das Verbot von Steingärten und die Begrünung von Flachdächern. Somit
27 fördern wir die Biodiversität und wirken dem Artensterben der Wildbienen entgegen.
28 Begrünte Dächer dienen dabei nicht nur dem Klimaschutz, sondern sollen nach
29 Möglichkeit auch den Bewohner*innen zugänglich gemacht werden. So können
30 gemeinschaftliche Projekte und das gemeinsame Begrünen des Flachdaches
31 vorangetrieben werden. Zusätzlich halten wir das Begrünen von Fassaden auch im
32 Nachhinein für unterstützenswert, um die Umwelt zu schützen und die Biodiversität
33 voranzutreiben.

34

35 **Wir sind Teil der Wolf-Gang**

36 Der Wolf hat eine relevante Bedeutung für das Ökosystem Wald und steht nicht nur aus
37 diesem Grund unter besonderem Schutz. Der wird sowohl durch das Tierschutzrecht
38 als auch das Artenschutzrecht vor Schaden oder Tötung geschützt. Wir unterstützen
39 Ansiedlungsmaßnahmen für den Wolf in Oberbayern und möchten Abschüsse
40 vermeiden. Diese stellen einen Eingriff in das Ökosystem dar.

1 Zusätzlich sehen wir Herdenschutzmaßnahmen durch geeignete Zäune oder
2 Herdenschutztiere als wichtig an und fordern kompetente Beratung, Förderung und
3 Unterstützung von Bäuer*innen.

4 Aktuell wird der Wolf generell als "Problemwolf" und gefährlich abgestempelt. Das
5 stimmt nicht und beeinflusst die Bevölkerung negativ. Daher fordern wir eine
6 flächendeckende Aufklärungs-Kampagne.

7

8 **Vogelschutz auch gegen das eigene Haustier durchsetzen**

9 Der Vogelbestand ist in den vergangenen Jahrzehnten rasant zurückgegangen. Ein
10 häufiger Grund gegen den Ausbau von Windenergie ist der Vogelschutz. Tatsächlich
11 sind Windräder nur für einen verschwindend geringen Teil der jährlich unnatürlich
12 verendeten Vögel verantwortlich. Die größten Ursachen für den massiven Rückgang
13 der Vogelzahlen sind die Nahrungsmittelknappheit durch Insektensterben, der Mangel
14 an Rückzugsmöglichkeiten durch Bau- bzw. Umbaumaßnahmen und Waldabholzung
15 und der Einsatz von Pestiziden und intensive Landwirtschaft. Nur eine
16 Wiederherstellung der Lebensräume und der Biodiversität kann langfristig die
17 Vogelpopulation schützen. Gegen Wilderei muss zudem strikt vorgegangen werden.

18

19 Weitere Gründe für das Vogelsterben sind Stromleitungen und der Straßenverkehr.
20 Hier müssen entgegenwirkende Strategien entwickelt werden. Ebenso sollen
21 Beratungsstrukturen aufgebaut werden, die Privathaushalte, Kommunen,
22 Unternehmen und Architekt*innen dahingehend beraten, wie beim Verbau von
23 Glaselementen Vogelschutz mitbedacht werden kann.

24

25 Ein weiterer großer Gefahrenpunkt ist die Hauskatze, die jährlich für einen nicht
26 unwesentlichen Teil der getöteten Singvögel verantwortlich. Der Naturschutzbund
27 Deutschland beschreibt die Problematik wie folgt: "Unsere Hauskatze stammt von der
28 ägyptischen Falbkatze ab, einer Wildkatze. [...] Ihrem Jagdinstinkt folgend,
29 durchstreifen sie größere Reviere und fangen vor allem Haus und Feldmäuse." Neben
30 kleinen Säugetieren, größeren Insekten, Amphibien und Reptilien sind besonders
31 seltene und geschützte Singvogelarten häufig Opfer der brutalen Stubentiger. Katzen
32 werden so zum letzten und zerstörerischen Faktor einer langen Reihe an negativen
33 Einflüssen. Die bereits geschwächte Vogelpopulation wird durch die Hauskatze noch
34 weiter geschwächt und an den Rand der Existenz gebracht.

35

36 Wir fordern zum Schutz von Vögeln die Einführung einer Katzensteuer, deren
37 Einnahmen zum Vogelschutz eingesetzt werden soll. Durch eine Katzensteuer und
38 eine damit einhergehenden Kennzeichnungspflicht kann der Bestand an Hauskatzen,
39 gerade im ländlichen Bereich, kontrolliert werden, die Zahl der besitzer*innelose
40 Katzen langfristig minimiert werden und Sensibilität für die Verantwortung bei Haltung

1 einer Katze geschaffen werden. Parallel zur Einführung der Katzensteuer soll über den
2 Bezirk ein umfassendes Beratungsangebot aufgebaut werden, das auf die Vermittlung
3 von Kleintier- und Vogelschutzmaßnahmen abzielen soll. Generell soll durch
4 umfangreiches Monitoring eine Datengrundlage über die Situation der Katzenanzahl
5 geschaffen werden und bei großer Zahl von streunenden Tieren eine lokale
6 Kastrationspflicht erlassen werden. Der Bezirk soll dabei die Koordination der vom
7 Land bevollmächtigten Kommunen übernehmen.

8 9 **Du sollst nicht zum Spaß töten**

10 Der Wald ist kein Spielplatz für Hobby-Jäger*innen, sondern ein komplexes
11 Ökosystem, das unter der Verwaltung der Förster*innen steht. Diese vertreten die
12 Forstverwaltung und sind für die Bewirtschaftung des Waldes zuständig und vergeben
13 Jagdausübungsrechte.

14
15 Wir fordern ein Verbot von Hobbyjagd. Nur Berufsjäger*innen sollen im Rahmen ihrer
16 Pflicht, der Austarierung von Populationen und Naturbeständen, Tiere entnehmen
17 dürfen, um das Weiterbestehen des Ökosystems sicherzustellen. Dabei sollte diese
18 Entnahme möglichst schmerzlos für das betroffene Tier und schonend für die übrigen
19 Tiere vollzogen werden. Treib und Drückjagd sollen verboten werden. Ebenso soll die
20 Fallenjagd umgehend beendet werden, um die Tiere nicht zu quälen und eine
21 unkontrollierte Tötung vorzunehmen.

22
23 Es sollen keine Jagdlizenzen oder Tagestouren vergeben werden. Das Töten von
24 Tieren darf kein Hobby oder Freizeitbeschäftigung sein, diese Praktik lehnen wir als
25 unmoralisch ab. Besonders das Töten von geschützten Tierarten, was in Deutschland
26 nach wie vor geschieht, muss unterbunden werden.

27 Hobbyjagd läuft darüber hinaus dem Ziel der Biodiversität diametral entgegen.
28 Aktuelle Zahlen zeigen, dass v.a. bejagte Arten zuletzt ihre Populationszahlen erhöhen
29 konnten, im Beispiel von Wildschweinen auf eine für intakte Ökosysteme nicht
30 erträgliche Art, nur zum Zweck sie jagen zu können.

31 Wir fordern, der Bezirk Oberbayern soll in den von ihm verwalteten Wäldern die
32 Hobbyjagd durch die Rechtsverordnungen über die Landschaftsschutzgebiete
33 verbieten.

34 35 **Achtsamer Umgang mit Ressourcen und Umwelt - Bildung und** 36 **Öffentlichkeitsarbeit**

37 Der achtsame Umgang mit Ressourcen und der Schutz der Umwelt beginnt bereits im
38 Kindesalter. Deshalb fordern wir die Förderung von Initiativen und
39 Bildungsprogrammen, die den Umgang mit Ressourcen beinhalten. Besondere
40

1 Potenziale sehen wir in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie in der Kooperation mit
2 Bildungseinrichtungen.
3 Dabei soll Kindern das Thema so vermittelt werden, dass sie es ihrem Alter gerecht
4 verstehen und verarbeiten können, aber auch Spiele und Spaß sollen nicht zu kurz
5 kommen. So verbinden Kinder mit dem Thema Ressourcenschonung und
6 Umweltschutz etwas Positives. Beispiele für solche Initiativen können "Clean up Days"
7 in Kindergärten, Grundschulen oder Jugendzentren sein, "Upcycling Projekte" bei
8 denen die Kinder bereits weggeworfenes wiederverwenden, um beispielsweise zu
9 basteln oder handwerklich aktiv zu sein. Für ältere Kinder bieten sich beispielsweise
10 Kleidertauschpartys an. Dabei zeigt sich, dass Kleidung nicht immer neu gekauft
11 werden muss, sondern durchaus länger hält und man so einen Teil zum Klimaschutz
12 beitragen kann.

U02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Uneinig aber trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist*innen der „Letzten Generation“

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskongress Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress,
Bezirksparteitag SPD Oberbayern, Landesparteitag
BayernSPD, Bundesparteitag SPD

1 Seit Herbst diesen Jahres nehmen die Aktionen der "Letzten Generation" zu - mit
2 Kartoffelbreiwürfen auf Gemälde und Aktivist*innen, die - festgeklebt auf Straßen und
3 Plätzen - das öffentliche Leben stören, ist die Initiative seit Wochen in den
4 Schlagzeilen.

5

6 Schlagzeilen machen aber auch die Reaktionen der Gegner*innen dieser Aktionen.
7 Anhand dieser zeichnet sich wieder ab, wie viel die vermeintlich "bürgerlichen
8 Freiheitsrechte" den Bürgerlichen bedeuten, wenn ihr geliebter Kapitalismus nur leicht
9 unter Druck gerät.

10

11 Symptomatisch ist hierbei, dass wieder einmal mehr über die Aktionen und vor allem
12 die Kritik an ebendiesen gesprochen wird als über das Ziel der aktuellen
13 Protestaktionen. Diese sind - absichtlich - sehr niedrig angesetzt: Die Einführung eines
14 Tempolimits auf deutschen Autobahnen sowie die Wiedereinführung des 9€ Tickets.
15 Forderungen also, denen wir uns guten Gewissens anschließen können.

16

17 Eine breite Koalition, von Liberalen über die Union bis zur AfD und leider auch Teile
18 unserer Partei, überbietet sich mit Forderungen nach einem harten und autoritären
19 Vorgehen. Gleichzeitig ist es auch an Lächerlichkeit nicht zu überbieten, wenn
20 friedliche Klimaaktivist*innen, die sich ohne Widerstand von der Polizei wegtragen
21 lassen, als "Klima-RAF" zur Bedrohung des Staates stilisiert werden. Dabei lässt sich
22 zum einem eine Radikalisierung in der Sprache feststellen, durch die die Gruppe
23 "Letzte Generation" sowie ihr Anliegen delegitimiert werden soll, zum anderen bewegt
24 die vielstimmige Aufhetzung in Form von Gewaltaufrufen und -fantasien manche
25 Menschen zum gewaltsamen Einschreiten. Schon mehrfach hat in der Geschichte der
26 Bundesrepublik rechte Hetze zu Gewalt an Demonstrierenden geführt. Friedlicher
27 Protest, der die Bundesregierung zum Handeln auffordert und verlangt, dass das

1 grundgesetzlich verankerte Ziel des Klimaschutzes eingehalten werden soll, kann
2 nicht verfassungsfeindlich sein. Die Fantasie, Blockierer*innen zu überfahren oder sie
3 von der Straße zu zerren ist hingegen nicht mit Gesetzen zu vereinbaren.

4

5 Dieses Verhalten hat reale Folgen: Aktivist*innen werden angegriffen. Politiker*innen
6 verschiedener Parteien träumen von längerem Polizeigewahrsam für Aktivist*innen.
7 Dabei ist die Frage, wie die Aktionen der "Letzten Generation" juristisch bewertet
8 werden müssen, noch nicht einmal geklärt. Die bayerische Staatsregierung steckte
9 trotzdem mehrere Aktivist*innen für Wochen in "Präventivgewahrsam". Diese
10 Maßnahme des PAG, ursprünglich mit dem Argument der Gefährder*innen verteidigt,
11 war und ist verfassungsfeindlich. Darüber hinaus macht sich die Staatsregierung
12 lächerlich, wenn sie Maßnahmen, die sie selbst für potentielle Gewalttäter*innen oder
13 Terrorist*innen vorgesehen hat, nun auf Klimaaktivist*innen anwendet. Dieses
14 Vorgehen zeigt, dass die CSU mit dem PAG ein Instrument geschaffen hat, um die
15 politische Opposition mundtot zu machen - ein Vorgehen, das eher an Autokratien
16 erinnert. Der immer wieder hervorgehobene sogenannte "Richtervorbehalt" suggeriert,
17 dass ein ordentliches Gerichtsverfahren stattgefunden hat. Stattdessen wird nur über
18 Formales entschieden, eine juristisch-inhaltliche Prüfung gibt es nicht.

19

20 Für uns zeigt sich daraus, was uns aufgrund unserer systemischen Analyse bewusst
21 ist: Wenn der Kapitalismus befürchten muss, dass ihn Teile der Gesellschaft
22 anzweifeln, schlägt die Stimmung schnell um. Freiheitsrechte werden eingeschränkt,
23 Aktivist*innen werden diffamiert, Gewalt wird gerechtfertigt.

24

25 Dabei sind früher oder später alle linken Kräfte bedroht. Wenn politische Rechte
26 eingeschränkt werden, wenn ziviler Ungehorsam kriminalisiert wird, betrifft das früher
27 oder später alle Teile der gesellschaftlichen Linken. Wenn sich der Kapitalismus
28 bedroht fühlt, zerschlägt er ohne Weiteres die Demokratie - und Konservative und
29 Rechtsliberale liefern sie gerne aus.

30 Es waren Sozialist*innen, die Freiheitsrechte durchgesetzt, umgesetzt und verteidigt
31 haben. Die Idee eines freiheitlichen Staates, der alle Menschen gleich und mit Würde
32 behandelt, ist eine sozialistische. In ihrer Tradition stehen wir an der Seite der letzten
33 Generation.

34

35 Für uns als Jusos steht allerdings fest, dass sich politischer Protest gegen Staat und
36 Kapital richten muss und systemische Kritik nicht den Personen schaden soll, die in
37 diesem System leben müssen und Zwängen ausgesetzt sind. Es ist nach unserer
38 Auffassung die richtige Motivation der letzten Generation, Aufmerksamkeit auf die
39 Klimakrise zu lenken und die politisch Handelnden unter Druck zu setzen, denn sie
40 sind diejenigen, die seit Jahrzehnten die notwendigen Maßnahmen verweigern. Den

U03

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Soziale Energiewende jetzt

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress,
Bezirksparteitag SPD Oberbayern, Landesparteitag
BayernSPD, Bundesparteitag SPD

1 Protest in Form von Straßenblockaden, der ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft,
2 lehnen wir hingegen ab. Statt zahlreiche Einzelpersonen sollten Wirtschaftskonzerne
3 blockiert werden und nicht die Arbeiter*innen, sondern das Kapital für die Missstände
4 verantwortlich gemacht werden. Die sozialökologische Wende kann nur als
5 fundamentale Kapitalismuskritik gelingen, dafür muss ein Schulterchluss zwischen
6 Aktivist*innen für Klimaschutz und den Arbeiter*innen vollzogen werden. Nicht der/die/
7 they Einzelne ist verantwortlich, sondern das Kapital, das dieses kapitalistische
8 System bedingt!

9
10 Als Jungsozialist*innen sind wir dennoch solidarisch mit den Aktivist*innen der
11 "Letzten Generation", die für ihren Protest Verleumdungen, Haft und Gewalt
12 ausgesetzt sind. Wir betonen deshalb unsere tiefe Ablehnung des
13 Polizeiaufgabengesetzes und des Systems der Präventivhaft.

14 Wir fordern außerdem die SPD auf, die mediale und politische Stimmungsmache
15 gegen die Aktivist*innen nicht zu unterstützen, sondern ihr klar und deutlich zu
16 widersprechen. Auch muss sich die SPD dem aktuellen Polizeirecht und weiteren
17 Verschärfungen entgegenstellen, damit demokratischer Protest nicht bestraft wird. Die
18 Ausformulierung eines sozialdemokratischen Sicherheitsbegriffes für die SPD, geleitet
19 von den Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, in dem zudem ein
20 sozialistisches, feministisches, antifaschistisches und internationalistisches
21 Verständnis von Staat und Gesellschaft als Leitmotiv verwirklicht wird, ist eine der
22 kommenden Aufgaben für uns als Jusos. Unsere bisherigen Beschlüsse in diesen
23 Fragen bekräftigen wir an dieser Stelle. Wir erwarten von der SPD eine Politik, die den
24 Ansprüchen des Klimaschutzes gerecht wird, die Forderungen nach einem Tempolimit
25 und der Wiedereinführung des 9€ Tickets muss unterstützt werden. Die SPD muss
26 liefern, "Klimakanzler" wird Olaf Scholz nicht durch ausufernde Sprechakte oder ein
27 Plakat, sondern durch eine Politik, die Klimaschutzmaßnahmen umsetzt. Besonders
28 von Jusos in Gremien und Parlamenten fordern wir dabei Unterstützung für diese
29 Positionen.

30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

1 Überblick:

2 Im November 2022 fand die UN-Klimakonferenz COP27 in Ägypten statt. Nach
3 zweiwöchigen Debatten und Verhandlungen einigten sich die teilnehmenden Staaten
4 am Ende auf eine gemeinsame Abschlusserklärung. Diese beinhaltet zwar ein
5 Bekenntnis zum 1,5 Grad Ziel, den Aufbau eines Fonds für Klimaschäden in ärmeren
6 Ländern sowie die Verbrennung von Kohle zu reduzieren, ein Ausstieg aus fossilen
7 Energieträgern wie Öl und Gas wurde jedoch nicht beschlossen. Letzteres sorgte für
8 Kritik seitens der EU und Deutschland. Außenministerin Annalena Baerbock äußerte
9 sich frustriert darüber, "Dass aufgrund der Blockade von einigen großen Emittenten
10 und ölproduzierenden Staaten überfällige Schritte zur Minderung und zum Ausstieg
11 aus fossilen Energien verhindert wurden. [...]"^[1]. Gleichzeitig hat es die
12 Bundesregierung seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vor bald einem Jahr
13 nicht geschafft, eine unabhängige, krisensichere und regenerative Energieversorgung
14 aufzubauen oder auch nur die gesetzlichen Bedingungen dafür zu schaffen. Vielmehr
15 hat Deutschland sich weiterhin von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl aus
16 Unrechtsstaaten wie Saudi-Arabien oder Katar abhängig gemacht und den Anteil der
17 Kohle an der Stromversorgung im 1. Halbjahr 2022 um 17,2 % gegenüber dem
18 Vorjahreszeitraum erhöht.^[2]

19

20 Gleichzeitig können sich immer mehr Menschen die Energie- und Stromkosten nicht
21 mehr leisten, während die Energiekonzerne ihre Gewinne weiter steigern.^[3] Es
22 erfordert daher sofortige Maßnahmen, um den Kampf gegen die Klimakrise, der
23 internationalen Solidarität gegenüber der von der Klimakrise am schwersten
24 betroffenen Menschen und einer sozialen, unabhängigen, öffentlichen und
25 bezahlbaren Energieversorgung für zukünftige Generationen gerecht zu werden.

26

27 Forderungen:

1 **Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand**

2 Die aktuelle Krise und die dadurch steigenden Energiekosten zeigen einmal mehr,
3 dass gerade die grundlegende Daseinsvorsorge nicht auf marktpolitischen
4 Gegebenheiten basieren darf. Inflation und die Verarmung großer Teile der
5 Bevölkerung sind die Folgen einer Energieinfrastruktur, die auf privatisierten
6 Energieversorgern und der Abhängigkeit fossiler Energieträger aus Unrechtsstaaten
7 wie Russland, Saudi-Arabien oder Katar abhängt. Diese Gegebenheiten bestätigen
8 unsere jahrelangen Forderungen, dass die Daseinsvorsorge, die auch die Versorgung
9 mit Wärme und Strom impliziert, in öffentliche Hand gehört. Die Sicherstellung einer
10 regenerativen Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt daher
11 als oberste Priorität nicht nur im Kampf gegen die Klimakrise, sondern auch für eine
12 bezahlbare Wärme- und Stromversorgung und die Unabhängigkeit gegenüber Öl- und
13 Gas-produzierenden Staaten.

14 Das Ziel muss mittelfristig der Wandel von einer privatisierten, marktorientierten
15 und fossilen Energieversorgung zu einer öffentlichen, demokratisch-verwalteten und
16 regenerativen Energieversorgung vor Ort sein.

17

18 **Beteiligung der Bürger*innen an Energie-Projekten**

19 Um mehr Akzeptanz von Energie-Projekten vor Ort in den Städten und Kommunen zu
20 schaffen, bedarf es einer Miteinbeziehung und Mitbestimmung der Menschen vor Ort.
21 Dies muss entweder durch Energieprojekte in öffentlicher oder kommunaler Hand
22 erfolgen oder durch genossenschaftliche Projekte der Bürger*innen selbst. So lassen
23 sich einerseits Vorbehalte gegenüber den Projekten, wie beispielsweise
24 Windkraftanlagen in der Nähe von Ortschaften, die von privaten und anonymen
25 Konzernen errichten, abbauen, andererseits können die Bürger*innen auch direkt vom
26 Erfolg der Projekte profitieren. Des Weiteren können Entscheidungen gemeinsam und
27 demokratisch getroffen und so die Akzeptanz für die Energiewende gesteigert werden.
28 Der Kampf gegen die Klimakrise und für eine unabhängige, regenerative
29 Energieversorgung muss immer unter Einbeziehung und Mitbestimmung der
30 betroffenen Menschen stattfinden!

31

32 **Jährliche Investitionen für eine unabhängige Energieversorgung vor Ort**

33 Um die Energie- und Stromversorgung in öffentliche, kommunale oder
34 genossenschaftliche Hand zu überführen und so krisensicher zu gestalten, benötigt es
35 Investitionen, die nicht durch die Kommunen selbst gestemmt werden können. Zudem
36 müssen diese so schnell wie möglich erfolgen, um keine Zeit beim Ausbau einer
37 regenerativen Energieversorgung zu verlieren. Es werden daher jährliche Investitionen
38 von 5% des Bruttoinlandsprodukts benötigt, welche zum sofortigen Ausbau einer
39 öffentlichen, kommunalen und/oder genossenschaftlichen Energieversorgung in den
40 Städten und Gemeinden genutzt werden können. Diese müssen in den bestehenden

1 Klima- und Transformationsfonds (KTF) eingezahlt werden, der aktuell nur
2 "insbesondere Maßnahmen, die geeignet sind, die Transformation Deutschlands zu
3 einer nachhaltigen und klimaneutralen Volkswirtschaft voranzutreiben"^[4], unterstützt.
4 Es werden daher nur Anreize gesetzt und Investitionen von Unternehmen und
5 Privatpersonen gefördert. Zudem können auch "energieintensive Unternehmen
6 Zuschüsse erhalten, um emissionshandelsbedingte Erhöhungen von Strompreisen
7 auszugleichen." Dies führt dazu, dass Unternehmen mit einer hohen CO2-Bilanz die
8 Kosten für die dafür benötigten CO2-Zertifikate praktisch erstatten lassen, was nicht zu
9 einer echten Transformation in Richtung klimaneutraler Energieversorgung führt. Für
10 die Zukunft dürfen die Gelder des KTFs nur zum Ausbau einer wirklichen
11 Energiewende nutzbar sein und können daher nur für den Aufbau, Umbau, die
12 Erweiterung oder Förderung einer regionalen, regenerativen Energieversorgung in
13 100%iger öffentlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Hand ohne
14 Gewinnstreben abgerufen werden. Der KTF muss daher mit den nötigen Mitteln und
15 Kreditemächtigungen ausgestattet werden, um die benötigten Investitionen tätigen zu
16 können. Die Energiewende erfordert einen starken, handelnden und investierenden
17 Staat. Dadurch muss die zukünftige Energiesicherheit gewährleistet, eine
18 Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern insbesondere aus Unrechtsstaaten erzielt
19 und Preissteigerungen aufgrund von marktpolitischen Gegebenheiten verhindert
20 werden. Die Energieversorgung wird so als Teil der Daseinsvorsorge wieder
21 vollständig in öffentliche Hand überführt und die Energiewende mit dem Ausstieg aus
22 fossilen Energieträgern (Öl, Gas, Kohle, Atomkraft) vorangetrieben. Zudem ist eine
23 Ausweisung von 2% der Landesfläche jedes Bundeslandes für Windenergie an Land,
24 gemeinsam durch Beteiligung der Menschen vor Ort an den Projekten nötig. Importe
25 von fossilen Energieträgern aus Unrechtsstaaten müssen schrittweise reduziert und in
26 Zukunft komplett verboten werden. Auch die Privatisierung von öffentlicher und
27 genossenschaftlicher Energieinfrastruktur muss verhindert werden und die
28 Vergesellschaftung von bestehenden privaten Energieversorgern erfolgen. Um eine
29 Unabhängigkeit der gesamten Europäischen Union von fossilen Energielieferungen
30 und ein vollständige Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es zudem einer Ausweitung
31 des Modells auf EU-Ebene. Es muss das gemeinsame Ziel sein, dass die Menschen
32 durch eine Abgabe von Wärme und Strom zum günstigen Selbstkostenpreis und
33 Entkopplung der Preise vom nationalen und internationalen Energiemarkt profitieren.
34 Die Energiewende muss sozial-gerecht erfolgen und darf nicht zum Profit weniger
35 führen!

36

37 **Klimagerechtigkeit schaffen**

38 Die weltweite Verteilung der CO2-Emissionen zeigt die Ungerechtigkeit der Klimakrise.
39 Während die G20-Staaten für 81% der weltweiten CO2-Emissionen im Jahr 2021
40 verantwortlich waren^[5], treffen die Auswirkungen der Klimakrise insbesondere die

1 ärmsten Länder und Menschen zuerst. Die reichsten 1% der Weltbevölkerung
2 verursachten im Jahr 2019 mit 16,9% mehr als die ärmsten 50% der Weltbevölkerung
3 mit 11,5%.^[6] Diese Zahlen zeigen, dass der menschengemachte Klimawandel nicht nur
4 eine ökologische, sondern auch eine soziale Krise ist und die soziale Ungerechtigkeit
5 einmal mehr verdeutlicht. Reiche und Superreiche sind auch in den Industrieländern
6 mit ihrem exzessiven Konsum um ein Vielfaches klimaschädlicher als Ärmere. Dieses
7 klimaschädliche Verhalten können wir uns nicht mehr leisten, daher muss das
8 Privatvermögen der Superreichen durch Vermögensabgaben und Klimasteuern auf ein
9 klimaverträgliches Maß herunter geschrumpft werden. Auch die
10 Unternehmensvermögen der fossilen (Energie-)Konzerne müssen daher reduziert
11 werden, da dieser Wohlstand auf dem Rücken des Klimas erwirtschaftet wurde. Der
12 Kampf gegen den Klimawandel ist auch der Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit.
13 Für uns Jusos ist daher klar: Die Bekämpfung der Klimakrise muss sozial-gerecht und
14 durch politische Maßnahmen erfolgen und ist keine private, individuelle Entscheidung
15 von Einzelpersonen. Klimakampf bedeutet Klassenkampf!

16

17

18 ^[1][https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/klimakonferenz-cop27-eu-
19 abschlusserklärung-klimawandel-101.html](https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/klimakonferenz-cop27-eu-abschlusserklärung-klimawandel-101.html)

20 ^[2][https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/
21 _inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/_inhalt.html)

22 ^[3][https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/energiekonzern-rwe-steigert-gewinn-
23 deutlich/28800410.html](https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/energiekonzern-rwe-steigert-gewinn-deutlich/28800410.html)

24 ^[4][https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-sondervermoegen-
25 energie-klima-891886](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-de-sondervermoegen-energie-klima-891886)

26 ^[5][https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/
27 umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html)

28 ^[6] <https://www.nature.com/articles/s41893-022-00955-z>

29 ^[7][https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/
30 umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html)

31

32 **Begründung**

33 Deutschland ist mit 8,1 Tonnen je Einwohner auf Platz 9 der größten CO2-
34 verursachenden Staaten. Die EU-27 Länder liegen mit einem Pro-Kopf-Ausstoß von
35 6,3 Tonnen CO2 auf Platz 11^[7]. Sowohl Deutschland als auch die Europäische Union
36 tragen daher eine enorme Verantwortung hinsichtlich der Klimakrise. Um den
37 Forderungen gegenüber anderen Staaten und dem eigenen Beitrag zur Bekämpfung
38 der Klimakrise gerecht zu werden, müssen die Emissionen schnellstmöglich auf null
39 gesenkt werden. Zudem ist eine öffentliche, kommunale und regenerative
40 Energieversorgung eine Investition für eine sichere Energieversorgung, von der auch

1 zukünftige Generationen profitieren. Die Mitbestimmung und Beteiligung der
2 Menschen vor Ort an den Energieprojekten führt auch zu mehr Akzeptanz innerhalb
3 der Bevölkerung. Denn: Eine bezahlbare und unabhängige Nahversorgung muss allen
4 Menschen zugutekommen. Niemand soll sich Strom und Wärme nicht mehr leisten
5 können, während Energiekonzerne aufgrund der Energiekrise und steigender Preise
6 Milliarden-Gewinne erwirtschaften. Daher ist die Entkopplung der Wärme- und
7 Strompreise voneinander und dem (welt-) marktwirtschaftlichen Geschehen
8 notwendig, um eine echte Unabhängigkeit und bezahlbare Preise ohne
9 Gewinnmargen zu erreichen. Aufgrund der Dringlichkeit durch das schnelle
10 Voranschreiten der Klimakrise und deren Auswirkungen müssen jetzt effektive
11 Maßnahmen und Schritte erfolgen. Ein effektiver Klimaschutz muss daher in kurzer
12 Zeit sozial und gemeinsam mit den Menschen realisiert werden.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

U04

Bezirkskonferenz Jusus Oberbayern

15. Januar 2023

Still und starr ruht die Schneekanone

Antragsteller*innen
Jusus München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusus Oberbayern,
Landeskonferenz Jusus Bayern

1 Wir fordern ein Verbot von künstlicher Beschneigung, sowie des Einsatzes von
2 Sitzheizungen in Liften in allen Skigebieten Bayerns mit sofortiger Wirkung. Als
3 Ausgleich für Einnahmeausfälle, die teilweise existenzbedrohend sein können, soll es
4 kurzfristige Sonderhilfen für die Skigebiete geben, die eine Umstellung auf sanften
5 Tourismus ermöglichen.

6 Langfristig wollen wir eine Transformation des Alpentourismus erreichen. Deshalb soll
7 Nachhaltigkeit ein Kriterium für Mittel aus der Seilbahnförderung werden – zum
8 Beispiel durch Umstellung auf Ganzjahrestourismus oder Ausbau der Erreichbarkeit
9 mit dem ÖPNV. Künstliche Beschneigung soll nicht weiter mit diesen Mitteln gefördert
10 werden.

11 12 **Begründung**

13 Die Produktion von Kunstschnee ist wasser- und energieintensiv. Etwa 20.000 KWh
14 Strom wird für die Beschneigung von einem Hektar benötigt - in Bayern rechnet sich das
15 in einem Jahr auf etwa 7,2 Millionen KWh auf. Zum Vergleich: Ein typischer Vier-
16 Personen-Haushalt verbraucht etwa 4000 KWh auf das Jahr gerechnet.

17 Gerade in diesem Jahr, in dem Energieverbrauch priorisiert werden muss, können wir
18 uns das gesellschaftlich nicht leisten. Skifahren ist ein Luxusgut, was sich gerade
19 Menschen, die von hohen Energiepreisen besonders getroffen werden, gar nicht
20 leisten können. Skipass, Anreise, Equipment, Essen in der Hütte: Für viele Familien ist
21 der Traum von dynamischen Schwüngen durch weiße Landschaft ein unerreichbarer
22 Traum.

23 Energieeinsparungen von Privatpersonen zu fordern, während an anderer Ecke
24 energieintensive Schneekanonen oder Lifte mit Sitzheizung betrieben werden, ist nicht
25 haltbar.

26
27 Auch die weiteren Umweltaspekte von Schneekanonen sind enorm. Sie haben einen
28 hohen Wasserverbrauch und auch die Folgen des Wassermangels sind in vielen

1 Teilen Bayerns schon deutlich sichtbar. Zusätzlich führen die andere Konsistenz des
2 Kunstschnees sowie die notwendigen weitreichenden baulichen Veränderungen zu
3 Schäden an der Natur. Wir wollen deshalb erreichen, dass auch nach dieser Saison
4 keine weitere Förderung von Schneekanonen mehr stattfindet.

5
6 In Bayern wird eine Transformation des Wintertourismus ohnehin notwendig sein, denn
7 viele insbesondere kleinere Skigebiete sind jetzt schon nicht mehr rentabel.
8 Möglichkeiten bieten sich zum Beispiel durch den ganzjährigen Betrieb von Seilbahnen
9 oder ein verstärktes Angebot von alternativen Ganzjahresaktivitäten. Anhand solcher
10 Aspekte soll sich deshalb in Zukunft auch die Seilbahnförderung orientieren.

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

U05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Wasserversorgung sicherstellen

Antragsteller*innen

Jusos München-Stadt

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskongress Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag,
SPD Landesparteitag,

1 Wasser ist ein knappes, wertvolles und lebensnotwendiges Gut. Durch die
2 Verschärfung und das Voranschreiten der Klimakrise stehen wir in naher Zukunft
3 sowohl international als auch in unserer Nachbar*innenschaft Auseinandersetzungen
4 um Wasser bevor. Deshalb ist es für uns wichtig, politische Antworten zu finden
5 und frühzeitig die Weichen zu stellen, dass Wasser auch langfristig in guter Qualität für
6 die jeweilig notwendigen Zwecke zur Verfügung steht.

7 **Trinkwasser als lebensnotwendiges Gut in hoher Qualität sichern**

8 Die Bereitstellung von Trinkwasser ist ein essenzieller Teil der staatlichen
9 Daseinsvorsorge. Dieses oberste Gebot der öffentlichen Trinkwasserversorgung darf
10 nicht in Frage gestellt werden. Privatisierung und Entstaatlichung stellen wir uns
11 immer klar entgegen. Besonders im Fall von Trinkwasser, denn wir wollen
12 eine krisenfreie Wasser-Versorgung zukünftiger Generationen sicherstellen.

13 **Schutz von Wasservorkommen und lokale Wasserversorgung**

14 Für uns ist klar, dass Trinkwasser in Bayern dort angeboten werden muss, wo es auch
15 herkommt. Regionalität ist dazu die vorderste Prämisse. Das Wasserhaushaltsgesetz
16 in Kombination mit der Bayerischen Gemeindeordnung setzen diese
17 ortsnahe Trinkwasserversorgung durch die Kommunen bereits um.

18 Wir wollen, dass auch weiterhin Trinkwasser bevorzugt aus **besonders geschütztem**
19 **Grundwasser in der Region** der Verbraucher*innen gewonnen und **möglichst**
20 **naturbelassen zu niedrigen und immer bezahlbaren Preisen** geliefert wird.
21 Dieser Vision folgend, muss auch unter den künftigen Herausforderungen Trinkwasser
22 in ausreichender Menge und einwandfreier Beschaffenheit durch eine naturnahe
23 Wassergewinnung bereitgestellt werden.

24 Zum Schutz vor Einträgen müssen **mehr adäquate Wasserschutzgebiete in Bayern**
25 ausgewiesen oder an lokale Bedingungen angepasst werden. Darüber hinaus
26 müssen Wasserschutzgebiete dauerhaft erhalten werden. Nur so kann eine ortsnahe
27 Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Dazu braucht es aber nicht nur die
28 Ausweisung von Schutzgebieten sondern auch entsprechende **Kontrollsysteme** mit

1 entsprechender **Personalausstattung**, die wir für die Kommunen einfordern.
2 Die Festsetzungsverfahren von Wasserschutzgebieten muss durch
3 neue administrative und rechtliche Strukturen deutlich **beschleunigt** werden. Hier ist
4 auch der Schutz vor Nitratverseuchung zu berücksichtigen, dafür braucht es strikte
5 Düngeverordnungen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Senkung der
6 zulässigen Nitratkonzentration und PFOA-Konzentration im Trinkwasser ein. Um die
7 Wasserentnahme zukunftssicher zu gestalten, müssen bestehende **Bewilligungen**
8 **zur Wasserentnahme** angesichts der Klimafolgen entsprechend angepasst und
9 aktualisiert werden.

10 Das Konzept einer naturnahen Wassergewinnung via **Uferfiltrat** **sehen wir kritisch**,
11 solange es keine deutliche Reduktion von Einträgen chemischer Stoffe aus
12 Einleitungen wie kommunalen Kläranlagen oder Quellen wie Agrarchemikalien,
13 Luftimmissionen und Altlasten in die Oberflächengewässer gibt. Der Eintrag
14 von Stoffen muss konsequenter abgewendet werden. Landwirtschaftliche Einträge,
15 insbesondere Stickstoff, verseuchen jetzt schon vielerorts das Trinkwasser aufgrund
16 zu hoher **Nitratkonzentrationen**. Auch der Eintrag von Stoffen wie **PFOA** durch die
17 chemische Industrie ins Trinkwasser ist in Bayern Realität. Dem muss entschlossen
18 entgegengewirkt werden. Dort wo Stoffe wie PFOA im Trinkwasser nachgewiesen
19 werden können, muss die Aktivkohlefilterung sichergestellt werden. Wo immer
20 Einträge entstehen oder entstanden sind, sind die Kosten der Aufbereitung
21 des Wassers entsprechend dem **Verursacher*innenprinzip** zu organisieren. So
22 sollen beispielsweise Industrieunternehmen, die für Stoffe im Wasser verantwortlich
23 sind, für die Kosten aufkommen.

25 **Wasserverteilung regeln, zusätzliche Wasserquellen erschließen**

26 Wir wollen das Wasser trotz der klimatischen Veränderungen
27 als **Grundversorgung** für alle Menschen zur Verfügung steht. Jedoch ist uns auch
28 bewusst, dass angesichts einer zunehmenden Verknappung von Wasser in vielen
29 Regionen es auch rigorosere **Wassersparmaßnahmen** braucht. Diese Maßnahmen
30 müssen zuerst in der **Landwirtschaft und Industrie** umgesetzt werden, da sie
31 den größten Hebel darstellen.

33 Um Nutzungskonflikten von Trink- und Brauchwasser vorzubeugen, wollen wir die
34 Möglichkeiten der Substitution von Teilmengen durch **Regenwasser oder recyceltes**
35 **Wasser** verstärken. Wir wollen den Bau von Regenwasserzisternen für urbane
36 Bewässerungszwecke vorantreiben. Bei Neubaumaßnahmen muss der
37 örtliche Bebauungsplan in Gebieten mit Wasserknappheit Regenwasserzisternen
38 enthalten. Wo möglich sollen im bestehenden urbanen Raum Regenwasserzisternen
39 nachgerüstet werden.

40

1 Bayern braucht einen Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft. In Zukunft braucht
2 es eine regionale Wasserbewirtschaftungsplanung. Diese muss auch zwischen
3 verschiedenen Sektoren vermitteln, insbesondere Gewerbe, Industrie, Schifffahrt ,
4 Stromerzeugung und Landwirtschaft müssen neu gedacht werden, um
5 die Trinkwasserversorgung in keinem Fall zu gefährden. Auch deshalb erteilen wir
6 der **kommerziellen Vermarktung** von Wasser, insbesondere von **Tiefenwasser** und
7 Wasser aus schwer erneuerbaren Vorkommen eine klare Absage.

8 Die Wassersicherheit basiert immer auf den natürlichen erneuerbaren
9 Wasservorkommen, welche durch **unabhängige und redundante Standbeine** in der
10 Versorgung abgesichert sind. Neben regionalen Versorgungsstrukturen wollen wir als
11 Rückfallebene auch überregionale Verbünde, wie **Fernwasserversorgungen**, um
12 lokale Engpässe auszugleichen. Deshalb setzen wir uns in Bayern für die Etablierung
13 kommunaler Wasserversorgungsverbände ein und stärken die interkommunale
14 Zusammenarbeit. Außerdem wollen wir über die Bundesländergrenze hinaus
15 Notüberleitungen etablieren, um in Härtefällen Kapazitäten besser zu verteilen.

16 Um die überregionale Zusammenarbeit zu verbessern und um die über 2000 einzelnen
17 Unternehmen, die an der Wasserversorgung beteiligt sind zusammenzubringen,
18 braucht es zusätzlich zu den lokalen Wasserbewirtschaftungsplanungen auch
19 einen Landeswasserversorgungsplan.

20 Die Wasser-Infrastruktur der einzelnen Gemeinden ist größtenteils mehrere
21 Jahrzehnte alt. Der Freistaat muss hier ein Wasserinfrastrukturmodernisierungs-
22 Förderprogramm aufbauen, um Investitionsstau zu vermeiden und sicherzustellen,
23 dass die Wasserversorgung in den Kommunen zukunftssicher ist.

24 **Schwammstadt und Schwammdorf –Wasserversorgung in der** 25 **Stadtentwicklung und Bauplanung mitdenken**

26 Wir setzen uns für die sogenannte **Schwammstadt** und das **Schwammdorfs** ein. Die
27 Schwammstadt verbessert gleichzeitig das Stadtklima, die Biodiversität sowie die
28 Möglichkeit, sich in der Stadt zu erholen und Natur zu erleben. Sie trägt dadurch zu
29 Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen.

30 In der „Schwammstadt“ bzw. dem „Schwammdorf“ werden Niederschläge – soweit
31 möglich – direkt dort wo sie anfallen, in Grünflächen gespeichert, gereinigt, versickert,
32 verdunstet oder wiederverwendet, etwa zur Bewässerung. Dazu muss das bestehende
33 Kanalnetz angepasst werden. Entscheidend für die Umsetzung der Schwammstadt ist
34 eine verbesserte und frühzeitigere **Integration der Wasserwirtschaft in die**
35 **Stadtentwicklungsplanung** mit ihren Bezügen zu
36 Bauleitplanung, Landschaftsplanung und Raumordnung.

37 Die Umgestaltung zur Schwammstadt betrifft alle Siedlungsbereiche. **Vordringlich**
38 **müssen aber hochversiegelte Bereiche**, wie Innenstädte, Gewerbe- und
39 Industriegebiete behandelt werden. Für die Umsetzung
40 der **Schwammstadt** sind **grüne Freiräume** als eine unverzichtbare **grüne**

1 **Infrastruktur** zu entwickeln. Die grüne Infrastruktur bezieht alle öffentlichen
2 und privaten Freiflächen ein.

3 Dem Schutz und der Entwicklung der städtischen **Baumbestände** muss dabei, wegen
4 ihrer hohen klimatischen Leistungen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet
5 werden. Wir wollen, dass grüne Infrastruktur zur **kommunalen Pflichtaufgabe** wird
6 und im Landesentwicklungsprogramm verankert ist. Der Freistaat soll auf **eine**
7 **Anpassung der Bau- und Wasserhaushaltsgesetzgebung** des Bundes hinwirken.
8 Vor allem sollten in Bayern gesetzliche Vorgaben geschaffen werden, um die
9 Umsetzung des Schwammstadtkonzepts zu beschleunigen und
10 Hindernisse abzubauen. Die Einführung eines wasserwirtschaftlichen Begleitplans soll
11 dazu als Maßgabe vom Freistaat etabliert werden, um eine wasserbewusste
12 Bauleitplanung zu gewährleisten.

13 Einträge von umweltschädlichen Stoffen in den Wasserkreislauf, wie z.B. durch
14 Zigaretten oder gewerblicher Abfallprodukte sollen gegen Null verringert werden. Dazu
15 müssen **Maßnahmen zur Nullemission** bei den Verursachern – sowohl Direkteinleiter
16 als auch Indirekteinleiter – etabliert werden. Das gilt ebenso für eine weitergehende
17 Abwasserbehandlung. Durch diese Maßnahmen kann qualitativ hochwertiges
18 Nutzwasser als eine **unabhängige alternative Wasserressource für Bewässerung**
19 **und andere Brauchwassernutzungen/Grauwassernutzung** zur Verfügung gestellt
20 werden.

21 Die **Prinzipien der Kreislaufwirtschaft** müssen auch im Bereich
22 der Wasserwirtschaft konsequent befolgt werden. Sachgerechte Wiederverwendung
23 oder Nutzung von Regenwasser bieten alternative Ressourcen für die Bewässerung
24 landwirtschaftlicher und urbaner Flächen. Eine weitere Zunahme
25 der **Flächenversiegelung muss stark eingeschränkt werden**. Die Festsetzung
26 von „**Grünkennwerten**“, die für die unterschiedlichen Siedlungsgebiete angibt, wie
27 hoch der verpflichtende Anteil von Grünflächen mit quantifizierbaren ökologischen
28 Leistungen sein muss, um sinnvoll wirksam zu sein, muss für Kommunen verbindlich
29 werden. In Gebieten mit Wasserknappheit sollte bei städtischen, gewerblichen und
30 privaten Neuplanungen ein **innerhäusliches Brauchwassersystem und der**
31 **Ausbau einer dezentralen Regenwasserspeicherung** verpflichtend vorgeschrieben
32 werden.

VO1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Erhöhung der Anwohnerparkgebühren in Bayern als kommunales Steuerungswerkzeug

Antragsteller*innen
Jusos Ingolstadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskongress Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag,
SPD Landesparteitag,

1 Aktuell betragen bayernweit die Kosten für einen Bewohnerparkausweis zwischen
2 10,20 und 30,70 € pro Jahr und pro Fahrzeug. Anwohner*innen städtischer Quartiere
3 können einen solchen Bewohnerparkausweis von der Kommune ausstellen lassen,
4 wenn deren Parkraum wegen erheblichem Parkraumangel bewirtschaftet wird. Die
5 extrem geringen monatlichen Kosten von 0,85 bis 2,56 € pro Monat sind ein viel zu
6 niedriger Preis für die Belegung von meist kostbarem innerstädtischem öffentlichem
7 Raum und nehmen den Kommunen jegliche finanzielle Steuerungsmöglichkeit zur
8 Verlagerung von Parkverkehr an einen anderen Ort wie beispielsweise Parkhäuser
9 und Tiefgaragen. Andere Bundesländer wie beispielsweise Baden-Württemberg
10 haben die im Jahr 2020 erfolgten Änderungen im Straßenverkehrsgesetz (StVG)
11 bereits genutzt, um rechtliche Rahmenbindungen für eine deutliche Erhöhung der
12 Parkgebühren durch die Kommunen zu gewähren.

13 Daher fordern wir:

- 14 • Durch eine bayrische (Delegations-)Verordnung sollen die rechtlichen
15 Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche es den Kommunen ermöglichen,
16 deutlich höhere Tarife für Bewohnerparkausweise zu verlangen. Der öffentliche
17 Raum in Innenstädten ist viel zu kostbar, um weiträumig als billigster Parkraum
18 genutzt zu werden. Diese Preiserhöhungen sollen dabei Menschen mit
19 eingeschränkter Mobilität oder den Liefer- und Baustellverkehr aus sozialen und
20 wirtschaftlichen Gründen nicht einschränken.
- 21 • Die Anzahl der vergebenen Parkausweise soll auch durch eine Vergabepaxis der
22 Kommunen nach klareren Kriterien reduziert und stärker kontrolliert werden. Zur
23 Beantragung für eine Person mit Wohnsitz in einem der betroffenen Stadtgebiete
24 zusätzlich zum Fahrzeugschein/Haltererklärung/Leasingvertrag soll ein Nachweis
25 des fehlenden privaten Parkgrundes erforderlich werden. Auch soll es Zielsetzung
26 sein, dass nur ein Bewohnerparkausweis pro Haushalt herausgegeben wird. Die
27 Umsetzung sozialverträglicher Preisstaffelungen ausgehend von der
28 Fahrzeuggröße/Flächenverbrauch soll geprüft werden.

- 1 • Den Kommunen soll damit auch ein Werkzeug bereitgestellt werden, um die
2 Anzahl der Anwohnerstellplätze im öffentlichen Raum kontinuierlich zu reduzieren
3 oder zu verlagern und den gewonnen Raum aufzuwerten. Die Aufwertung des
4 öffentlichen Raums soll dabei nach Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und des
5 Stadtklimas erfolgen. Die finanziellen Mittel hierzu sollen auch durch die erhöhten
6 Einnahmen aus Parkgebühren erbracht werden.
- 7 • Die Erhöhung der Anwohnerparkgebühren muss durch eine Neuordnung des
8 innerstädtischen Straßenraums begleitet werden. Lebenswerte urbane
9 Umgebungen entstehen durch den Ausschluss von Pkw und die Förderung
10 klimafreundlicherer und sozialerer Verkehrsmittel wie dem ÖPNV, dem Scooter-
11 und Radverkehr und vor allem den Fußgänger*innen. Weggefallene Parkplätze
12 sollen durch geeignete Begrünung (beispielsweise Mikrowälder), durch
13 Sitzgelegenheiten (auch Parklets), durch Außengastronomie und durch
14 Abstellmöglichkeiten umweltfreundlicherer Verkehrsmittel ersetzt werden.

16 Begründung:

17 Der Gebührenrahmen für Bewohnerparkausweise ist in Bayern seit 1993 unverändert
18 ohne jeglichen Inflationsausgleich. Zahlreiche Interessenvertretungen wie die
19 deutsche Umwelthilfe oder auch der bayrische Städtetag sprechen sich für eine
20 Erhöhung der Parkgebühren mit Obergrenzen zwischen 200€ und über 360€ pro Jahr
21 aus. Bisher ist jedoch von der aktuellen bayerischen Landesregierung und dem dafür
22 zuständigen Innenministerium noch kein Vorschlag zu einer zukünftigen Verordnung
23 eingebracht worden. Die Gebühren für Bewohnerparkausweise liegen deutlich unter
24 den Kosten für Parken in öffentlichen oder privaten Tiefgaragen und Parkhäusern.
25 Auch verweist die Deutsche Umwelthilfe darauf, dass die aktuellen Gebühren nicht die
26 Kosten für Verwaltungsaufwand, Reinigung und Instandhaltung decken. Es ist zudem
27 aufgrund des niedrigen Preises keine Lenkungswirkung hin zu nachhaltigeren
28 Verkehrsmitteln oder zu bereits existierenden Parkinfrastrukturen erzielbar. In anderen
29 europäischen Ländern liegen die jährlichen Anwohnerparkgebühren bei teilweise weit
30 über 1000 €, in Deutschland ist zurzeit Freiburg mit bis zu 360 € einer der Spitzenreiter.
31 Daher muss auch in Bayern Kommunen zumindest der Gestaltungsspielraum geboten
32 werden, die Anwohnerparkgebühren zu erhöhen und an die Bedürfnisse der eigenen
33 Stadt anzupassen.

34 Die Vergabepaxis der Bewohnerparkausweise soll auch über die dafür erforderlichen
35 Dokumente und Nachweise eingeschränkt werden. Hierbei soll neben dem
36 Fahrzeugschein, einer Haltererklärung oder einem Leasingvertrag auch das Fehlen
37 einer eigenen Garage oder eines privaten Stellplatzes nachgewiesen werden müssen.
38 Jeden Haushalt darf dabei nur einen Bewohnerparkausweis für ein einzelnes
39 Fahrzeug beantragen. Die Erfassung und der Verwaltungsakt sollen zukünftig so
40 angepasst werden, dass Daten zur Fahrzeuggröße und dem damit verbundenen

VO2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

15. Januar 2023

Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende

Antragsteller*innen
Jusos München-Stadt

Adressat*innen
Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Jusos Bundeskongress, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

1 Flächenverbrauch als Grundlage für eine sozialverträgliche Preisstaffelung
2 herangezogen werden können. Größere Fahrzeuge sollen die Halter*innen mehr
3 kosten, da damit auch eine größere Fläche des öffentlichen Raums beansprucht wird.

4 Parkplätze unter freiem Himmel in Innenstädten sorgen sowohl für Verkehrsströme
5 hin- und weg zum Parkplatz und erschweren somit eine weitere Verkehrsberuhigung
6 als auch für die Blockade wertvollen öffentlichen Raum für alle Menschen durch die
7 privaten Fahrzeuge einiger weniger Menschen. Weniger Pkw sorgen für mehr Platz,
8 weniger Emissionen, weniger Lärm und mehr Sicherheit, Nachhaltigkeit und
9 Umweltschutz. Der aktuell durch parkende Fahrzeuge besetzte Raum kann zur
10 Stadtbegrünung mit der Zielsetzung der Verbesserung des lokalen Mikroklimas
11 (Innenstädte sind aufgrund der dichten Bebauung Hitze-Schwerpunkte), zur Schaffung
12 von Abstellmöglichkeit für verschiedenste Sharinganbieter (Fahrräder, E-Scooter, auch
13 Carsharing) und für die privaten Fahrräder (Lastenräder miteingeschlossen) und zur
14 Gestaltung von Plätzen mit hohem Aufenthaltswert genutzt werden. Der höhere
15 Aufenthaltswert entsteht durch ein Zusammenspiel an öffentlichen Sitzmöglichkeiten
16 für alle Generationen, durch Außengastronomie an geeigneten Stellen und durch eine
17 optisch ansprechende und mobilitätsgerechte Gestaltung.

18
19 Die Mittel für solche urbanen Gestaltungsmaßnahmen können hierbei über die
20 erhöhten Anwohnerparkgebühren und durch eine Angleichung der verbleibenden
21 Parkgebühren an die Kosten der ÖPNV-Tarife erreicht werden. Auch weitere
22 Förderprogramme zur Aufwertung der Innenstädte durch den Freistaat Bayern zur
23 Wirtschafts- und Tourismusförderung sollten diese Maßnahmen mittragen.

24 Die Parkgebühren sollen aber auch die Bedürfnisse von Anwohnenden und
25 Gewerbetreibenden in den Zentren berücksichtigen. Ziel der Erhöhung soll vorrangig
26 die Lenkungswirkung sein. Das bedeutet auch, dass die Städte verbilligte Stellplätze
27 in häufig nur gering ausgelasteten öffentlichen Tiefgaragen oder Stellplätzen für
28 Anwohner anbieten können. Die Preisdifferenz soll als Motivation zur Verlagerung des
29 eigenen Parkplatzes von der Straße in eine benachbarte Parkinfrastruktur dienen.
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

1 Mitglieder der Jusos München, der IG Metall Jugend München und von Fridays for
2 Future München haben auf einem gemeinsamen Seminar über die Transformation der
3 Automobilindustrie diskutiert. Dabei haben wir gelernt, dass es sowohl bereichernd
4 als auch anstrengend ist, den eigenen Organisationshintergrund zu verlassen.
5 Gleichzeitig Verbindendes zu bestärken und Trennendes zu überwinden ist eine
6 notwendige Voraussetzung für eine demokratische Veränderung unserer Gesellschaft.

Gemeinsame Ausgangsanalyse: Die Klimakrise und die Notwendigkeit zu Handeln

9 Die Klimakrise bedroht unsere Welt existenziell. Wir sind uns darüber einig, dass die
10 aktuellen Zustände radikale Antworten erfordern. Wir sind uns auch darüber einig,
11 dass die Antworten Politische sein müssen. Die Verhaltensänderung von Individuen ist
12 nicht ausreichend und deshalb nicht geeignet, um die Klimakrise aufzuhalten.

13 Unterschiedliche Interessen resultieren aus unterschiedlichen Lebenswelten und
14 Lebensrealitäten. Es ist die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft, diese
15 Interessenkonflikte zu akzeptieren und zu moderieren. Durch inhaltlichen Austausch –
16 wie zum Beispiel das oben erwähnte Seminar – ist es möglich, andere Interessen
17 besser zu verstehen und zu erkennen, dass Interessenkonflikte nicht immer ein
18 “Entweder-Oder” bedeuten müssen. Vielmehr sind unterschiedliche Interessen oft ein
19 Ausdruck von verschiedenen Blickwinkeln auf dasselbe Problem.

20 In der aktuellen Demokratie haben verschiedene Interessenvertreter*innen
21 unterschiedliche Stellungen. Dabei kommen gerade junge Menschen zu wenig zu
22 Wort und Wirtschaftslobbyist*innen sorgen dafür, dass die Interessen großer Konzerne
23 viel stärker gewichtet werden als die Interessen der Vielen in unserer Gesellschaft.

24 Das verbleibende CO₂-Budget, das uns noch zur Verfügung steht, um das 1,5-Grad-
25 Ziel zu erreichen, wird, wenn wir dem aktuellen kapitalistischen Kurs folgen, um ein
26 Vielfaches überschritten werden. Nur, wenn wir es schaffen, Emissionen drastisch zu
27 reduzieren, ist der Erhalt der Welt, wie wir sie kennen, möglich. Nur durch radikale
28 Veränderung ist eine Sicherung guten Lebens auf diesem Planeten möglich.

1 **Unser gemeinsames Ziel: Klimagerechtigkeit**

2 Bei der Transformation der Automobilindustrie ist aus Klimaschutz-Perspektive
3 Geschwindigkeit ausschlaggebend. Dekarbonisierung muss schnell passieren und
4 anders als in der Vergangenheit in der Industrie als eine Herausforderung der
5 Gegenwart und nicht der Zukunft verstanden werden. Eine Orientierung am CO₂-
6 Budget gemäß des Pariser Abkommen macht den kurzfristigen Handlungsdruck
7 sichtbar. Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, den nationalen Ausstoß von Klimagasen
8 vor 2035 auf null zu reduzieren. Darüber hinaus sollte auch die globale Verantwortung
9 Deutschlands – als reiches Land des globalen Nordens mit hohen historischen
10 Emissionen – gegenüber Ländern des globalen Südens, die schon heute viel stärker
11 von den Folgen der Erderhitzung betroffen sind, bedacht werden.

12 Unter einer Transformation verstehen wir einen grundlegenden Wandel. Es ist ein
13 Prozess der wesentlichen Veränderung vom aktuellen IST-Zustand hin zu einem
14 angestrebten Ziel. Zur Bewältigung einer Transformation bedarf es einer oder
15 mehreren Strategien. Transformation passiert auch, wenn wir sie nicht gestalten - wir
16 müssen sie nach unseren Vorstellungen beeinflussen.

17 Die Transformation der Automobilindustrie umfasst für uns vor allem drei
18 Diskussionsstränge: Zuerst wollen wir klären, wie wir mit Autos und ihrer Rolle im
19 Verkehr umgehen wollen. Dann beschreiben wir, wie die aktuellen
20 Eigentumsverhältnisse der Transformation der Automobilindustrie hin zu einer CO₂-
21 sparenden Produktion entgegenstehen. Abschließend zeichnen wir unsere Vision der
22 Industrie der Zukunft.

23 Unsere Diskussionen verliefen oft entlang der Feststellung, dass einerseits ein
24 kurzfristiges klimapolitisches Handeln notwendig ist, andererseits in der
25 kapitalistischen Produktionsweise Klimagerechtigkeit nie erreicht werden kann. Wir
26 wünschen uns Veränderungen, die grundlegend sind. Deshalb wollen wir kurzfristig
27 und solidarisch für Klimaschutz in der kapitalistischen Welt, in der wir leben, kämpfen.
28 Gleichzeitig arbeiten wir an einer Gesellschaftsutopie, die solidarisch und mit
29 Verantwortung gegenüber künftigen Generationen am Erhalt unserer
30 Lebensgrundlage arbeitet, gute Arbeits- und Lebensbedingungen sichert und
31 Kapitalinteressen, die dem entgegenstehen, überwindet. Wir wissen aber, dass diese
32 grundlegenden Veränderungen nur demokratisch gelingen können.

33 **MOBILITÄTSWENDE: MOBILITÄT FÜR UNS MENSCHEN - NICHT DIE AUTOS**

34 Unsere Analyse: Das aktuelle Verkehrssystem ist klimaschädlich und sozial ungerecht
35
36 Aktuell ist unser Mobilitätssystem auf das Verkehrsmittel Auto ausgerichtet. Dies
37 wird bspw. an der Gestaltung von Städten sichtbar. So werden zum Beispiel in
38 München 45% der Wege mit dem Auto zurückgelegt.

39 Ein Auto in Deutschland kostet unsere Gesellschaft rund 5000 € im Jahr. Diese Kosten
40 beinhalten vor allem gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen. Sie

1 entstehen durch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung, z.B. Lärmbelastung
2 und Schadstoffbelastung, aber auch die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise.
3 Diese Kosten tragen auch Menschen, die kein Auto fahren. Der ÖPNV hingegen wird
4 Nutzer*innenorientiert finanziert. Mobilitätskonzepte, deren Hauptfokus der
5 motorisierte Individualverkehr ist, können nicht sozial gerecht sein. Diese
6 Ungerechtigkeiten werden sichtbar in den Aspekten Sicherheit, finanzielle
7 Exklusivität durch hohe Haltungs- und Betriebskosten und mangelnde Barrierefreiheit.

8 Das autozentrierte Mobilitätskonzept beinhaltet auch eine starke Komponente der
9 Geschlechterungerechtigkeit: Das soziale Geschlecht hat nämlich in Kombination mit
10 anderen ökonomischen und sozialen Faktoren aufgrund von Rollenzuschreibung und
11 -erwartungen Auswirkungen darauf, wie wir uns fortbewegen (wollen). Wer viel Care-
12 Arbeit übernimmt, hat oft kleinteiligere Wege zu bewältigen die einfacher zu Fuß, mit
13 dem Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt werden können. Die autozentrierte
14 Verkehrsplanung ist in einer Gesellschaft, in der das Auto Männlichkeit rekonstruiert,
15 Ausdruck der tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen Strukturen.

17 Doch auch der ÖPNV und öffentliche Räume wie Parks oder Grünflächen entsprechen
18 momentan nicht ausreichend unseren Ansprüchen an barrierearme und
19 geschlechtergerechte Planung.

20 Viele FINTA* (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender) Personen
21 meiden, besonders am Abend oder in der Nacht, bestimmte Wege aus Angst vor
22 sexuellen Übergriffen. Wer es sich leisten kann, weicht deshalb notgedrungen auf die
23 Nutzung eines Autos aus.

25 Der öffentliche Personennahverkehr, Fußgänger*innenwege und Fahrradwege sind
26 voller Barrieren und schließen Personen mit Mobilitätseinschränkungen genauso wie
27 Familien mit Kinderwagen systematisch aus.

28 Die meisten Menschen sind auf die Nutzung eines Autos geprägt und der Besitz gilt
29 immer noch als Statussymbol. Es gibt Personengruppen, die auf das Auto angewiesen
30 sind. Insgesamt entsteht durch die aktuell stark erhöhten Sprit-Preise infolge des
31 Ukraine-Kriegs und des Gewinnstrebens der Mineralölkonzerne eine hohe finanzielle
32 Belastung ohne Ausweg für einen Großteil der Bevölkerung.

34 Unsere Gesellschaft braucht also eine umfassende und rasche Mobilitätswende.

35 Wir fordern die Umgestaltung vom autogerechten Mobilitätssystem hin zu einem
36 menschengerechten. Jeder Mensch soll sich unabhängig von ökonomischen,
37 sozialen, demografischen und körperlichen Voraussetzungen frei im Verkehrssystem
38 bewegen können.

40 **Weniger Individualverkehr und mehr ÖPNV**

1 Im Mobilitätsverhalten muss es eine Verlagerung weg vom motorisierten
2 Individualverkehr (MIV) hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben.
3 Damit dies gelingt, muss der ÖPNV massiv ausgebaut werden und der MIV auf das
4 Mindestmaß begrenzt werden.

5 **Ausbau des ÖPNVs (bedürfnisorientiert, barrierearm)**

6 Dabei ist es elementar, dass der Aus- und Umbau des ÖPNVs bedürfnisorientiert
7 geschieht. So sollen Barrieren überwunden werden, zum Beispiel durch verständliche
8 Stationsansagen und Beschilderungen und gut zugängliche Aufzüge. Außerdem
9 sollen feministische Perspektiven in die Planung des Umbau des ÖPNVs einfließen.
10 Das heißt bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und eine höhere Taktung der
11 öffentlichen Verkehrsmittel. Ein klimaneutraler ÖPNV muss mit erneuerbaren Energien
12 betrieben werden. Die Kosten des ÖPNVs sollen außerdem solidarisch durch einen
13 einkommensabhängigen Beitrag auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden.

14 **Autofreie Zonen in Städten**

15 Die Reduzierung des MIV soll durch Pilotprojekte, wie z.B. das autofreie Tal in
16 München, vorangetrieben werden. Unser Ziel ist es, den MIV aus den Innenstädten zu
17 verbannen. Für einen barrierearmen und gerechten Zugang (nicht alle Menschen
18 können zu Fuß gehen oder Fahrrad bzw. ÖPNV nutzen) sind Mobilitätsmöglichkeiten
19 wie Shared Taxis notwendig. Push-Maßnahmen, wie die alternative Nutzung und die
20 gezielte Bepreisung von Parkplätzen, können dabei die Bevölkerung zur umwelt- und
21 sozialverträglichen Mobilität bewegen.

22 **Umverteilung des öffentlichen Raums**

23 Durch die Begrenzung des MIVs werden v.a. in der Stadt neue Flächen frei. Diese
24 neuen Freiräume können beispielsweise für kulturelle und soziale Projekte verwendet
25 werden. Außerdem entsteht mehr Platz für die Mobilitätsformen des
26 Umweltverbundes, z.B. für Fußgehende und Fahrradfahrende. Besonders Synergien
27 mit der Klimaanpassung durch neue Grünflächen müssen genutzt werden. Langfristig
28 kann eine Neuverteilung der Fläche stattfinden, die unbedingt zugunsten der
29 Menschen und der Umwelt passieren muss.

30

31 **Wir brauchen auch eine Antriebswende**

32 **Wenn MIV, dann klimaneutral**

33 Wie zuvor gezeigt, braucht es vordergründig eine Verlagerung des Verkehrs vom MIV
34 hin zum Umweltverbund. Allerdings ist auch klar, dass ein gewisser Restbedarf an MIV
35 bleiben wird. Dies betrifft beispielsweise mobilitätseingeschränkte Personen,
36 Lieferverkehr und Handwerker*innen. Die essentielle Herausforderung in der
37 Transformation der Automobilindustrie ist es somit, Produkte anzubieten, die hohen
38 sozialen und ökologischen Standards folgen. Dafür braucht es eine **Antriebswende** –
39 **das bedeutet eine Abkehr von Antrieben, die mit fossiler Energie betrieben**

40

1 **werden** – sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bzw. den Einsatz
2 recyclingfähiger Materialien im Sinne einer **Kreislaufwirtschaft**.

3 **Batterie Elektrische Antriebe sind die Nachhaltigsten für MIV**

4

5 Die aktuell effizienteste und nachhaltigste Antriebstechnologie ist die von Batterie-
6 Elektrofahrzeugen (Abkürzung: BEV). Daher soll von sowohl staatlicher als auch
7 unternehmerischer Seite diese Technologie und ihre weitere Erforschung und
8 Verbesserung gefördert werden.

9

10 Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-Elektrofahrzeuge (Abkürzung: FCEV) lehnen
11 wir als Lösung für die Antriebswende der Privat-PKWs ab. Allgemein haben
12 Brennstoffzellen einen sehr ineffizienten Wirkungsgrad und Grüner Wasserstoff wird in
13 naher Zukunft in anderen Bereichen (Luftfahrt, Schwerlasttransport, Chemieindustrie)
14 benötigt.

15

16 Deshalb sollte auch für genau diese Bereiche die Forschung für mit Grünem
17 Wasserstoff betriebene Technologien durchaus weiter gefördert werden. Jedoch muss
18 unbedingt verhindert werden, dass die Hoffnung auf technologischen
19 Fortschritt die sofort nötigen Veränderungen in Verhalten und den Einsatz bereits zur
20 Verfügung stehender Technologien ausbremst.

21

22 **Die Vorteile der Sektorkopplung nutzen**

23

24 Im Kontext von Elektroautos sehen wir auch Chancen in der sogenannten
25 Sektorkopplung. Beispielsweise können Elektroautos mit Solarzellen auf dem Dach
26 gebaut werden, sodass die Batterie mit selbst erzeugtem Solarstrom geladen, also der
27 Mobilitäts- mit dem Energie-Sektor gekoppelt wird.

28

29 **Hybrid-Fahrzeuge sind nicht Teil der Lösung**

30

31 Die bestehenden Förderungen von Hybrid-Fahrzeugen bewerten wir angesichts der
32 darin verbauten und überwiegend genutzten, auf fossilen Kraftstoffen basierenden
33 Verbrennungsmotoren als absolut kontraproduktiv. Aus einer Vielzahl von Gründen
34 sind diese kein sinnvoller Beitrag zur Mobilitätswende, sondern lediglich ein fossiler
35 Lock-In.

36

37 **Bedarfsorientierte Anreize für E-Mobilität**

38

39 Angesichts der heutigen Preise neuer Elektrofahrzeuge wird deutlich, dass der
40 Zugang zu solchen als eine Frage sozialer Gerechtigkeit betrachtet werden muss.
Denn Menschen, die auf motorisierten Individualverkehr angewiesen sind, müssen
auch bezahlbaren Zugang zu nachhaltigen Formen des motorisierten
Individualverkehrs haben. Dies gilt nicht nur für das E-Auto selbst, sondern auch für
eine angemessene Ladeinfrastruktur. Daher fordern wir bedarfsorientierte Anreize und

1 Subventionen im Bereich der Elektromobilität und staatlich gesicherte
2 Ladeinfrastruktur. Wir sind davon überzeugt, dass nicht jede*r ein eigenes Auto
3 besitzen muss. Car-Sharing und Mobilitätsstationen können einen wichtigen Beitrag
4 leisten, Hürden zur gemeinschaftlichen Nutzung von Elektromobilität abzubauen.
5 Stadt und Land unterschiedlich betrachten.

6 **Ländliche Regionen bei der Mobilitätswende nicht abhängen!**

7 Wir erkennen an, dass unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse in städtisch und
8 ländlich geprägten Regionen vorherrschen. Deshalb müssen für Stadt und Land
9 unterschiedliche Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Dabei muss besonders darauf
10 geachtet werden, dass strukturschwache Regionen nicht weiter abgehängt werden.
11 Der Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur ist auch in ländlichen Regionen
12 unabdingbar. Viele Menschen dort sind auf ihr Auto angewiesen, das ÖPNV-Netz ist
13 nicht ausreichend ausgebaut. ÖPNV, der nur wenig ausgelastet ist, bringt keine
14 Einsparung von Emissionen gegenüber dem MIV. Deshalb müssen insbesondere in
15 ländlichen Regionen Mobilitätskonzepte anders gedacht werden. Nichtsdestotrotz sind
16 wir der Auffassung, dass auch in ländlichen Gebieten die Nutzung des MIV reduziert
17 werden muss. Die Mobilität auf dem Land muss in Zukunft multimodal (aus
18 verschiedenen Verkehrsmitteln bestehend) sein, um Emissionen zu reduzieren.

19 **Park&Ride als Schnittstellenlösung zwischen Stadt & Land**

20 Der Ausbau von Park&Ride-Angeboten und deren kostenlose Nutzung für alle
21 Bürger*innen ermutigt zur Nutzung des ÖPNV für Teilstrecken. Gerade für
22 Pendler*innen kann dies in Verbindung mit einer niedrigpreisigen Tarifgestaltung im
23 ÖPNV eine zugängliche Mobilitätslösung für die Verbindung zwischen Stadt und Land
24 bieten.

25 **Lieferverkehr**

26 **Effizientere Organisation der Lieferketten**

27 Beim Umbau unseres Mobilitätssystem muss besonders in der Stadt der Lieferverkehr
28 mitgedacht werden. Die Lieferung von Päckchen, Lebensmitteln oder Post wird
29 momentan von vielen unterschiedlichen Logistikdienstleister*innen mit großen
30 Transportern geliefert. Durch zentrale Logistikstellen in Quartieren können Lieferketten
31 effizienter gestaltet werden. Diese Logistikstellen können als Teil der
32 Daseinsvorsorge von Kommunen aufgebaut werden. Der Transport vom
33 Logistikzentrum zu den Empfänger*innen soll mit Lastenfahrrädern durchgeführt
34 werden. Wir fordern einen deutlichen Ausbau der Schieneninfrastruktur zum
35 Warentransport, um insbesondere auf langen Strecken eine emissionsarme
36 Alternative zu interregionalen und internationalen Transportwegen mit LKW zu
37 schaffen.

38 **AKTUELLE EIGENTUMSVERHÄLTNISS STEHEN DER TRANSFORMATION DER** 39 **AUTOMOBILINDUSTRIE ENTGEGEN** 40

1 Die Ausbeutung von Mensch und Natur gehen in der kapitalistischen
2 Produktionsweise miteinander Hand in Hand, finden aber auf unterschiedliche Art und
3 Weise statt. Wenige Menschen haben die ökonomische Macht, über die Ressourcen
4 und Produktionsweise zu entscheiden, deren Verbrauch jedoch Auswirkungen auf uns
5 alle hat. Solange fossile Energieträger vorhanden sind, gibt es ein ökonomisches
6 Interesse, diese zu verkaufen, die Nachfrage danach aufrechtzuerhalten und damit auf
7 Kosten nachfolgender Generationen zu wirtschaften sowie die Entscheidungsgewalt
8 darüber außerhalb demokratischen Zugriffs zu halten.

9 Solange die Eigentumsverhältnisse so sind und solange Entscheidungen über
10 beispielsweise Energieträger von einigen wenigen getroffen werden, ist echter
11 Klimaschutz, der das 1,5 Grad Ziel erreicht, nicht realisierbar.

12 Entscheidungen werden so getroffen werden, dass sie kurzfristig den Gewinn
13 erhöhen, ohne die Folgen für die aktuelle und nachfolgende Generationen zu
14 berücksichtigen. Unser Ziel ist die Abkehr von der Gewinnmaximierung hin zu einer
15 nachhaltigen, ressourcenschonenden, demokratischen Gesellschaft. Denn solange
16 Arbeiter*innen auf ihre Arbeit angewiesen und gleichzeitig nicht im Besitz von
17 Produktionsmitteln sind, wird die Ausbeutung von Mensch und Natur weitergehen.

18 Deshalb müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Dadurch werden
19 Kapital, Unternehmen und Gesellschaft umstrukturiert und gesellschaftliche Teilhabe
20 gestärkt. So werden entscheidende Fragen der Ressourcenverwendung zum Erhalt
21 einer lebenswerten Welt und guten Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinschaftlich
22 getroffen.

23 Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, sind: Wer entscheidet letztendlich, wenn
24 eben nicht top-down entschieden wird? Welche Institutionen sind sinnvoll? Wer darf
25 z.B. entscheiden, welche und wie viele Ressourcen verbraucht werden dürfen? Wie
26 gehen wir mit dem Interessenkonflikt um, dass Arbeiter*innen in erster Linie den Erhalt
27 ihres Arbeitsplatzes zum Ziel haben, während das Erreichen einer klimaneutralen
28 Produktion dem vermeintlich entgegensteht obwohl auch die Zukunft von
29 Industriearbeiter*innen vom Erhalt unserer Lebensgrundlage abhängt? Wie machen
30 wir es begreifbar, dass es einen fundamentalen Widerspruch zwischen Kapital und
31 Klimaschutz gibt?

32 **Die Demokratisierung aller Lebensbereiche**

33 Wir erkennen an, dass wir die Eigentumsfrage nicht kurzfristig lösen werden. Auch ein
34 Mehr an demokratischer Mitbestimmung löst die kapitalistischen Realitäten nicht auf.
35 Dennoch braucht es im ersten Schritt eine Weiterentwicklung der demokratischen
36 Strukturen in den Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

37 Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Entscheidungen nicht zwangsläufig
38 zur Mehrung von Kapital getroffen werden müssen. Vielmehr soll es um das Wohl der
39 Gesellschaft gehen. Egoismus und Konkurrenz unter den Beschäftigten sind keine
40

1 naturgegebene Zwangsläufigkeit, sondern eine konstruierte Erzählung, die Solidarität
2 ebenso verhindert wie Gemeinwohl und Klimaschutz.

3 Wir trauen den Menschen zu, demokratische Entscheidungen zu treffen und damit
4 gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für eine gerechtere, sozialere und
5 ökologischere Gesellschaft. Langfristig macht die Demokratisierung die
6 Vergesellschaftung von Produktionsmitteln nicht überflüssig, sondern bereitet ihr den
7 Weg.

8 Den Privatbesitz von Produktionsmitteln wollen wir überwinden. Dies bedeutet, dass in
9 Unternehmen ab einer bestimmten Größe alle Mitarbeiter*innen am Eigentum beteiligt
10 sein müssen. Die Grundlage für demokratische Mitbestimmung ist die Stärkung
11 politischer Bildung, die für alle zugänglich ist.

12 **Mitbestimmung im Betrieb**

13 Wo sich Arbeitsplätze stark verändern oder ersetzt werden, muss die Qualität des
14 Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Das kann nur mit einer starken Mitbestimmung sowie
15 planbaren, staatlichen Vorgaben und betrieblichen Investitionen funktionieren. Das
16 bisherige Vorschlagsrecht der Betriebsräte zur Sicherung von Arbeitsplätzen muss zu
17 einem Mitbestimmungsrecht aufgewertet werden. Planung, Gestaltung und Änderung
18 der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der
19 Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe müssen mitbestimmungspflichtig sein. Bei
20 Betriebsänderungen muss der Interessenausgleich über die Einigungsstelle
21 durchsetzbar sein. Die Einigungsstelle hat dabei auch die überbetrieblichen
22 Auswirkungen zu berücksichtigen.

23 Um die Position der Beschäftigten weiter zu schützen, brauchen wir einen besonderen
24 Rechtsanspruch auf Umschulung, Fort- und Weiterbildung für von der Transformation
25 betroffene Branchen und staatliche Strukturhilfen. Darüber hinaus müssen
26 Betriebsräte insgesamt ein Mitbestimmungs- und Initiativrecht für die Berufsbildung
27 erhalten. Mitbestimmungsstrukturen schaffen die Voraussetzung dafür, den Wandel
28 sozial gerecht zu gestalten. Dennoch sehen wir bei diesen aktuell ein großes
29 Verbesserungspotenzial im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen.

30 Konkret fordern wir ebenfalls die Aufhebung der maximalen Gremiengröße der
31 Jugend- und Auszubildendenvertretung und des Betriebsrates, die deutliche
32 Verbesserung der Prävention und Bekämpfung von Union Busting (die systematische
33 Unterdrückung und Sabotage von Gewerkschaften) sowie die Schaffung
34 unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstellen. Gewerkschaften müssen ein
35 digitales Zugangsrecht zu Betrieben erhalten.

36 **Transformationsprozesse demokratisieren**

37 Die Entscheidung, wie staatliche Strukturhilfen und finanzielle Mittel zur Gestaltung
38 der Transformation eingesetzt werden, darf nicht den Unternehmer*innen und ihrem
39 Kapitalinteresse überlassen werden. Wir wollen regionale Transformationsräte
40 einrichten, in denen Delegierte des Betriebsrates und der JHV der Betroffenen

1 Industriebetriebe gemeinsam mit Delegierten der lokalen Klimaräte und
2 Vertreter*innen der Kommunalpolitik darüber beraten, wie die Mittel eingesetzt werden,
3 um einerseits industrielle Produktion zu erhalten und zu transformieren, sowie
4 andererseits eine Reduktion der CO₂ Emissionen zu erreichen und Arbeitsplätze zu
5 sichern.

6 Die Beschäftigten in der Industrie sehen sich nicht nur der Angst eines
7 Arbeitsplatzverlustes ausgesetzt. Gleichzeitig kämpft die Industrie mit einem
8 enormen, hausgemachten Fachkräftemangel. Ein Grund für diesen Fachkräftemangel
9 ist der Mangel an Ausbildungsplätzen. Während einzelne Unternehmen gar keine
10 Ausbildungsplätze anbieten, bilden andere Unternehmen über Bedarf aus oder ihre
11 ausgebildeten Fachkräfte werden abgeworben. Dieses Ungleichgewicht wollen wir mit
12 einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, ähnlich bestehender Umlagen wie
13 z.B. für Unternehmensinsolvenzen, beseitigen.

14 **Ausschuss für Klimawirtschaft in den Industriebetrieben**

15 Wir wollen einen Ausschuss für Transformation und Klimawirtschaft in den
16 Industriebetrieben, der im Betriebsverfassungsgesetz als Pflichtausschuss verankert
17 ist und in jedem Betrieb mit Betriebsrat eingerichtet werden muss. Dieser setzt sich
18 aus Betriebsrät*innen (BR); Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*innen (JAV),
19 Expert*innen aus einem lokalen Klimarat und Arbeitgeber*innen zusammen. Um die
20 Aufgaben zu bewältigen, soll der BR-Schlüssel im Verhältnis zur Belegschaft
21 ausgeweitet werden. Der Transformations- und Klimaausschuss ist ein Ausschuss mit
22 tatsächlichen Entscheidungskompetenzen. Unter diese Entscheidungen fallen
23 einerseits die Ausrichtung der Produkte nach Kriterien der Nachhaltigkeit, zur
24 Einsparung von CO₂-Emissionen sowie die Reduktion des Ressourcenbedarfs und
25 andererseits Entscheidungen über Produktionsformen und Produktionsbedingungen.

26 **Produktion global denken**

27 In einer globalisierten Wirtschaft ist es notwendig, nicht nur die lokale Produktion
28 zu betrachten. Es gilt die gesamte Lieferkette zu betrachten. Ohne konkrete Ansätze
29 detailliert diskutiert zu haben, erscheint uns ein verbessertes Lieferkettengesetz,
30 das sowohl ökologische Aspekte als auch Mindeststandards für Arbeits- und
31 Produktionsbedingungen berücksichtigt, in diesem Zusammenhang sinnvoll.

32 Unsere Ansätze müssen stets nicht nur national, sondern über die EU hinaus global
33 umgesetzt werden. CO₂-Ausstoß in Lieferkette und Produktion, der nicht auf null
34 reduziert werden kann, muss durch negative Emissionen ausgeglichen werden, um
35 Klimaneutralität sicherzustellen. Entsprechende Technologien, etwa Carbon Capture
36 and Storage, oder Ausgleichszertifikate dürfen nicht für Greenwashing missbraucht
37 werden und können Reduktionsmaßnahmen nicht ersetzen.

38 **UNSERE VISION DER INDUSTRIE DER ZUKUNFT**

39
40

1 Die Bekämpfung der Klimakrise erfordert umfangreiche Veränderungen in allen
2 Bereichen der Industrie. Die notwendigen Transformationsprozesse lösen bei vielen
3 Menschen Vorbehalte und Ängste aus.

4 Der Verlust des Arbeitsplatzes kann für die Beschäftigten in Industriebereichen als
5 eine konkretere Bedrohung als die Vernichtung unserer Lebensgrundlage durch das
6 Artensterben und die Folgen der Klimakrise wahrgenommen werden. Diese subjektive
7 Wahrnehmung der Bedrohung der Lebensgrundlage nehmen wir ernst.

8 Die Transformation der Produktion kann nur gelingen, wenn die Mitarbeitenden in die
9 Transformationsprozesse miteinbezogen werden. Die Mitarbeitenden selbst haben
10 das größte Interesse, dass ihre Arbeitskraft und Expertise langfristig gebraucht wird.
11 Deswegen sind wir davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden selbst ein Interesse
12 daran haben, die industrielle Produktion so zu gestalten, dass sie nicht unsere
13 Lebensgrundlage zerstört und Ressourcen künftiger Generationen verwendet. Die
14 Industrie ist verpflichtet, Sorge dafür zu tragen, den Mitarbeitenden
15 zukunftsfähige Arbeit zu geben. Genauso darf die Industrie der Welt nur noch so viele
16 Ressourcen entnehmen, wie es nötig ist, um ein Gleichgewicht zwischen Verbrauch
17 und natürlicher Regeneration zu schaffen. Alles andere wäre eine nicht wieder gut zu
18 machende Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

19 **Entwicklung**

20 Eine zentrale Eigenschaft, der bei der Entwicklung von neuen Produkten Rechnung
21 getragen werden muss, ist die Möglichkeit des Recycling. Deshalb fordern wir weniger
22 verschiedene Bauteile. Das ermöglicht eine einfachere Produktion und Reparatur - der
23 Recycling-Prozess wird also erleichtert.

24 Bei Produkten sollten in Zukunft immer auch Pläne mit ausgearbeitet werden, die
25 beschreiben, wie einem Produkt ein zweites Leben gegeben werden kann und wie es
26 wieder in seine Bestandteile zerlegt werden kann.

27 **Produktion**

28 Bei der Produktion entsteht der wesentliche Teil der Schadstofffreisetzung: Begonnen
29 beim Abbau der Materialien über den Transport und Verarbeitung bis hin zur Montage
30 und Vertrieb. Überall müssen die Belastungen der Umwelt daher erfasst, erheblich
31 reduziert und gegebenenfalls ausgeglichen werden. Prozesse sollen so gestaltet
32 werden, dass "Abfälle" wie z.B. Abwärme auch unternehmensübergreifend noch
33 anders genutzt werden können. Produkte sollen aus recycelten Rohstoffen hergestellt
34 werden und so wenig neue Rohstoffe wie möglich beanspruchen.

35 Herstellungsanlagen und -prozesse müssen klimaneutral sein. Verpackungen sollen
36 wiederverwendet oder recycelt werden. Transportwege müssen kurz gehalten werden.

37 **Gebrauch**

38 Verbraucher sollen in nachhaltigem Konsum unterstützt werden, indem Produkte in
39 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter aufgeteilt werden, sodass Verbrauchsgüter einfach
40

1 nachproduziert und ausgetauscht werden können. Gebrauchsgüter müssen auf lange
2 Zeit produziert werden können, um den langfristigen Gebrauch des Produkts zu
3 ermöglichen. Komponenten des Produkts sollen bei Weiterentwicklung ausgetauscht
4 werden können. Der sogenannten „geplanten Obsoleszenz“ sagen wir den Kampf an.
5 Geplante Obsoleszenz bedeutet, dass Produkte frühzeitig, meist kurz nach Ablauf der
6 Garantie und vom Hersteller gewollt kaputt gehen und durch ein neu produziertes
7 Produkt ersetzt werden müssen.

8 **Reparatur**

9 Produkte müssen reparierbar sein. Sowohl Ersatzteile als auch Pläne zur Reparatur
10 müssen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Genauso muss es
11 eine Möglichkeit geben, produktspezifische Reparaturwerkzeuge zu beschaffen oder
12 herzustellen, damit auch unabhängige kleine Betriebe Reparaturen durchführen
13 können. Durch unabhängige Angebote und einer verhinderten Monopolisierung von
14 Reparaturdienstleister*innen werden die Verbraucher*innen geschützt. Eine aktive
15 Sharing Economy soll auch bei Werkzeugen gelebt werden.

16 **Recycling**

17 Einsparung von Ressourcen und deren Wiederverwertung sind nicht nur
18 kostengünstiger, sondern auch in Hinblick auf den Einsatz von Arbeitskraft,
19 Zeitaufwand und Produktionsmittel einiges effizienter. In ihre Bestandteile zerlegbare
20 Produkte sind das Ziel. So können noch zu gebrauchende und reparierbare
21 Bestandteile wiederverwendet werden. Ist dies nicht mehr möglich, müssen die
22 Produkte recycelt werden.

23 Darüber wie die Produkte recycelt werden können, muss der*die Kund*in beim Kauf
24 ebenso informiert werden wie über die Recyclingraten der verbauten Materialien. Der
25 Staat muss die Reparatur als Dienstleistung fördern. Dadurch entstehen neue
26 Arbeitsbereiche, besonders für kleine Handwerksbetriebe, mit neuen Arbeitsplätzen.
27 Zusätzlich werden bestehende gestärkt.

28 **Digitalisierung in Unternehmen**

29 Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen
30 Geschäftsfelder transformieren. Diese können durch konsequente Digitalisierung
31 erschlossen werden. Dazu darf Digitalisierung nicht länger lediglich als eine Form der
32 Automatisierung oder Möglichkeit neuer Verwaltung wahrgenommen werden.
33 Stattdessen müssen die Potenziale von digitalen Geschäftsmodellen und Plattformen
34 erkannt werden. Schafft man diese Digitalkompetenz im eigenen Unternehmen, ist
35 man nicht auf Tech-Konzerne angewiesen, die immer weiter in das Geschäftsfeld der
36 Automobilindustrie vorrücken.

37 Viele Firmen nutzen zur Zeit Nachhaltigkeitskonzepte zum Entwickeln von Prototypen
38 für Ausstellungen und Veranstaltungen. Dabei wird versucht, Greenwashing zu
39 betreiben, da diese Prototypen in den wenigsten Fällen wirklich umgesetzt werden und
40 in die Produktion gehen.

WO1

Bezirkskonferenz Jusus Oberbayern

15. Januar 2023

1 Dies zeigt, dass die Konzepte bereits in der Automobilindustrie angekommen sind,
2 jedoch mehr in die Tat umgesetzt werden müssen.

3 **CO₂-Bepreisung und Umverteilung**

4 Die Folgen der Erderwärmung erzeugen schon heute hohe Kosten. Ein Beispiel sind
5 die häufigeren Waldbrände und Überschwemmungen. Diese Kosten werden in
6 absehbarer Zeit steigen. Ebenso wird auch die nötige Transformation viel Geld kosten
7 und Anreize benötigen.

8 Die Gefahr besteht, dass diese Kosten nicht gerecht verteilt werden. Um dem
9 entgegenzuwirken, ist das Ziel, klimaschädigende Konzerne nach dem
10 Verursacher*innen- Prinzip auf eine sozial gerechte Weise in die Verantwortung zu
11 nehmen.

12 Wo Ordnungspolitik, etwa Produktstandards, an ihre Grenzen kommt, kann die CO₂
13 -Bepreisung in ausreichender Höhe zusätzliche Anreize für klimaschonendes
14 Wirtschaften setzen. Unterschiedliche Modelle der CO₂-Bepreisung berücksichtigen
15 soziale Aspekte unterschiedlich stark. Konzepte wie das Klimageld, also eine
16 pauschale Rückverteilung pro Kopf mit progressiver Wirkung (Menschen aus der
17 unteren Einkommenshälfte haben durchschnittlich einen wesentlich geringeren CO₂-
18 Ausstoß und erhalten mehr Geld, als sie abgeben), können darauf eine Antwort
19 liefern.

20 Im Kontext der Industrie geht es vor allem darum, dass die Industrieunternehmen die
21 CO₂-Preise bezahlen, um einen Anreiz zur Umstellung der Produktion zu haben. Das
22 ist entscheidender als eine Konsumveränderung durch die privaten Haushalte.

23 Gleichzeitig muss Vermögen auch unabhängig von Klimapolitik im großen Stil
24 umverteilt werden. Klimapolitik darf nicht unsozial sein, soziale Fragen dürfen aber
25 auch nicht als Vorwand gegen Klimaschutz verwendet werden.

26 **Kräfte bündeln für eine bessere Zukunft!**

27 Als Mitglieder mit verschiedenen Organisationshintergründen haben wir gesehen, wie
28 wichtig der Austausch untereinander ist. Wie wichtig es ist, demokratisch miteinander
29 zu diskutieren, sich mit unterschiedlichen Standpunkten auseinanderzusetzen und
30 auch die eigene Perspektive immer wieder kritisch zu hinterfragen.

31 Aus dem gemeinsamen Projekt wollen wir auch in Zukunft eine Zusammenarbeit
32 ableiten. Uns eint das Ziel und wir können voneinander über die Wege, wie wir dieses
33 Ziel erreichen können, vieles lernen.
34

35 Unser Anspruch ist es, die Positionen auf die wir uns gemeinsam verständigt haben
36 nach außen zu tragen und die Menschen in unserer (Stadt)gesellschaft zu
37 überzeugen, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Wir werden uns politisch im
38 Rahmen unserer unterschiedlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass unsere
39 gemeinsamen Visionen Realität werden.
40

Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

Antragsteller*innen

Bezirksvorstand der Jusus Oberbayern

Adressat*innen

Bezirkskonferenz der Jusus Oberbayern, Landeskonferenz
der Jusus Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD
Landesparteitag, Juso Bundeskongress

1 **Deutschland ist ein Ungleichland**

2 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und
3 große Teile der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere
4 zwischen arm und reich aufbrechen. Dabei muss ganz klar eine Umverteilung von den
5 oberen 10% zu den unteren 90% erfolgen. Wir erkennen auch an, dass ostdeutsche
6 Bundesländer von dieser Ungleichheit noch stärker betroffen sind und auch in dieser
7 Richtung eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden muss.

8 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen
9 und nicht nur wenigen die besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und
10 Mitbestimmung zu gönnen.

11 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung
12 entgegenzuwirken. Trotzdem möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus
13 erreichen und kämpfen auch weiter für eine wirklich kostenlose Bildung, gerechtere
14 Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire Rente und das Ende des Kapitalismus.

15 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer
16 sozialistischen Gesellschaft spielt. Er bezieht sich aus einer reformistischen Sicht auf
17 die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in der gesellschaftliche Teilhabe sehr eng mit
18 Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen für diejenigen, die aktuell
19 vermögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen bei, dieser
20 Effekt ist explizit erwünscht und beabsichtigt.

21 **Vermögensungleichheit- warum sich etwas ändern muss**

22 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den
23 Großteil des Nettovermögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder
24 Unternehmensanteile. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35% des
25 gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10 % der Bevölkerung kontrollieren
26 über zwei Drittel des Vermögens 73% der Millionär*innen sind Selbstständige, kaum
27 abhängig Beschäftigte und nur wenige Angestellte, davon fast alle aus leitenden
28

1 Positionen. Beschäftigte haben kaum eine Möglichkeit, allein durch ihren Lohn
2 Rücklagen aufzubauen oder gar Immobilien zu erwerben.

3 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der
4 Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen verfügen 92 % über vermietete
5 Immobilien, die 20 % mit dem niedrigsten Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei
6 sind mehr als 70% der vermieteten Immobilien in der Hand der 10 % reichsten
7 Haushalte. Die Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in
8 Deutschland. Nur 42% der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in
9 Ostdeutschland sogar nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen hingegen
10 Mietwohnungen, die sie in den meisten Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft
11 finanzieren konnten.

12 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den
13 patriarchalen, rassistischen und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend,
14 die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Die meisten Personen, die über ein
15 Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca. 3 Millionen Euro verfügen, sind
16 männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus Westdeutschland.
17 Nur 6% der Millionär*innen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen
18 Migrationshintergrund und 31% sind Frauen.

19 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund:
20 Vererbung ist der einfachste Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro
21 werden (nach Berechnungen) jährlich in Deutschland vererbt oder verschenkt.
22 Vererbung ist daher Ursache der Ungleichheit, zementiert diese und verschärft sie
23 immer weiter.

24 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück
25 hatte, über Dekaden von keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die
26 eigene wirtschaftliche Zukunft keine Gedanken machen.

27 Die Ungleichverteilung des Erbe hängt dabei immer mit wiederkehrenden
28 gesellschaftlichen Problemen zusammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von
29 patriarchalen und rassistischen Strukturen, die sich über die vergangenen
30 Jahrzehnten bis heute konstant halten. Männer erben häufiger als Frauen, weil
31 besonders große Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt
32 werden. Nur Familien, die keinen historischen Bruch, durch Flucht oder Vertreibung,
33 und keine systemische und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren haben, können
34 vererben. Und auch die Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger
35 wenige, zumeist Westdeutscher, auf die Kosten vieler Ostdeutscher haben
36 Ungleichheiten verursacht, die bis heute nicht beseitigt werden konnten.

37
38
39
40

1 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren
2 Lebensunterhalt sorgen, sondern können mit einem Erbe über Immobilien,
3 Vermögenswerte oder Unternehmensanteile rechnen. Dabei verdienen sie
4 anschließend vom Grundbedürfnis Wohnen anderer Menschen und von deren
5 Arbeitskraft, um ihr Vermögen weiter auszubauen.

6 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der
7 Gesellschaft wird durch die Vermögensanhäufung einiger weniger massiv
8 eingeschränkt. Sich durch Erwerbsarbeit über das Verdienst des Lebensunterhalts
9 hinaus Rücklagen aufzubauen wird immer schwieriger, für weite Teile der Gesellschaft
10 unmöglich. Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der größten
11 Ungerechtigkeit. Die einen müssen sofort auf eigenen Füßen stehen, die anderen
12 schweben über den Dingen. Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind für die
13 meisten nicht aufzuholen, erst recht nicht durch Lohnarbeit.

14 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage
15 des Erbes einen großen Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen,
16 Bildungsabschlüsse anhäufen bzw. ausbauen und sich dauerhaft weiterbilden. Die
17 anderen müssen auf den schnellstmöglichen Abschluss setzen, möglichst schnell
18 Geld verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und gut bezahlte Arbeit.

19 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein
20 enormer Vorsprung: Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können
21 problemlos weitere aufbauen, die anderen leben von ihrer Arbeit und können keine
22 Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen Zeiten auffangen. Vermögen
23 reproduziert sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete bezahlen
24 müssen, können andere, die eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen
25 und den Gewinn reinvestieren.

26 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch
27 irgendwann erarbeitet wurde und den Menschen daher zusteht. Bei vielen
28 Unternehmen – darunter beispielsweise BMW – ist das Vermögen mitunter auch ein
29 Ergebnis von Ausbeutung. Viele große Industrieunternehmen haben in der NS-Zeit
30 Zwangsarbeiter*innen beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte
31 angehäuft.

32 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als
33 sozialistischer Verband nicht tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch
34 das Glück der vermögenden Geburt in vermögend und weniger privilegiert zu
35 unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der Chancengerechtigkeit und den Zielen
36 des demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen Frieden und den
37 Zusammenhalt unserer Gesellschaft und führt zu großen Spannungen in der
38 Gesellschaft einerseits und zu großer Unzufriedenheit und Belastung Einzelner
39 andererseits.

40 **Grunderbe - ein guter Start in das selbstbestimmte Leben**

1 Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst
2 chancengerecht zu gestalten, fordern wir die Einführung eines Grunderbes. Jeder
3 Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse Mindestzahl an
4 Jahren in Deutschland gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den Fixbetrag von
5 60.000€ ausbezahlt. Der Betrag soll an die Inflation angepasst werden. Das bedeutet:
6 Sinkt der Geldwert, steigt auch der Betrag des Grunderbes an.
7 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€
8 und möchte auch die Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien
9 zeigen, dass man nur durch ein höheres Grunderbe merkliche Unterschiede in der
10 Umverteilung wahrnimmt und erst ab diesem Betrag auch langfristige wirtschaftliche
11 Reaktionen erkennbar sind.
12 Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst
13 entscheiden dürfen, wann und für was sie es ausgeben wollen.
14 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft
15 zu treffen und dürfen ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der
16 Umgang mit Geld sollte in der Schule und in der weiteren Ausbildung thematisiert
17 werden, sodass schon Kinder und Jugendliche sich dessen bewusst sind.
18 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren
19 Chancen in das Leben zu starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen
20 Weg sie in ihrem Leben gehen möchten. Viele junge Menschen müssen sich heute
21 zwischen ihren Interessen in der Weiterbildung und einem Job, der ihnen die
22 Lebensgrundlage sichert, entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach Mobilität,
23 Flexibilität und Freiheit werden durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem
24 Grunderbe können junge Menschen ihren Bildungsweg freier gestalten und ihr
25 Potenzial bestmöglich gestalten. So kommen wir einem gerecht verteilten Zugang zu
26 Bildung und Qualifikation näher.
27 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man
28 beispielsweise ein Auslandssemester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und
29 zum Ausbau von interkultureller Kompetenz wahrnehmen möchte, all das wird dank
30 einem Grunderbe möglich genauso wie die Finanzierung einer Ausbildung oder des
31 Meisters.
32 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von
33 Rücklagen und damit für die Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir
34 lehnen eine Vermögenanhäufung durch Privatpersonen ab, sehen aber die Bildung
35 von Rücklagen als legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten von staatlichen
36 Sozialstrukturen zu verhindern, um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für
37 Lebensphasen, in denen Personen weniger arbeiten wollen oder können, bieten
38 Rücklagen Flexibilität und Planbarkeit. Zudem können Investitionen besser geplant
39 und getätigt werden, wenn Rücklagen absichern können. Soziale Mobilität,
40

1 selbstbestimmtes Leben und Abfedern von unplanbaren Umständen können so
2 erleichtert werden.
3 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft
4 umzuverteilen. Wie im ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele
5 besitzen wenig. Diese Kluft kann durch das Grunderbe verkleinert werden.
6
7 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch
8 den Übertrag von Immobilien und Unternehmen konsequent, so kann diese
9 Umverteilung konsequent beschränkt werden und die benötigte Summe für die
10 Auszahlung eines Grunderbes von 60.000€ problemlos abgebildet werden.
11 **Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren wollen**
12
13 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel um Umverteilung zu erreichen.
14 Vermögen, die von einer Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv
15 versteuert werden. Durch das Geld, das durch eine reformierte Erbschaftsteuer
16 eingenommen werden kann, wollen wir das Grunderbe finanzieren. Gegen (hohe)
17 Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten ins
18 Feld geführt. Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und die
19 Besteuerung von Erbmasse aus Motiven der Gerechtigkeit und Solidarität
20 unabdingbar.
21 **Mittel der Umverteilung**
22
23 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind
24 zu sein. Erbe basiert nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon
25 in seiner Kindheit durch (häufig) bessere Unterstützung im Bildungsweg, mehr
26 Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und höheren Lebensstil profitiert hat.
27
28 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für
29 den Rest ihres Lebens absichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen
30 diese für andere, die das Glück des Erbens nicht hatten, existentiell ist und eine
31 Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz Anstrengungen nicht ermöglicht.
32
33 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte.
34 Auch wenn sie dieses erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die
35 Empfänger*in hat für diese Zuwendung nichts getan, profitiert aber ebenso von den
36 infrastrukturellen und staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Aufbau
37 und die Weitergabe des Vermögens ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht,
38 dass sie dem Staat und damit der Gesellschaft etwas zurückgibt und damit die
39 Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur und staatlichen Systemen unterstützt.
40

1 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine
2 Immobilie vererben oder die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben,
3 auch im Gedanken daran, die eigenen Nachkommen zu unterstützen. Vielmehr sollen
4 die Erbschaften in den Fokus genommen werden, die sich über massive
5 Vermögenswerte, Immobilien und Unternehmensanteile erstrecken und die Erbenden
6 für ihr gesamtes Leben versorgen. Besonders solche Erben werden aktuell kaum bzw.
7 viel zu wenig von der Erbschaftssteuer tangiert. Denn gerade die, die ansonsten den
8 radikalen Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr
9 Chancengerechtigkeit und weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen
10 Maßnahmen aus.

11 **Erbschaftssteuer ein zahloser Tiger**

12 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahloser Tiger, d.h. sie erzielt nicht die
13 notwendigen Umverteilungsmaßnahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn
14 gerade die, die viel erben, zahlen wenig Steuern.

15 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete Lohnarbeit.
16 Berechnet man aus der Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden Euro)
17 und der tatsächlich eingenommenen Summe an Erbschaftssteuer (11 Milliarden Euro),
18 so ergibt das, dass 2021 im Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt wurde. Das
19 liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil des tatsächlich vererbten
20 Nettovermögens auch vom Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden) und zum
21 anderen daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt bezahlt wurden.

22 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar nicht
23 besteuert. Dabei sind es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die nicht
24 adäquat besteuert werden. Das Szenario, dass Betriebe vererbt werden und im
25 Anschluss die halbe Belegschaft entlassen müssen, ist nicht realistisch, stattdessen
26 werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt. Durch die Steuer auf
27 Immobilien-Erbe ist aktuell mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder der
28 vermietete Wohnblock betroffen.

29 **neu denken - konsequent und gerecht**

30 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie
31 die Erbschaften auf Unternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu
32 besteuern. Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den
33 Blick zu nehmen. Besonders Anteilseigner*innen bei Holdings oder an
34 Aktiengesellschaften müssen im Falle eines Erbes deutlich stärker zur Kasse gebeten
35 werden.

36
37 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die
38 Erbschaftssteuer muss erhöht werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt
39 werden, allerdings gemessen an der Größe der Unternehmen, insgesamt geringer als
40

1 bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre Betriebsstrukturen demokratisieren.
2 So erhalten die Mitarbeiter*innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung und
3 Teilhabe. Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass
4 die Erbschaftssteuer auf Betriebe über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und
5 dabei der Erfolg/Misserfolg der Unternehmen zu einer Erhöhung/Reduzierung der
6 Steuersumme führt.

7 Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von
8 Immobilieneigentum. Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien
9 gekoppelt werden, sodass eine Immobilie, die selbst bewohnt wird, bis zu einer
10 gewissen Größe zu verminderter Erbschaftssteuer und großzügigen Freibeträgen
11 vererbt werden kann.

12
13 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten
14 (z.B.KfW-Kredite) ermöglichen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen
15 Kredite im Grundbuch gesichert werden. So soll der Staat oder die Kommune eine
16 Möglichkeit zum preisgünstigen Erwerb erhalten, sollte der Kredit nicht zurückgezahlt
17 werden können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches, preislimitiertes
18 Vorkaufsrecht eingetragen werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel abzusichern
19 und auszugleichen, die zugunsten von Privateigentum gewährt werden.

20 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieneigentum und einem
21 Fokus auf die Gesamtanzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden,
22 dass nicht die Familien, die eine Immobilie weitergeben möchten, diese verkaufen
23 müssen, sondern tatsächlich große Immobilienerbschaften vermehrt in den Blick
24 genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen eben nicht den Erhalt von
25 Omas Einfamilienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie bleiben soll.
26 Dieses Argument wird in der aktuellen Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen
27 zu verhindern, die auf Multimillionär*innen abzielen.

28
29 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare
30 Mieten gekoppelt sein. Allerdings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den
31 Erstwohnsitz gelten, wodurch die Erbschaftssteuer bei allen weiteren, nicht als
32 Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften erhöht wird. Bei vermieteten
33 Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug die Miete
34 bezahlbar ist und bleibt und dies grundbuchlich gesichert wird.

35 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im
36 Grundgesetz enthaltenen Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir
37 erteilen diesen Vorschlag daher eine klare Absage. Eine Regionalisierung der
38 Freibeträge und Steuersätze wie von der CSU gefordert würde dazu führen, dass in
39 reichen Ländern wie Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies widerspricht jedoch
40 dem Ansatz eines progressiven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in

1 Anspruch zu nehmen. Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere
2 Steuervergünstigungen auch in den "ärmeren" Bundesländern öffnen und die
3 geforderte bundesweite Regelung aushöhlen.

4 Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst
5 werden und diese Besteuerung progressiv erfolgen muss.

6 Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamt Höhe des geerbten Nettovermögens
7 im Leben der Person beschränkt werden. Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-
8 Erbschaften nur bis zu einer gewissen kumulierten Gesamtsumme möglich.

9 **Vermögensumverteilung - weil der Start nicht der ganze Lauf ist**

10 Im Laufe des Lebens kommt jede*r immer wieder in Situationen, in denen die
11 Ungleichheit die Person direkt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die das
12 Grunderbe wirken kann, gibt es auch andere Lösungsansätze, die in Teilen schon
13 bestehen und ausgebaut werden müssen oder die wir seit Jahren fordern. Das
14 Grunderbe ersetzt weder BAFöG noch Rente, weder staatlichen Wohnungsbau, noch
15 Kindergeld. Es dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen,
16 sondern muss eingepflegt werden in einen Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die
17 massive Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur mit einem
18 engmaschigen Netz an Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen
19 wirken, können wir Umverteilung erreichen und verhindern, dass die erwünschten
20 Effekte des Grunderbes verpuffen.

21 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger
22 Baustein sein. Wir bekräftigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der
23 Jusos zu kostenloser Bildung, einer armutsfesten Grundsicherung insbesondere für
24 junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne, die sozialen Aufstieg
25 ermöglichen. Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter durch
26 gute Rente und einen respektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und
27 respektvoll mit Erwerbslosen umgeht.

28 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der
29 Kindheit Maßnahmen zur Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob
30 die Busfahrt zur Schule, das digitale Endgerät oder die Nachhilfestunde.
31 Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es braucht zudem
32 grundsichernde Maßnahmen, um zu Verhindern, dass Kinder in Armut aufwachsen.
33 Dazu benötigt es eine echte Reform von Hartz 4 und mehr Unterstützung für Kinder
34 aus Haushalten, die sie weniger unterstützen können.

35 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann
36 auch zur finanziellen Begleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz
37 für BAFöG oder Mindestauszubildendenvergütung werden. Das BAFöG muss
38 angehoben und elternunabhängig ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair
39 bezahlt werden und durch die Mindestauszubildendenvergütung einen guten
40

1 Lebensstandard während der Berufsausbildung, während der sie bereits wertvolle
2 Arbeit leisten, erreichen können.

3 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Branchen
4 die Löhne erhöht werden. Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben
5 ausreicht und mit der Inflation auch anwächst. Branchenmindestlöhne müssen
6 angehoben werden, Grundversorgung muss in öffentliche Hand und der Staat als
7 Arbeitgeber für z.B. Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

8 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie
9 müssen bei der Bewältigung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen
10 Anstellung unterstützt und die Unterdrucksetzung beendet werden. Dazu braucht es
11 ein echtes Bürger*innengeld, keine Umbenennung von Hartz IV.

12 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die
13 Allgemeinheit abgeben, die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet
14 sich ihr Vermögen aus Erbmassen oder der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer
15 Personen. Das Vermögen in Deutschland muss umverteilt werden, bzw. diejenigen,
16 die unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile davon abgeben, um
17 öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von
18 Grund und Boden muss grundlegend verändert werden. Große Immobilienkonzerne
19 und Besitzer*innen zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet werden, der Vermieter
20 der allermeisten Wohnungen sollte der Staat sein und der Erwerb einer
21 eigengenutzten Immobilie muss unterstützt werden. Als Zukunftsvision sollte niemand
22 mehr Wohneigentum besitzen, als er/sie/they selbst bewohnt.

23
24 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente
25 abzusichern. Dafür braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum
26 Leben ausreicht und keine Anhebung des Renteneintrittsalters.

27 Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür weitreichende und
28 umfangreiche Maßnahmen. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg zu
29 einem gerechten Start in das Leben für alle Menschen, egal wer sie sind und aus
30 welchen Verhältnissen sie kommen.

31
32
33
34
35
36
37
38
39
40